

26. Jahrgang

Nr. 1

März 2015

Sozialimpulse

Rundbrief

**Dreigliederung
des sozialen
Organismus**

Die Zählung
des Geldes

Lebenswirklichkeit
und Geldströme

Zeichen der Zeit:
Griechenland

Emissionshandel,
Grundeinkommen

Berichte, Initiativen,
Termine, Literatur

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Die Zähmung des Geldes – Lebenswirklichkeit und Geldströme (Verschiedene Beiträge, Zusammenfassungen Katharina Offenborn, André Bleicher, C. Strawe) _	3
Bewusstseinsentwicklung und Geldwesen (Michael Ross) _____	3
Geldpathologien: Phänomene, Ursachen und Lösungsansätze (Harald Spehl) _____	6
Die Zähmung des Geldes heute – Therapieansätze aus dem Nationalökonomischen Kurs R. Steiners (Udo Herrmannstorfer) _____	10
Geldschöpfung in öffentlicher Hand (Thomas Betz) _____	13
Steuerung der Geldströme – Organische Geldordnung (Zusammenfassung C. Strawe) _	14
Zeichen der Zeit	
Deutschland als Retter Griechenlands? (Wilhelm Neurohr) _____	17
Debatte	
Revolutionierung des EU-Emissionshandelssystems (Franz Groll) _____	21
Grundeinkommen und Dreigliederung (Bernhard Steiner) _____	25
Berichte, Initiativen, Termine	
Dreigliederungsprojekt auf den Philippinen Bericht aus Kenia Zeit.Geist.Geschehen u.a. _	28
Gedenken	
Stefan Leber Rainer Burkhardt _____	34
Literatur _____	37
Assoziation oder Kartell? (Seminar) _____	39

Impressum

Sozialimpulse – Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 – 23 68 950, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 18630480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe. Lektoratsarbeit: Katharina Offenborn. Gestaltungskonzept: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-). Zahlungen bitte durch Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLADEST600) oder in bar. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in DE können uns auch ein SEPA-Lastschriftmandat erteilen (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

Mit Sorge sehen wir, wie Gewalt in vielen Gebieten dieser Erde zunimmt, wie das Bewusstsein menschlicher Würde schwindet und konstruktive Lösungen sozialer Konflikte immer schwerer erreichbar scheinen. Nun rächt sich, dass Umbruchsituationen, in denen Veränderung möglich schien, nicht für eine grundlegende kulturelle und soziale Erneuerung genutzt werden konnten.

Erschütternde Belege dafür liefert der Menschenrechtsreport 2014 von Amnesty International: Millionen Menschen seien durch Entführungen, Folter, Terroranschläge, sexualisierte Gewalt, Granaten und Bomben auf Wohngebiete bedroht worden. Die Zahl der Vertriebenen sei auf 57 Millionen angewachsen, allein aus Syrien seien vier Millionen Menschen geflüchtet. Die eskalierende Gewalt durch Gruppen wie IS und Boko Haram, Diskriminierung und Verfolgung wegen Religion, Weltanschauung und sexueller Orientierung werden genannt. Es wird hingewiesen auf Polizeigewalt und Übergriffe auf Flüchtlinge und Asylbewerber, auf den CIA-Folterskandal, 3400 vor Europas Küsten ertrunkene Bootsflüchtlinge sowie auf die militärische Gewalt in der Ukraine und in Gaza. Immer weniger werde bei bewaffneten Konflikten zwischen Zivilisten, NGO-Mitarbeitern usw. einerseits und Kombattanten andererseits unterschieden. Entschiedene Maßnahmen gegen diese Missstände würden häufig blockiert, z.B. durch Veto im UN-Sicherheitsrat.

Angesichts dieser Entwicklung ist die Versuchung zu resignieren sehr groß. Doch ihr nachzugeben wäre fatal. Ohne die Arbeit von Amnesty und andern zivilgesellschaftlichen Akteuren wäre vieles noch weit schlimmer. Nur unermüdliches Engagement für eine menschenwürdige Gesellschaft lässt uns hoffen, ihrer Verwirklichung Schritt für Schritt näher zu kommen. Dafür möchte diese Zeitschrift ihren bescheidenen Beitrag leisten.

In Zusammenhang mit den „Sozialimpulsen“ eine Bemerkung in eigener Sache: Diese Ausgabe entstand, wie schon die letzte, unter außergewöhnlichen Bedingungen, da ich aus gesundheitlichen Gründen nach wie vor nicht voll belastbar bin. Umso dankbarer bin ich für die Assistenz in Lektorat, Vertrieb und Redaktion. Für die verspätete Auslieferung bitte ich um Verständnis.

Schwerpunkt des Heftes ist das heiße Thema „Zähmung des Geldes“ mit Zusammenfassungen von Beiträgen eines Seminars vom letzten November. Auch finden Sie Texte zu Griechenland, zu Klimaschutz und Grundeinkommen sowie Berichte – u.a. zu einer Dreigliederungsinitiative auf den Philippinen – und Termine, Literaturhinweise und Nachrufe auf Stefan Leber und Rainer Burkhardt.

Ihr


Die Zähmung des Geldes

Lebenswirklichkeit und Geldströme

Vom 7. bis 9. November letzten Jahres fand im Rudolf Steiner Haus Frankfurt am Main ein Seminar des Instituts für soziale Gegenwartsfragen unter dem oben stehenden Titel statt. Wie schon in den Jahren zuvor ging es dabei um die Aktualität und methodische Fruchtbarkeit von Nationalökonomischem Kurs und Philosophie der Freiheit R. Steiners und ihre Beziehung zueinander. Zugleich wurde der Versuch gemacht, zum zivilgesellschaftlichen Dialog über notwendige Veränderungen des Geldwesens beizutragen.

Die Zusammenfassung der Vorträge von Michael Ross, Harald Spehl und Udo Herrmannstorfer besorgte Katharina Offenborn, André Bleicher referiert den Vortrag von Thomas Betz (Monetative), C. Strawe einige zentrale Aspekte des Gesprächs.

Bewusstseinsentwicklung und Geldwesen

**Michael Ross,
Zusammenfassung Katharina Offenborn**

Die Entwicklung des Geldwesens geht Hand in Hand mit der menschlichen Bewusstseinsentwicklung. Dieser Beitrag möchte in Siebenmeilenschritten durch die Geschichte des Geldes im Zusammenhang mit der Entwicklung des menschlichen Bewusstseins führen und dabei aufzeigen, warum es heute nötig ist, das Geld zu zähmen.

Im Nationalökonomischen Kurs (NÖK) benennt Rudolf Steiner die Gefahr, dass Wucherungstendenzen des Geldes überhandnehmen, weshalb man das Geldwesen so kultivieren müsse, als würde man wilde Tiere zähmen. Geld ist eine kreative Schöpfung des Menschen, ist nichts Naturgegebenes. Was wir aus unserem Geld machen, wie wir damit umgehen, hängt davon ab, wie wir darüber denken. In der Philosophie der Freiheit ist von der Kultivierung des Bewusstseins die Rede: dass der Mensch sich vom

sinnesebenen Wesen zu einem Individuum entwickeln kann, das über ein befreites Denken verfügt, bis dahin, dass er über Intuitionen Einsichten in Weltzusammenhänge gewinnt, um in Freiheit handeln zu können. Die Entwicklung von Geld und Mensch ist eng verknüpft – eines bedingt das andere. Schon deshalb dürfen wir den Menschen nicht vergessen bei der Erörterung der oft so abstrakt erscheinenden Geldfrage.

Dazu ein alltägliches Beispiel: Ich kaufe mir ein Auto und nehme dazu einen Kredit auf, der Autohändler bezahlt damit wiederum den Kredit, mit dem er sein Geschäft betreibt. Die Zinsen werden vielleicht am Geldmarkt in Derivaten angelegt und somit zu Finanzspekulationen beitragen, die letztlich eine Bankenkrise nach sich ziehen können. Dann bin mit meinem Kredit mitbeteiligt an schweren sozialen Verwerfungen, obwohl ich nur ein Auto kaufen wollte.

Da unser Bewusstsein oft nicht über die Grenze des eigenen Kredits hinausgeht, überblicken wir die vielen Wirkungen nicht, die wir mit dem Geld entfalten. Wir werden zum Teil des Systems und lösen über unser Handeln eine Dynamik aus, die wir so nicht wollten. Wie lässt sich nun ein Bewusstsein entwickeln, das die verzweigten Geldbewegungen UND die sozialen Konsequenzen im Blick hat? Die Geldfrage bietet dem Denken Widerstand aufgrund ihrer ungeheuren Dynamik, aber auch, weil Geld so eng mit unseren Lebensgewohnheiten verknüpft ist und sich nicht wie von außen isoliert betrachten lässt. Wir sind mit Leib und Seele Teil des Prozesses.

Die Geschichte des Geldwesens

5000 v. Chr. – 3000 v. Chr.: Vor 5000 Jahren gab es **Selbstversorgungsgemeinschaften** und erste Städte. Der einzelne war festes Glied der Gemeinschaft und der Natur. Die Priester bestimmten, welche Abgaben geleistet werden sollten an Nahrungsmitteln, Bauleistungen und Kriegsdienst. Man bezahlte nicht, sondern leistete etwas für die Gemeinschaft. Der kulturbildende Strom war von Mysterienwissen getragen, das auch die sozialen Einrichtungen prägte. Die wirtschaftliche Selbstversorgung ging einher mit kultureller Fremdbestimmung durch die Gemeinschaft. Das in der Landwirtschaft Produzierte war zugleich das Einkommen der Menschen, das in Form von Naturaltausch „ausgegeben“ wurde. Dieser Art des Tauschens sind jedoch enge Grenzen gesetzt.

3000 v. Chr. – 650 v. Chr.: Das eigentliche Geld entstand erst 3000 v. Chr. aus dem Kultus der theokratisch verfassten Gesellschaftsformen Mesopotamiens und Ägyptens als Opfergabe an die Priester und den Tempel in Form von **Gabengeld**, auch „heiliges Geld“ genannt, das einen Austausch zwischen Mensch und Gottheit darstellte. Geld (Gild) im Altgermanischen bedeutet Vergeltung, Ersatz, Opfer. Eine Gilde war eine Opfergemeinschaft. Alle ökonomische Tätigkeit war auf den Tempel, den Kultus, die Götter ausgerichtet. Die Menschen verfügten über ein mythisches Bewusstsein, die Mythen wurden als innere Wirklichkeiten erlebt. Das Leben

war geistig getragen und erschien sinnvoll geordnet. Freiheitsbewusstsein war nur keimhaft veranlagt. Die Priester waren verantwortlich für die Preisbildung und damit für soziale Gerechtigkeit. Gold, Silber und andere Metalle wurden zu Tausch- und Zahlungsmitteln, aber auch Rinder als heilige Tiere wurden zum **Wertmaßstab** und als **Warengeld** eingesetzt (obolus = Bratspieß). Zu Geld konnte nur werden, was in der Gesellschaft ein höchstes Maß an sozialer Geltung besaß, in dem der „Glanz des Geistes“ zum Ausdruck kam. Geld als Wertmaßstab ließ mehr Tauschmöglichkeiten zu als der reine Naturaltausch.

Mit dem Fernhandel in den folgenden Jahrtausenden bis ca. 650 v. Chr. nahm der Warenaustausch zu und wurde immer differenzierter. Fähigkeiten bildeten sich aus, das Handwerk entstand. Mit dem Ende der Selbstversorgung fielen Produktion und Einkommen auseinander: Man produzierte nun für einen anderen, wobei das Geld als Medium diente, das Produktion und Einkommen verband: Je nach Kultur wurden Steine, Muscheln, Vieh sowie Metalle als **Sachgeld** verwendet, das als Wertsymbol, aber auch als soziales Ausdrucksmittel fungierte. Gold und Silberstücke fanden eine breite Verwendung, weil sie beliebig teilbar waren. Das Metallgeld der Vergangenheit war also ein wertbeständiges Warengeld. Aber auch Schmuck galt als Geld – insofern stand die Kunst Pate bei der Geldfindung...

Im seinem Nationalökonomischen Kurs führt Rudolf Steiner aus, dass alles Geld auf der Verwandlung von Ware in Geld beruht. Geld geht als solches jedoch über Ware hinaus, weil es ein *allgemeines* Äquivalent darstellt, das universell einsetzbar ist: Beliebige Waren können durch die Zwischenverwandlung in Geld ausgetauscht werden im Kreislauf Ware – Geld – Ware. Geld kann aber auch zeitlich versetzt eingesetzt werden, d.h. man kann kaufen, wenn ein Bedürfnis auftritt – dadurch kommt eine zeitliche Dimension und Dynamik in die Wirtschaft hinein. Geld hat von Anfang an eine Zeitgestalt.

In der gemächlichen Entwicklung zwischen 3000 – 650 v. Chr. konnten die Menschen empfindungsmäßig mit dem Geschehen mitgehen. Heute ist es völlig anders: Die Geschwindigkeit der Veränderungen ist unvergleichlich höher. Unsere sozialen Empfindungen können mit diesem Tempo nicht mithalten.

650 v. Chr. – 15. Jhd.: 650 v. Chr. vollzog sich im östlichen Mittelmeerraum der Übergang vom Waren- oder Sachgeld zum **Münzgeld**. Damit kam die Entwicklung der *Geldform* zu einem vorläufigen Abschluss. Münzen wurden zum Normaltypus des Geldes: Sie trugen das Bild des Herrschers, nannten aber oft auch den Ort, an dem sie produziert wurden. Metallgeld stellte nicht nur einen rechtlichen, sondern auch einen wirtschaftlichen Wert dar, auf dessen Beständigkeit man sich verlassen konnte. Bis ins 17. Jahrhundert entwickelte sich Geld zum Kaufgeld, d.h. kaufen war die Grundwirkung des Geldes, das mehr und mehr die ganze Gesellschaft bestimmte. Geld drückte einen Anspruch auf Waren aus. Mit dem Münzgeld war die Verbindung zur Natur im Glanz von Gold und Silber noch gegeben:

Das menschliche Bewusstsein wurde dadurch an den kultischen Ursprung erinnert.

Die griechische Philosophie führte den Menschen vom Mythos zum Logos, zur Vernunft und zum Verstand. Eine Emanzipation aus den alten theokratisch verfassten Gemeinschaften vollzog sich. Man konnte nun mit einem beliebigen Mitglied der Gemeinschaft tauschen. Die Beziehungen untereinander wurden freier, soziale Gerechtigkeit wurde zur Angelegenheit derer, die kauften und verkauften. Aristoteles hatte bereits die Frage nach dem gerechten Preis gestellt. Thomas von Aquin griff sie auf und schrieb lange Abhandlungen darüber. Der Verstand bestimmte zunehmend das Verhalten der Menschen, ihre Seele war jedoch noch gemüthhaft verbunden mit den religiösen Werten und Normen, als den kulturellen Richtwerten der Gemeinschaft. So galt bis ins 15. Jahrhundert ein Zinsverbot. Da Metalle Naturschätze waren, deren Abbau Kosten verursachte, war die Geldmenge natürlich begrenzt.

Die berufliche Arbeitsteilung und die Tauschwirtschaft weiteten sich aus. Wer kein Geld hatte, konnte an bestimmten Formen der Gesellschaft nicht teilnehmen. Das führte zu Geldnot und Verschuldung. Da Bauern ihre Abgaben nicht mehr in Naturalien leisten konnten, sondern Geldsummen beibringen mussten, gerieten sie oft in Leibeigenschaft. Bei dieser Entwicklung waren sie die Leidtragenden. Bereits Aristoteles sah das Problem, dass neben Ökonomie als Hauswirtschaft die Ökonomie als Gelderwerb tritt. Reichtum anzuhäufen, anstatt die Bedürfnisse des anderen zu befriedigen – die eigentliche Aufgabe des Wirtschaftslebens – fand er abscheulich und widernatürlich: Geld könne keine Jungen bekommen... Als Nachklang der alten Kultur war die Ökonomie jedoch noch eingebettet in geistig-religiöse bzw. ethische Zusammenhänge (embedded economy). Dem Gelderwerb waren dadurch Schranken gesetzt.

15. – 17. Jahrhundert bis heute: Die Einführung von Scheidemünzen, bei denen der Nominalwert über dem Metallwert lag, leitete einen nächsten großen Schritt ein. Im 18. Jahrhundert entstand das Papiergeld, das nur noch ein Recht dokumentiert. Der Substanzwert des Geldes wurde im Zuge eines langen Ablöseprozesses von der Natur immer weiter zurückgedrängt und schließlich aufgelöst: In Deutschland gibt es seit Beginn des 1. Weltkrieges eine reine Papierwährung.

Im 15. Jahrhundert verlagerte sich das Interesse vom Tauschmittelgeld zum Kreditmittelgeld: Die Kolonialisierung und der technische Fortschritt aufgrund des Einwirkens von menschlichem Geist auf die Wirtschaft in der Neuzeit durch Erfindungen brachten einen großen Geldbedarf mit sich. Die Industrialisierung im 18. Jahrhundert führte außerdem zu einer enormen Steigerung von Arbeitsteilung und Rationalisierung. Der Übergang von **Tauschwirtschaft zu Geldwirtschaft** als solche vollzog sich. Produkte aus Handwerk und Landwirtschaft wurden ersetzt von industrieller Massenware. Die Gerechtigkeitsfrage wurde laut: Im Manchester-Kapitalismus

sank als Auswirkung der Geldvermehrungswirtschaft der Wert des Menschen auf die Ebene der Tierheit: Den meisten blieb nur ein Existenzminimum zum Dahin-Vegutieren.

Bis heute versuchen Konzerne über Standorte mit niedrigen Lohnkosten Wettbewerbsvorteile zu erzielen, durch Arbeitsverhältnisse, die ähnlich schlecht sind wie damals in England. Die Geldvermehrungswirtschaft verbreitet sich über die Erde, zieht Gewinn aus Land und Leuten und lässt Leid und Armut zurück...

Die Tatsache, dass Menschen ihre Haut zu Markte tragen mussten, weckte das soziale Gewissen. Immer mehr Menschen achten auf den Schutz der Würde des Menschen innerhalb der wirtschaftlichen Prozesse. Das Problem unseres intellektuellen Bewusstseins ist, dass wir uns selbst verklagt haben und unser kreatives Vermögen verleugnen. Wir machen uns zum Diener des Gelderwerbs und Geldbesitzes durch eine Dynamik, vor der bereits Aristoteles mit seiner Wissenschaft der Chrematistik (Geld um des Geldverdienens willen) in den Anfängen der Tauschwirtschaft gewarnt hat. Auch hier ist eine Nachwirkung der alten Bewusstseinshaltung zu beobachten, vom Kaufgeld her gedacht: Die Warenillusion des Geldes ist ein Nachklang aus alter Zeit. Und auch heute gibt es einen Kultus des Geldes, wie an seinem Ursprung. Wir pilgern alle zu Tempeln, den Banken, um dem Mammon, der Geldvermehrung, zu dienen. Das ist der gegenwärtige Kultus.

Heute – bargeldloser Zahlungsverkehr: Mit dem Giralgeld oder Buchgeld, das gar keinen Wert mehr hat, hat sich das Geld zur Recheneinheit verflüchtigt. Im Zeitalter der Kredite ist es zu einer bloßen Zahl geworden. Die Deckung ist nicht mehr durch eine Ware, sondern durch den Leistungsprozess gegeben. Geld aus Krediten, auch Leihgeld genannt, das Ausdruck des in der Wirtschaft tätigen Geistes ist, kann nicht sicherer sein als der Wirtschaftsprozess, in dem es arbeitet. Produktbewusstsein muss von Prozessbewusstsein abgelöst werden. Unsere Empfindung hat jedoch mit der Ablösung des Geldes vom Warenwert nicht Schritt gehalten: Wir halten Geld naiver Weise für dinglich gedeckt und versuchen mit Geld noch mehr Geld zu machen.

Rudolf Steiner sagt, wenn man der Meinung sei, dass Geld eine dingliche Deckung habe und man damit handeln könne wie mit einer Ware, dann sei aus dem Tauschen ein „Täuschen“ geworden. Die Geldwirtschaft erfordert ein völlig anderes Bewusstsein als die Tauschwirtschaft. Die Illusion, Geld für eine Ware zu halten und es zu handhaben, als ob es eine sei, hat verheerende Folgen: Dazu gehören die Problematiken des Zinseszinses sowie des Geld- und Kapitalanlegemarktes, der Geldstau in Grund und Boden sowie der Geldstau durch die Verknüpfung von Kapital mit Eigentumsrechten.

Rudolf Steiner weist auch auf die Ursache dieser Fehlentwicklungen hin: Geld sei ein unreeller Konkurrent von Ware. Waren nützen sich durch Gebrauch ab, Geld dagegen nützt sich scheinbar nicht ab. Blickt

man aber auf die sozialen Prozesse dahinter, entwertet es sich sehr wohl: durch Inflation, durch Krisen – aber in einer sozial unheilvollen, unregelmäßigen Art und Weise. Die wichtigste Frage der Ökonomie ist daher die Frage, wie sich das Geld sozial vernünftig wieder verbrauchen kann.

Zukünftige Perspektive: Diese Frage findet ihre einzig richtige Antwort in der **Schenkung an das Geistesleben:** Denn es ist letztlich das Geistesleben, das durch Erziehung und Bildung alle Gewinne und Überschüsse erst hervorgebracht hat, die das Wirtschaftsleben groß werden lassen. Es wäre eine Art Dank, wenn das überschüssige Geld im Gegenzug das Geistesleben tragen und ernähren würde...

Unser Bewusstsein muss weit werden, um in der Lage zu sein, Geldprozesse als eine Art Weltbuchhaltung aufzufassen, über die soziale Wirklichkeit abgebildet wird. Anstatt Sklave des Gelderwerbs zu sein, sollte es sich befreien, d.h. sich bemühen, die Illusion des Geldes zu durchschauen und die sozialen Verhältnisse in den Blick zu bekommen. Das kann jedoch der einzelne Mensch allein nicht leisten. Menschen müssten sich zusammenschließen und zu verstehen versuchen, wie Güter so ausgetauscht werden müssen, dass alle *gemeinsam* die Richtung zur sozialen Gerechtigkeit einschlagen. Der Umgang mit Geld drückt aus, welchem höchsten Wert, welchem Zivilisationsprinzip, welchem Kultus eine Gemeinschaft dient. Unsoziales Geld steht in der Logik und Psychologie des Geldbesitzes. Soziales Geld in Form von Schenkungsgeld steht im Dienste der Entwicklung. Das Geldwesen in seiner wahren Form ist Ausdruck des Geistes und folgt dem Prinzip des unerschöpflichen Produzierens und Schenkens. Und so wie man das erste Geld, das Opfergeld, auch als Keimgeld bezeichnet hat, so kann man das Schenkungsgeld als Keimgeld des Geisteslebens sehen, das eine höhere Stufe der sich zur Freiheit entwickelnden Individualität ermöglicht. Diese Entwicklung zur Freiheit aber ist heute bedroht, da der Mensch selbst zunehmend ökonomisiert wird – inzwischen sind Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und kommunale Infrastrukturleistungen, mit denen man Geld verdienen kann: Die liebende Geste wurde vom Motiv des Gelderwerbs verdrängt. In Geld zu denken bestimmt als Denkungsart heute weltweit die meisten Gesellschaften. Dafür keine Alternative zu haben, weil es zum Prinzip geworden ist, gefährdet die Entwicklung zur Freiheit. Die Lösung wäre: Das überschüssige Geld zum Sterben zu bringen, es zu verbrauchen und zu schenken, wo Menschen sich entwickeln wollen. ■

Geldpathologien: Phänomene, Ursachen und Lösungsansätze

**Harald Spehl,
Zusammenfassung Katharina Offenborn**

Mit dem Thema Geld umzugehen, erfordert Beweglichkeit. Das beweist der Blick in die Tageszeitungen. Wir lesen, dass jeder 10. Privathaushalt in Deutschland überschuldet ist. Zugleich werden wir darüber informiert, wie durch raffinierte Konstruktionen große Konzerne ganz „legal“ Gewinne in Länder mit niedrigen Steuersätzen verschieben. Es soll gesparrt werden: Herr Schäuble ist stolz auf die schwarze Null im Bundeshaushalt, zugleich lesen wir Appelle mit dem Tenor: „Deutsche, spart nicht so viel, konsumiert mehr und kurbelt damit die Konjunktur an.“ Was für ein Chaos an Meldungen und Meinungen! Insgesamt entsteht der Eindruck, dass unser Geldsystem undurchschaubar, ungerecht und krank ist. Worin bestehen und woher kommen die Pathologien des Geldwesens, welche Heilungsansätze gibt es?

In wirtschaftswissenschaftlichen Lehrbüchern findet man zahlreiche Versuche, Geld zu definieren. Sie im einzelnen zu referieren, würde hier den Rahmen sprengen. Treffend erschien mir immer der Satz: „Geld ist, was Geltung hat.“ Was das alles umfassen kann, wurde im Beitrag von Michael Ross ausgeführt – „Geld“ kann die Lucky Strike sein, die Münze oder der Geldschein, das Guthaben auf dem Girokonto usw.

Oftmals wird der Geldbegriff auch an den Funktionen des Geldes festgemacht: an der Fähigkeit zu kaufen, der Funktion, einen Wertmaßstab zu bilden und an der Gültigkeit als gesetzliches Zahlungsmittel und damit auch Schuldentilgungsmittel (Annahmepflicht!). Ominös ist die dem Geld zugeschriebene Wertaufbewahrungsfunktion, nicht umsonst die umstrittenste in der akademischen Diskussion.

Um das klarer zu machen, ein Beispiel: Beim Bau einer Tiefgarage in Trier wurde der größte Goldschatz aller Zeiten diesseits der Alpen gefunden: 4000 Goldmünzen, die jemand bei den Frankenstürmen in einem Kupferkessel vergraben hatte. Diese Münzen haben auch heute einen großen Wert, weil sie aus Gold sind. Ihre durch das aufgeprägte Konterfei der jeweiligen Kaiser garantierte Gültigkeit als allgemeines Zahlungsmittel haben sie jedoch verloren. Aus Geld sind sie zurückgefallen in den Warenwert des Goldes. Es ist also nicht die Geldfunktion, die den Wert speichert. Geld verliert vielmehr seinen Wert, wenn es nur gehortet wird. Großmutterns versteckter Schmuck kann heute noch etwas wert sein, ihre versteckten 10.000 Reichsmark sind es nicht, wenn sie heute entdeckt werden. Was verleiht dem Geld seinen Wert? Nur die Leistungen, deren Wert es repräsentiert und spiegelt. Geldwert über die Zeit zu bringen ist letztlich nur möglich, wenn Geld Menschen zur Verfügung gestellt wird,

die dadurch Leistungen erbringen, so dass auch in der Zukunft die realen Werte zur Verfügung stehen, die im Geld nur ausgedrückt sind. Alles andere ist letztlich eine Illusion.

Das heißt nun aber nicht, dass Geld nur einen Schleier über der realen Wirtschaft bildet, wie es die klassische Ökonomie sah. John Maynard Keynes prägte später den Satz: „Money matters“ – er erkannte, dass Geld eine eigenständige Wirkung in der Wirtschaft hat, dass die Art, wie wir Geldprozesse organisieren, fundamental in die realen Kreisläufe eingreift. So wird heute gefragt: „Geld regiert die Welt, doch wer regiert das Geld?“

Geldschöpfung, Geschäftsbanken und Notenbanken

Es ist eine heute weitgehend unbestrittene Tatsache, dass Geschäftsbanken Giralgeld schöpfen. Die Schaffung von Notenbanken ist im Grunde der Versuch, die Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken zu begrenzen und damit die Geldschöpfung zu regulieren. Denn nur die Notenbanken, wie groß die Unterschiede zwischen einzelnen Ländern auch sein mögen, haben die Befugnis, Münzen und Geldscheine herauszugeben: In Deutschland hat die Bundesbank als unabhängige Einrichtung diese Funktion inne, in der EU die europäische Zentralbank, in den USA die FED.

Können die Notenbanken die gesamte Geldschöpfung kontrollieren? Die Ökonomen sind uneins darüber, ob diese wirklich in der Lage sind, das Geldvolumen durch ihre Politik zu steuern. Ein klassisches Instrument der Geldmengenpolitik ist die Festsetzung des Zinssatzes von Krediten an Geschäftsbanken, Diskontsatz genannt. Im Augenblick ist er nahe null. Durch eine Zinssenkung will die Notenbank die Geschäftsbanken dazu bewegen, mehr Geld aufzunehmen, durch eine Zinserhöhung, weniger in Anspruch zu nehmen. Es ist allerdings sehr umstritten, welche Kriterien für die Geldmengensteuerung Priorität haben sollen. Das gilt in noch höherem Maße für die Frage, ob sich die Krisenhaftigkeit des Geldsystems an sich allein durch Geldmengensteuerung überwinden lässt. Für die Deutsche Bundesbank und in ihren Anfängen auch für die EZB stand die Sicherung der Geldwertstabilität im Vordergrund. Inflationsbekämpfung war angesagt. Durch Geldmengenbegrenzung steuerte man dem Preisanstieg entgegen. Heute steht dagegen die Furcht vor Deflation im Vordergrund. Der Zentralbankrat der EZB ist der Meinung, wir bräuchten 2 % Inflation, um Rezession und Stagnation zu vermeiden.

So wird in den letzten Jahren der „Geldkuchen“ nach allen Seiten hin vergrößert: Die FED und inzwischen auch EZB pumpen immer wieder neues Geld in den Kreislauf, in der Hoffnung, dass dadurch die Wirtschaft angekurbelt wird.

Bei dem Thema Geldmenge darf nicht übersehen werden, dass es Institutionen gibt, die keine Banken sind – und damit nicht der Bankenaufsicht unter-

stehen – die kaum reguliert sind, gleichwohl aber als „Geldsammelstellen“ fungieren und mit ihrem Geld enorme Wirkungen auf die Wirtschaft ausüben. Hierher gehören Private Equity-Gesellschaften (Private Equity = außerbörsliches Eigenkapital) und ebenfalls wenig regulierte Investmentfonds (Hedge Fonds), die Spekulationsgeschäfte an den Geld- und Kapitalmärkten betreiben.

Pathologische Geldanlage-Praktiken

Ein Krankheitssymptom des Geldwesens zeigt sich im Folgenden: Die Notenbanken weiten zwar in der skizzierten Art das Geldvolumen aus, um die Geschäftsbanken mit billigem Geld zu animieren, den Unternehmen der Realwirtschaft Kredite zu geben und damit die Wirtschaft zu beleben. Die Geschäftsbanken kommen dieser Aufgabe jedoch faktisch nicht bzw. nicht im notwendigen Umfang nach.

Offensichtlich funktioniert unser Geldsystem an dieser Stelle nicht. Wo bleibt dann das praktisch zum Nullzins zur Verfügung gestellte Geld? Die Antwort lautet: Es geht in der Hoffnung auf Rendite in reine Spekulationsobjekte, in „Scheinwerte“, die nichts mit der realen Wirtschaftstätigkeit zu tun haben. Das ist der eigentliche Krankheitsherd! Man schätzt – und das ist eher noch zu vorsichtig –, dass nur 5 bis 10 % des gesamten globalen Geldflusses realwirtschaftlich bedingt sind, 90 % der Geldströme „vagabundieren“ auf dem Globus umher auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten und Rendite.

Unser Eigentumsbegriff, der Nutzungsrechte zu verkäuflichen Vermögenswerten macht, spielt hierbei eine verhängnisvolle Rolle. Der Übergriff der Ökonomie auf das Recht, die Verkäuflichkeit von Unternehmen und Unternehmensanteilen sowie von Grund und Boden, haben zu einer „Scheinmarktwirtschaft“ (Udo Herrmannstorfer) geführt. Dieser sind Praktiken geschuldet wie diejenige, dass Investmentfonds angeschlagene Unternehmen kaufen, um sie zu zerlegen und die Filetstücke mit hohem Profit wieder zu verkaufen. Die Kapitalanleger haben in der Regel kein Interesse an dem Unternehmen an sich, sondern ausschließlich an der Vermehrung des von ihnen eingesetzten Geldes. Die Verkäuflichkeit des Nutzungsrechts am Boden führt dazu, dass sich der Geldstrom in Grundstücken staut: Man spekuliert auf den Anstieg der Bodenpreise, denn Boden lässt sich nicht vermehren. Das wird in immer größerem Stil betrieben; man spricht heute vom „Land-Grabbing“. Es geht jedoch nicht nur um die Spekulation mit Unternehmenskapital und Boden. Zu diesen kommt die Spekulation mit immer raffinierteren, ins Virtuelle gehenden „Finanzprodukten“, bei denen es sich vereinfacht gesagt, um Wettabschlüsse handelt.

Wetten kann man auf alles, von Aktien- und Wechselkursen bis hin zu Wetterkatastrophen. So lassen sich künstlich immer neue Verwertungsmöglichkeiten für das wachsende Anlage suchende Geldkapital schaffen.

Beispiel Wechselkurse: In Bretton Woods wurde 1944 ein Weltwährungssystem mit festen Wechselkursen und einem goldgedeckten Dollar als Leitwährung geschaffen. 1971 wurde die Golddeckung aufgehoben, bald darauf ging man zu flexiblen Wechselkursen über, übergab die Regelung also dem anonymen Markt.

Theoretisch hat der Wechselkurs zwischen zwei Währungen mit Angebot und Nachfrage am Markt zu tun, also mit Wirtschaftsvorgängen. Exportierende Unternehmen müssen daran interessiert sein, sich gegen Wechselkursschwankungen abzusichern, z.B. durch Devisentermingeschäfte. Aber einer wachsenden Zahl von Akteuren auf diesem Feld geht es eben immer weniger um solche realen Absicherungen. Zunehmend werden Luftgeschäfte getätigt. Dadurch gerät das ganze System in eine immer größere Schieflage. Die Manipulation von Zinssätzen (Libor-Skandal) ist ein Beispiel für die Auswüchse, zu denen das führt.

Geld ist da, aber nicht an der richtigen Stelle

So stellen wir fest, dass Geld, obwohl im Überfluss vorhanden, nicht da ankommt, wo es realen Nutzen stiften könnte, sondern sich in pathologischen Kreisläufen bewegt bzw. staut. Die Geldströme haben sich von realen Vorgängen abgelöst und destabilisieren damit das ganze System der Wirtschaft.

Viele soziale Missstände unserer Zeit sind keine isolierten Phänomene, sondern erweisen sich als Folge dieser Destabilisierung. Wir konstatieren, dass die „öffentliche Armut“ zunimmt. Trotz wachsender Produktivität klagt man, dass für soziale Sicherungssysteme und die Infrastruktur immer weniger Geld vorhanden sei. Demgegenüber erreicht der private Reichtum, wie zahlreiche Statistiken beweisen, ein Rekordniveau. In Ländern wie den USA und Deutschland, aber auch in den sogenannten Entwicklungsländern und in postsozialistischen Staaten, kommt es derzeit zu einer massiven Auseinanderentwicklung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse privater Haushalte. Seit der Veröffentlichung von Thomas Pikettys-Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ im letzten Jahr wird dies auch im wissenschaftlichen Mainstream kaum noch geleugnet. Das Zustandekommen dieser Umverteilung im einzelnen, wird allerdings meist noch verschleiert: Die Profiteure haben an Transparenz nur ein sehr begrenztes Interesse.

Die Entwicklung seit 2007/08

Um Lösungsansätze zu entdecken, ist es wohl hilfreich, sich noch einmal den Krisenverlauf seit 2007/08 zu vergegenwärtigen und seinen Ursachen nachzugehen:

Es begann mit der Hypothekenkrise in den USA. Die Banken gaben in großem Umfang Kredite zum Kauf von Grundstücken und Häusern ohne hinreichende

Bonitäts- und Risikoprüfung. (Bei uns wäre das so nicht möglich, hier darf ein Grundstück nur bis zu 60 % beliehen werden.) Banken wie Bauherren spekulierten dabei, dass die Preise für die Immobilien immer weiter steigen würden. Gleichzeitig bündelte man die Forderungen an die Kreditnehmer zu Wertpapieren, die von den großen Rating-Agenturen als sicher eingestuft wurden und damit in der ganzen Welt Käufer fanden, die sich ein gutes Geschäft versprachen. Die US-Banken waren auf diese Weise das Risiko los und konnten noch mehr neue Kredite vergeben.

Aber die Rechnung ging nicht auf: Die Immobilienpreise fielen, die Kredite wurden notleidend und mussten von den Banken abgeschrieben werden. Banken überall auf der Welt hatten nun toxisch gewordene Wertpapiere in ihrem Portfolio. – Heute stecken sie in den berüchtigten „Bad Banks“.

Die Hypothekenkrise führte auf diese Weise zu einer Bankenkrise: Man ließ den Zusammenbruch der Lehman Brothers-Bank zu, weil man die Folgen unterschätzt hatte. Die Lehman-Pleite zog den Zusammenbruch weiterer Banken nach sich. Die Banken misstrauten einander, der Interbankenverkehr kam ins Stocken, die Angst vor einem Bank-Run machte sich breit. Die Staaten nahmen ungeheure Summen in die Hand, „um das Schlimmste zu verhüten“, waren die betroffenen Banken doch „too big to fail“, d.h. der Domino-Effekt erschien systemgefährdend.

Die Krise schlug auf die Realwirtschaft durch, das Resultat war eine Wirtschaftskrise. Man stand jetzt vor einem Dilemma. Das klassische Mittel gegen eine Rezession ist die von Keynes entwickelte antizyklische Wirtschaftspolitik. Dafür muss der Staat jedoch Schulden machen, um Nachfrage zu schaffen. In diesem Sinne wurde in Deutschland u.a. die sogenannte Abwrackprämie eingeführt. Maßnahmen dieser Art verschärften aber die Staatsverschuldungskrise. Gegen die Staatsverschuldung hatte man im Zuge der Euro-Einführung Stabilitätskriterien entwickelt. Die Staatsschuld sollte 60 % des Bruttoinlandsproduktes und die Neuverschuldung 3 % pro Jahr nicht überschreiten. In Deutschland hatte man 2009 eine Schuldenbremse beschlossen und sie schließlich ins Grundgesetz aufgenommen. Im Zusammenhang mit den Euro-Rettungsschirmen verordnete man südeuropäischen Ländern wie Spanien, Portugal und Griechenland rigorose Sparprogramme.

Die Erfahrungen zeigen jedoch die Gefahren dieses Weges: Es kam zu wirtschaftlicher Stagnation und zu einem sozialen Abbau, der sich an vielen Stellen bereits zur humanitären Katastrophe auswuchs. Mit der Stabilisierung der Banken wurden gleichzeitig die öffentlichen Aufgaben destabilisiert. Die Arbeitslosigkeit, besonders unter den Jugendlichen, nimmt heute vielerorts Ausmaße an, die man vor wenigen Jahren noch für unmöglich gehalten hätte. So könnte sich die Hypothekenkrise zu einer umfassenden Krise der Gesellschaft auswachsen. Die Demokratie ist in Frage gestellt.

Ursachen für die Fehlentwicklungen

Auf dem G20-Gipfel nach der großen Bankenkrise 2009 wurde eine bessere Kontrolle der Finanzmärkte gefordert: Keine Bank, kein Finanzprodukt dürfe mehr intransparent und unkontrolliert sein. Ich behaupte, dass das bis heute nicht wirklich umgesetzt ist. Die Europäische Zentralbank hat zwar gerade die Aufsicht über die großen Banken übernommen, wir wissen aber noch nicht, was das bedeutet. Wenn Banken „too big to fail“ sind, dann müssen sie eben auf ein Maß zurückgeführt werden, das nicht die Insolvenz einer einzelnen Bank zum Systemrisiko werden lässt. Entsprechende Vorschläge, auch zur Trennung von normalem Bankgeschäft und Investmentbanking wurden bis heute nicht umgesetzt. Eine wirkliche Kontrolle der Finanzmärkte und eine Neuordnung des Bankwesens sind nötig, wenn es nicht erneut zu einer Verkettung von Krisen kommen soll.

In den letzten Jahrzehnten hatte sich in der Wirtschaftswissenschaft die Meinung durchgesetzt, dass der Markt allen anderen Regelungsformen überlegen sei. Die politische Konsequenz war die Deregulierung. Man saß der Illusion auf, dass Marktmechanismen bessere Lösungen liefern als menschliche Urteile.

Die Krise hat aufgedeckt, dass das insbesondere für Geld- und Kapitalmärkte nicht gilt. Denn dort herrschen Informationsasymmetrien – die einen wissen mehr als die anderen und vieles wissen wir gar nicht. Außerdem wirkt an solchen Märkten eine Art Herdentrieb: Wenn einer vorneweg läuft, laufen alle hinterher.

Investitionsbegriff klären

Ein Haupthindernis bei der Schaffung von Klarheit über die Krankheitsursachen und bei der Entwicklung von Lösungsansätzen ist eine „babylonische Sprachverwirrung“ in Bezug auf den Investitionsbegriff. Es wird nicht unterschieden zwischen einer Sach- bzw. Realinvestition und spekulativen Finanzanlagen, die unsachgemäß „Finanzinvestitionen“ genannt werden. Hier geht es um Geldvermehrung als Selbstzweck, die sich loslöst von realwirtschaftlichen Gesichtspunkten (von der Aktienemission zur Unternehmensfinanzierung sei hier abgesehen).

Was ist der klassische Fall einer Investition? Ein oder mehrere fähige Menschen wollen etwas Neues produzieren. Sie brauchen Geld für Gebäude, Maschinen, Rohstoffe usw. Sie nehmen dafür einen Kredit auf. Der Kredit ermöglicht die Schaffung realer, gesellschaftlichen Nutzen stiftender Wirtschaftswerte.

Die Verwirrung in Bezug auf den Investitionsbegriff trägt das Ihre dazu bei, die Fehlleitung von Geldströmen zu verschleiern.

Auch in Bezug auf den öffentlichen Sektor wird der Investitionsbegriff unsachgemäß angewendet. Ist die Entlohnung von Lehrern und Professoren eine „Bildungsinvestition“, ist die Ausbildung eines Menschen

ein Investment, das sich unmittelbar rentieren muss? Welche Anschauung des Menschen steckt hinter einem derartigen Begriff? Kultur, Bildung, Gesundheitswesen, Altersversorgung werden so zu Investitionsbereichen, in denen Profite generiert werden können. Es gibt heute Hochschulgründungen, bei denen Investoren 10 % Rendite auf ihr eingesetztes Kapital versprochen werden.

Eine Investition kann man über Kredite finanzieren. So war die Ausweitung des Investitionsbegriffs lange Zeit auch ein probates Argument zur Begründung höherer Staatsverschuldung. Das ist heute anders: Mit der Schuldenbremse fallen wir ins andere Extrem, laufen Gefahr, dass der Staat in eine Infrastruktur-Malaise gerät und kein Geld mehr hat für Realinvestitionen in Straßen, Brücken etc. Das alles ist ein irrsinniges Durcheinander. Ohne begriffliche Klarheit lässt sich jedoch nicht sinnvoll handeln.

Wir müssen die bloß quantitative Betrachtung des Geldes durch eine qualitative ergänzen. Es geht vor allem darum, wofür Geld verwendet wird und wie es im sozialen Ganzen wirkt. Wir müssen mit R. Steiner die Rollen des Geldes unterscheiden. Geld spielt als Kaufgeld eine andere Rolle wie als Leihgeld für Investitionen. Hier verbindet es sich mit Fähigkeiten von Menschen, wodurch ein echter Mehrwert geschaffen werden kann. Dieser steht dann wiederum als Potenzial zur Verfügung. Ein Teil davon könnte wiederum als freies Schenkungsgeld zur Verfügung stehen, wodurch eine dritte Geldqualität ins Spiel käme.

Steuer: Zwangsschenkung mit Nebenwirkungen

Geld, das nicht in Wirtschaftsunternehmen investiert wird, wird heute meist nicht wieder frei. Es drängt in die geschilderten Anlagen, wo es sich in krankhafter Weise vermehren will. Ein gesunder Geldkreislauf müsste dazu führen, dass Überschuss als Schenkungsgeld in den kulturellen Sektor fließt. Unter diesem verstehen wir im weitesten Sinne Bildung, Wissenschaft, Soziales, Gesundheitswesen, Kunst. Da dort keine Warenproduktion stattfindet, sondern Beziehungsdienstleistungen erbracht werden und schöpferische Arbeit verrichtet wird, benötigt dieser Sektor freie Mittel, also geschenktes Geld. Weil wir uns als Gesellschaft jedoch nicht zutrauen, diesen Prozess offen zu organisieren, haben wir einen sozialen Mechanismus geschaffen, der uns zur Schenkung zwingt: die Steuer. Wir finanzieren den größten Teil des Bildungs- und Wissenschafts-systems, der sozialen Sicherung und des Gesundheitswesens über Steuern und Sozialabgaben. Wir haben uns daran gewöhnt, einen Staat zu haben, der uns und den Unternehmen Geld wegnehmen und in die genannten Bereiche geben soll. Als Gesellschaft konnten wir bisher kein Bewusstsein davon entwickeln, dass ein Gesundungsprozess in Gang gesetzt würde, wenn wir den Schenkungsbedarf bereits bei der Wertschöpfung einrechnen und so das Schenkungsgeld mit mehr Bewusstheit in die genannten Bereiche transferieren würden. Wir ver-

teilen die Hälfte des Sozialprodukts auf dem Weg der Zwangsschenkung über den Staat. Das könnten wir jetzt für eine gute Lösung halten, aber wir dürfen nicht übersehen, dass der bisherige Konsens über die Höhe dieser Schenkung derzeit infrage gestellt wird von denen, die Rendite suchen.

Was noch schwerer wiegt: Wir handeln uns damit eine inhaltliche Bestimmung über den Kultursektor durch den Staat ein. Das Wissenschaftsministerium sagt, was Hochschule ist, das Kultusministerium sagt, was Schule ist, etc. Wir haben durch diese Konstruktion zwar einen Weg gefunden, das Schenkungsgeld an den richtigen Ort zu bringen – es ist jedoch ein Umweg mit massiven negativen Nebenwirkungen.

Schlussbemerkung

Eine tiefere Ursache der Geldpathologie besteht darin, dass wir in unserer Gesellschaft keinen wesensgemäßen Geldbegriff haben und daher auch bisher nicht in der Lage waren, schädliche Geldverwendungen zu unterbinden. Wenn wir die Krankheit an der Wurzel bekämpfen wollen, muss gelten:

- Grund und Boden ist kein Investitionsobjekt.
- Unternehmen sind keine Investitionsobjekte.
- Arbeit ist keine Ware.

Formen der Geldverwendung, die toxisch wirken, weil sie auf der Käuflichkeit der Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital aufsetzen, müssten daher unterbunden werden. Darüber einen gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen, ist eine schwierige, letztlich jedoch keine unlösbare Aufgabe. (Thomas Betz wird später noch einen konkreten Vorschlag vorstellen, die Geldschöpfung alleine an die Notenbanken zu übergeben.) ■

Die Zähmung des Geldes heute – Therapieansätze aus dem Nationalökonomischen Kurs Rudolf Steiners

Udo Herrmannstorfer¹

Unser Finanzwesen krankt an allen Ecken und Enden. Wir gehen als Gesellschaft damit um wie mit einem todkranken Patienten, dessen Symptome man zu kurieren versucht, ohne die Diagnose zu kennen. Ob Verschuldungskrisen oder Bankprobleme – wir haben nur die Symptome im Blick, sprechen von „verbieten“, „abstellen“, „verhaften“, greifen zu Methoden, die einer Chemotherapie oder Bestrahlung entsprechen, und das alles, ohne die Wurzeln des Übels zu kennen – als hätten wir es mit einer „Palliativ-Ökonomie“ zu tun, an deren Heilung wir gar nicht mehr glauben. Das ist für wache Mitbürger schwer auszuhalten.

Dieser Beitrag will auf Aspekte aus dem komplexen Ganzen, auf bestimmte Kernbewegungen, hinweisen, an denen sich symptomatisch gewisse Fehlentwicklungen ablesen und erklären lassen – um, wie Harald Spehl forderte, einen Blick zu bekommen für den ganzen sozialen Organismus und nicht nur für Einzelphänomene.

Geld ist ein Medium, das die geniale Eigenschaft hat, in zwei Schritten alles in der Welt miteinander zu verbinden: Ein Leistungsbringer erhält in einem ersten Schritt für seine Leistung nur Geld, das er jedoch in einem zweiten Schritt wieder gegen eine andere Leistung eintauschen kann. Der dabei entstehende Preis einer Leistung drückt aus, in welchem Verhältnis Menschen wirtschaftlich zueinander stehen. Das zeigt: Das Thema Geld ist nicht nur ein sachliches, sondern ein zutiefst menschliches Thema, über das sich soziale Beziehungen abbilden. Indem wir für dies und das mehr oder weniger Geld ausgeben, gestalten wir die sozialen Zusammenhänge mit. Das bedeutet: Nur durch die Beteiligung möglichst vieler Menschen können wir in grundsätzlichen Fragen der Heilung unserer todkranken Ökonomie weiterkommen.

Geld macht wach und liefert so die Bewusstseinsgrundlage für unser eigenes Verhalten. Dafür sind wir viel mehr in unserem Sozialverhalten auf uns selbst gestellt als früher. Unser Kaufverhalten hat globale Auswirkungen, aber wir kennen unsere Handelspartner nicht mehr. Damit eröffnen sich aber auch neue Möglichkeiten: Sozial sensible Käufer fragen nach, ob alles zusammenstimmt, ob der eigene Vorteil auch dem anderen zum Vorteil gereicht. Das führt unweigerlich zur Frage nach dem gerechten Preis. Bereits Aristoteles stellte diese Frage – und wir haben sie noch immer nicht wirklich als ökonomisch berechtigt akzeptiert und beantwortet...

Im NÖK wird die **Frage nach dem gerechten Preis** die Kardinalfrage des Wirtschaftslebens genannt. Geld stellt uns die Aufgabe, so füreinander zu arbeiten, dass stimmige Verhältnisse entstehen und gibt uns die Möglichkeit, diese schrittweise herzustellen. Geld zu „zähmen“ heißt nicht es abzuschaffen, sondern es dienstbar zu machen, dass es etwas leistet, was ohne Geld nicht möglich wäre. Geld macht Zusammenhänge bewusst und hilft uns Menschen auf diese Weise entsprechend zu handeln. In den Anfangszeiten hatte, wie Michael Ross in seinem Beitrag gezeigt hat, Geld noch Warencharakter. Heute geht es gar nicht mehr um den Substanzwert des Geldes – er war nur ein Hilfwert in Zeiten noch nicht ausgebildeter Rechtsverhältnisse –, sondern um Verhältnisse zwischen Menschen, die durch menschliches Verhalten entstehen: Geld registriert und dokumentiert lediglich, dass jemand einem anderen eine bestimmte Leistung erbracht hat. Das Gelddokument, das nach Erhalt zum Gutschein wird, wird gesetzliches Zahlungsmittel, das alle Beteiligten verpflichtet, es zur Bezahlung der eigenen Leistung anzunehmen. Geld dokumentiert, was wir gegenseitig füreinander leisten, ist also eine „fliegende Weltbuchhaltung“. In dieser spiegeln sich die anerkannten Schuldverhältnisse zwischen Menschen. Das ist der wahre Kern des Geldes. Stabile Rechtsverhältnisse sind die Voraussetzung dafür, Geld auch ohne stützenden Warenwert, d.h. als reines Papiergeld, benutzen zu können.

Wir können Geld zunächst als einen neutralen Vermittler von Tauschvorgängen erleben, als ein Nichts, das auf diese Vorgänge keinen Einfluss nimmt. Oder wir bedienen uns seiner, um aktiv Einfluss auf die bestehenden Verhältnisse zu nehmen: Denn wir können Geldscheine als Gutscheine begreifen, die wir aufgrund von vorausgegangenen Leistungen erhalten haben und die uns zur Inanspruchnahme weiterer Leistungen ermächtigen. Dieser Umgang mit Geld ist sozialisiert durch die Art, wie er sich vollzieht. Geld fungiert so als Versprechen der jeweils anderen, etwas für uns zu leisten, weil wir bereits etwas für andere geleistet haben. Das ist objektiv moralisch.

Geld spielt also eine Doppelrolle: Für den einen ist es ein Guthaben, für den anderen eine Verpflichtung, die es einzulösen gilt. Durch Geld werden die Leistungen gegenseitig verfügbar. Das wird besonders im Wort „Dienstleistung“ deutlich. Die Frage, ob die dabei entstehenden Preise sozial verantwortlich sind, lässt sich auf die Dauer nur beantworten, wenn nicht der Gelderwerb, sondern der Leistungswille das dominierende Motiv des Tuns ist, wenn also Arbeit-Leisten und Einkommen-Erzielen getrennt werden. Die Machtseite des Geldes darf die den Preisen zugrunde liegenden sozialen Zuwendungsgesten nicht übertönen.

Leider gibt es heute zunehmend auch Einkommen, die nicht auf Vorleistung, sondern auf Vorrechten beruhen und Menschen erlauben, im Leben Werte zu beanspruchen, ohne vorher etwas dafür geleistet zu haben. Die Hauptvorrechte (Renten) sind Einkommen aus Rechtsansprüchen, z.B. aus der Nutzung von Grund und Boden ja überhaupt aus der Verkäuflich-

¹ Unter Verwendung einer Zusammenfassung von Katharina Offenborn.

keit von Eigentum im weitesten Sinn. Ein Aktionär arbeitet nicht für die Dividende: Diese Einnahmen erhält er als Miteigentümer des Unternehmens. Diese durch das Börsengeschehen gewaltig gesteigerten Einkommen ohne Leistung, die sich unter die auf Leistungsaustausch gestützten Einkommen mischen, sind nicht sozial sachgemäß und führen zu der weit auseinander klaffenden Reichtums-/Armutsschere. Sie führen automatisch zu Spannungen und Spaltungen zwischen Menschen, weil sie nicht auf Leistungsaustausch beruhen, sondern ein Vorrecht auf Leistung postulieren. Dadurch wird Geld zum Machtmittel umgewidmet.

Eine zweite Fragestellung des NÖK befasst sich deshalb mit den **sozialen Bedingungen**, die erst die Suche nach dem gerechten Preis ermöglichen. Dabei geht es im Grunde darum, die Bodenrente bzw. Einnahmen aus Eigentum aus dem ökonomischen Prozess herauszunehmen, damit Ökonomie wirklich Ökonomie sein kann. Das heutige Arbeitsrecht erlaubt es dem Eigentum, auch über Menschen zu verfügen. Menschenrechte aus Sachverhältnissen abzuleiten, Eigentum höher zu stellen als den Menschen, stellt einen Sündenfall unserer Rechtsordnung dar. Wir müssen ein Gefühl entwickeln für die Auswirkungen solcher Zusammenhänge auf den sozialen Organismus.

Allerdings braucht es mehr als den Willen, ungleiche Verhältnisse abzuschaffen. Rudolf Steiner gliedert Geld in Kaufgeld, Leihgeld und Schenkungsgeld, drei Geldarten, die im Grunde zeitliche Weiterentwicklungsstufen des Geldes innerhalb der Wertezirkulation sind, eine Weiterentwicklung, die sich über rhythmische Stau- und Auflösungsvorgänge vollzieht.

1. Kaufgeld und Geldumlauf

Die Kaufgeld- oder Tauschgeld-Ebene an sich ist ein stabiles, statisches System: Wenn wir nur tauschen würden, gäbe es von der Geldmenge her wenig Probleme, weil jeder erst etwas zum Sozialprodukt beitragen muss, bevor er etwas beanspruchen kann. Das Leben fließt dahin mit Zahlungsgewohnheiten und -rhythmen, ist nicht einfach nur chaotisch. Beim Kaufen ist jeder Beteiligte autonom. Niemand schreibt vor, was man kaufen muss und was nicht. Erst durch unser persönliches Kaufverhalten ergeben sich Gleichgewichtsverschiebungen: nicht im Hinblick auf die gesamte Geldmenge, sondern im Hinblick auf die Preisverhältnisse. In ihnen spiegeln sich die Empfindungs-, Denk- und Verhaltensweisen einer Gesellschaft. Sie regeln indirekt das Leben und entziehen sich in ihrer Bewertung dem rein ökonomischen Urteil.

Der Geldumlauf andererseits funktioniert nur, wenn auch wirklich *alle* Einnahmen wieder getauscht, d.h. ausgegeben werden, und wir ganz teilnehmen an dem Tausch-Kreislauf. Die meisten von uns sparen jedoch 10 – 15 % ihrer Einnahmen. Für die Geld-Zirkulation ist das eine Katastrophe. Denn Sparen ist ein Stauvorgang und bedeutet, dass man sich

aus dem sozialen Gegenseitigkeitsprozess ausklinkt. Das verfälscht die Preise und erzeugt ein Ungleichgewicht. So entsteht die Frage nach einer Geldumlaufsicherung, wie sie z.B. auch Silvio Gesell stellt und dadurch beantwortet, dass er das Geld mit einem Strafzins belegt, so dass es keiner länger als nötig behalten will. Eine andere Form der Auflösung dieses Stauvorganges ist das Verleihen in Form von Krediten für Investitionen.

Rudolf Steiner macht im NÖK mehrfach darauf aufmerksam, dass alle Erträge letztendlich dem erfindenden Geist geschuldet sind. Es ist jedoch noch sehr ungewohnt, den Geist als realen Produktions- bzw. Wirtschaftsfaktor anzuschauen und die dadurch notwendigen und möglichen Umgestaltungen ins Auge zu fassen.

- Dem Erfindungsgeist ist der gewaltige Strom an Erfindungen zu verdanken, der sich in den letzten 200 Jahren in die Zivilisation ergoss und unser Leben umgestaltete. Durch diesen Geist entstehen neue Werte, Mehrwerte.
- Eine zweite Eigenschaft des Geistes erfindet nicht nur Leistungen, sondern analysiert und reflektiert bestehende Arbeitsprozesse. Daraus ergibt sich die Möglichkeit der Neuorganisation unter Zuhilfenahme der ebenfalls erfundenen Maschinen. Die sich daraus ergebende Vereinfachung und Rationalisierung spart Arbeit ein, drängt sie zurück und erhöht dadurch die Arbeitsproduktivität. Durch diesen Zurückdrängungsvorgang entsteht eine zweite Art des Mehrwertes.

2. Leihgeld / Kreditgeld / Kapital

Geist kann aber nur mithilfe des Geldes auf die Ökonomie einwirken. Der Geist verwandelt dadurch Geld zu Kapital. Dieser Verwandlungsvorgang geschieht in Form der Kreditierung. Kredite werden immer benötigt, um einen Leistungsimpuls zu verwirklichen (Investitionen). Heute wird neues Geld nicht mehr durch die Vermehrung von Kaufgeld geschaffen, sondern durch Kredite in den sozialen Organismus eingeleitet. Im Gegensatz zu früheren z.B. goldgedeckten Währungen, scheint damit der Willkür zur Geldschöpfung Tür und Tor geöffnet (siehe die gewaltigen Geldmengen, deren Dynamik die gesamte globale Ökonomie chaotisiert). Deshalb ist das Recht auf Kreditschöpfung eine sozial so sehr umkämpfte Frage.

Kredite bilden die Brücke zwischen denjenigen, die Impulse haben und die zur deren Realisierung notwendigen Fähigkeiten besitzen, und solchen Kapitalien, die nicht anderweitig eingesetzt sind. Durch die Investition wird nicht nur die Produkterzeugung angefacht, sondern die Markt- und Produktivitätsgewinne führen erneut zu einem Stauvorgang, jetzt allerdings auf einer höheren Ebene des Kreditgeldes. So stellt sich auch hier die Frage nach der geeigneten Form der Stauauflösung. Preisverbilligungen und Arbeitszeitverkürzungen wären angemessene Formen, diesen Stau zurück in die Tauschebene zu

lenken. Die so umverteilten Werte würden damit aus der Ökonomie entlassen. Eine weitere Form der Verwendung in Gestalt von Schenkungen wird später besprochen.

Mit dem Leihgeld verhält es sich genau umgekehrt wie mit dem Kaufgeld: Beim Kaufgeld geht es um dasjenige, was man für das Geld erhält (Kaufkraft). Beim Kreditgeld geht es um dasjenige, was jemand zukünftig daraus macht: Das verlangt ein sehr viel höheres Vertrauen gegenüber den Kapital suchenden Initianten, als auf der Tauschebene zwischen Produzent und Konsument notwendig ist.

Kredite werden zurückgezahlt: Deshalb ist das Risiko ein Hauptfaktor in der Argumentation rund um Kredite. Im Moment versucht man das Risiko der Kredite als unternehmerische Angelegenheit der Banken selbst an diese zurückzugeben. Was im alten System schlüssig gedacht ist (Geld als eigene Ware), berücksichtigt den sozialen Aspekt des Problems nicht: Dieser verlangt im Gegenteil nach Solidarität. Denn dass jemand im Dienste des sozialen Organismus bereit ist, etwas zu tun, müssten wir mit Jubel begrüßen! Der Kreditnehmer schafft Werte für die Zukunft. Der Kredit ist zunächst ein durch und durch soziales Phänomen, weil durch ihn individuelle Fähigkeiten für die Gemeinschaft fruchtbar erschlossen werden. Es ist ein Sündenfall auf der Kreditgeldebene, dass Kredite wie Eigengeschäfte einer Bank behandelt werden. Dadurch wird die Bank aus einem neutralen Kreditvermittler zu einem parteiischen Agenten mit eigenem Erwerbsziel: ein so nicht lösbarer Interessenskonflikt mit dramatischen Folgen

3. Organe der Wirtschaft

Auch keine Zentralinstanz sollte entscheiden können, wer einen Kredit bekommt oder nicht, weil dahinter das Leben in seiner ganzen Vielfalt steht. Diese Einsicht ist wichtig, wenn es darum geht, das bisherig eigendynamische Marktgeschehen mit mehr sozialer Vernünftigkeit zu durchdringen. Auch wenn es viele Theorien hinsichtlich der Bestimmungsgründe des Marktgeschehens gibt, im Kern wird der Markt aber als Blackbox gesehen, der sich aufgrund seiner Vielfältigkeit nicht bewusst erforschen und bestimmen lässt. Im Gegenteil sind Versuche, vernünftig und gemeinsam über marktregulierende Faktoren zu sprechen, kartellrechtlich verboten. Den Erfahrungen im Sozialismus mit der Planwirtschaft dagegen ist es geschuldet, dass alle Forderungen nach Vernünftigkeit sofort als Einstieg in eine planwirtschaftliche Renaissance desavouiert werden.

Beide Ansätze machen den Fehler, die Vernunft außerhalb der sozialen Vorgänge zu suchen: bei der Marktwirtschaft in einer in den Marktkräften unsichtbar wirkenden Vernunft (invisible hand), bei der Planwirtschaft in einer über den sozialen Vorgängen angesiedelten zentralen Regulierungsbehörde. Im Sozialen aber stehen wir als vernünftige Menschen *innerhalb* der Prozesse. Die innerhalb der sozialen Prozesse stehenden Menschen müssen selbst netzwerkartig die Organe zur Steuerung des

sozialen Organismus bilden, indem sie in einer realen Beziehung zueinander stehen und solche Prozesse beratend begleiten und aufeinander abstimmen.

Dazu gehört auch, die Rolle der Banken neu zu überdenken. Dabei geht es nicht in erster Linie um die Bankgröße, sondern darum, auf welche Weise Banken qualitativ in den Kapitalbewegungen drinnen stehen und dabei Lebenskenntnis walten lassen. Denn das Kreditieren verträgt keine abstrakten Gesichtspunkte. Deshalb sollten wir von Organen der Wirtschaft und nicht von Banken sprechen: Organe dienen dem Prozess als Vermittler, organisieren ihn, nehmen wahr, wickeln ab. Um zu Organen werden zu können, müssen Banken sich jedoch neu aufstellen. In der aktuellen Form sind sie Repräsentanten des alten Systems und damit „nicht zu retten“. Dabei läge die Richtung der Erneuerung auf der Hand: Die ein Eigenleben führende Geld-/Kapitalhandhabung muss mit den realwirtschaftlichen Vorgängen wieder direkt verbunden werden. Dazu ist zwangsläufig ihre assoziative Einbindung notwendig.

4. Wohin mit dem Plus aus Unternehmen?

Eine provozierende Bemerkung zum Schluss im Zusammenhang mit dem Überschuss, den Unternehmen durch Investitionen erwirtschaften. Heute wird dieser Überschuss entweder zur Eigenkapitalbildung zurückgestaut, für eigene Investitionen benutzt oder über Dividenden abgeschöpft. In der Verbindung mit dem Börsengeschehen hat dies dazu geführt, Unternehmen nicht mehr nach ihrem realen Leistungsbeitrag zu beurteilen, sondern nach der Höhe des Überschusses. Doch hat das Unternehmen überhaupt den alleinigen Anspruch auf dieses Plus? Abgeleitet wird dieser Anspruch vom Eigentumsrecht, demgemäß alles Erwirtschaftete zunächst zwar dem Unternehmen gehört, dieses aber den kapitalrechtlichen Eigentümern, z.B. den Aktionären. Dieser Zirkelschluss verwandelt das Eigentumsrecht zu einem sozialen Vorrecht des Kapitals (das Unternehmen ist für die Aktionäre da), was dauerhaft soziale Spannungen in Zusammenarbeitsverhältnissen erzeugt und erzeugen muss. Damit zeigt sich ein Mangel in der Entwicklung des Kreditgeldes bzw. des Kapitals, nämlich das Fehlen echter Teilungsverhältnisse der Unternehmenserträge. Auch das Streben, die Kreditfinanzierung durch haftendes Kapital (Eigenkapital) zu ersetzen, bedarf der Hinterfragung, weil es das Investitionsgeschehen der sozialen Beurteilung entzieht. Dafür muss ein neues Element stärker bedacht werden, das bisher nur privat oder indirekt über Steuern geleistet wurde: Schenkungen an das allgemeine kulturelle und soziale Leben, aus dem doch alle Fähigkeiten und Bedürfnisse entspringen. Bisher gelten Schenkungen geradezu als Gegenteil ökonomischen Verhaltens. Es käme aber gerade darauf an, sie als unverzichtbaren Bestandteil eines gesunden Geldwesens zu behandeln.

Es zeigt sich im Alltag, dass die Widerstände gegenüber Veränderungen im Geldwesen am stärksten aus dem Eigentumsdenken heraus begründet werden.

5. Schenkungsgeld

Die Bedeutung von Schenkungen sieht man daran, dass unser Leben mit einer gigantischen Schenkung beginnt. Bevor wir überhaupt etwas leisten können, sind wir schon 20 bis 30 Jahre lang – je nach Ausbildungszeit – von anderen beschenkt worden. Schenkung ist Geld, das an keinen direkten „return on investment“ gebunden ist, sondern ausschließlich der Ermöglichung eines noch nicht bestimmten Zukünftigen dient. In dieser Unbestimmtheit liegt das Potenzial. Die gegenwärtige Bildungspolitik, wie sie durch die OECD neu gefasst wurde (PISA, Bologna), beruht aber gerade darauf, Bildung als reale zweckbestimmte Investition anzusehen. Letzteres läuft auf eine Kreditierung der Bildung hinaus. Jungen Menschen jedoch als Gegenleistung abzuverlangen, dass sie in Zukunft das ausführen sollen, was die heutige Gesellschaft für die Zukunft für zweckmäßig hält, würgt Lebensimpulse ganzer Generationen ab. Wo, wie und wann diese gebildeten Menschen später in den sozialen Prozess eingreifen, bleibt bei einer Schenkung weitgehend offen. Insofern ist eine Schenkung keine Vorfinanzierung im Sinne eines Kredites. Bei Schenkungen verzichtet der Schenkungsgeber bewusst auf die Rückzahlung des Geldbetrages. Die Früchte, die sich daraus ergeben, können damit anderen zugute kommen. Nur so ist es überhaupt möglich, dass die Gesellschaft durch neue Impulse davor bewahrt wird, zu verkrusten und zu verhärten, indem sie nur finanziert, was schon immer da war.

Das bisher Gesagte gilt jedoch nur im Allgemeinen. Bei genauerer Betrachtung der verschiedenen Einsatzbereiche des Schenkungsgeldes ergeben sich jeweils die dazu notwendigen Formen und Modalitäten. So gibt es z.B. durchaus auch zweckbestimmte Schenkungen usw.

Woher aber kommt das Schenkungsgeld bzw. wie entsteht Schenkungsgeld? Die Quellen reichen von der persönlichen Umwidmung von Geldbeträgen bis zu gesellschaftlich festgelegten Zahlungen. (So kann man große Teile der Steuern als „Zwangsschenkungen“ verstehen.)

Entscheidend ist die Einsicht, dass es sich beim Schenkungsgeld nicht in erster Linie um großzügige menschliche Gesten handelt, sondern um eine gesamtwirtschaftliche Geldkategorie, ohne deren Wirkung der soziale Organismus sich ruinieren müsste. Ein wesentlicher Gesichtspunkt aus dem NÖK besteht in dem Hinweis auf die Zeitgestalt des Geldes. Der Wert des Geldes ändert sich in der Zeit, Geld unterliegt einem permanenten Alterungsprozess. Das Schenkungsgeld sorgt dafür, dass dieser Alterungsvorgang zur Grundlage der Erneuerung werden kann. ■

Geldschöpfung in öffentlicher Hand

Thomas Betz
Zusammenfassung André Bleicher

Thomas Betz stellte in Grundzügen die Idee des Vollgeldes dar. Dieses wird vertreten von der Initiative ‚Die Monetative‘.² Spiritus rector der Initiative ist Joseph Huber – emeritierter Professor für Wirtschafts- und Umweltsoziologie an der Universität Halle – der die Grundüberlegungen der Initiative in verschiedenen Publikationen dargelegt hat.³ Ausgehend von der Beobachtung, dass der überwiegende Anteil der Bevölkerung der Auffassung ist, dass die Zentralbanken in der Lage seien, für Geldwertstabilität zu sorgen und daher die Geschäftsbanken mit Geldreserven zu versehen, den Wert ihrer Währung an den Kapitalmärkten zu sichern, die Inflationsrate zu steuern und zudem die umlaufende Geldmenge zu kontrollieren, stellt die Monetative fest, dass die Zentralbanken diese Aufgaben allenfalls in sehrmäßigem Umfang bewältigen (können) und daher eine Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Bevölkerung und dem realen Handeln der Zentralbanken besteht.

Insbesondere die Tatsache, dass Geschäftsbanken Giralgeldschöpfung betreiben, die sich der Zentralbanksteuerung weitgehend entzogen hat, führt nach Auffassung der Monetative dazu, dass es zu finanziellen Instabilitäten kommt, da der Realwirtschaft eine zu große Geldmenge gegenübersteht. Daher – so die Monetative – komme es zu Asset-Inflation (also Kursinflation von Aktien, Anleihen, Verbriefungen, Derivaten etc.) und – möglicherweise –, sofern die überschüssigen Geldvolumina auf realwirtschaftliche Prozesse wirken, zur Warenpreis-inflation.

Mit dieser Finanzialisierung gehen tiefgreifende Auswirkungen auf die Primärverteilung der Einkommen von Volkswirtschaften einher. In allen G 10-Staaten sinkt die Lohnquote, während die Kapitalquote steigt. Dies führt die Monetative darauf zurück, dass das überproportionale Wachstum des Geldvermögens eine steigende Zinsquote erfordert und – als Konsequenz – dementsprechend eine sinkende Lohnquote.

Der Grundgedanke der Vollgeldinitiative ist einfach: Die Geldschöpfung soll einer staatlichen Institution – der Monetative, einer politisch unabhängigen Währungsbehörde – obliegen und den Geschäftsbanken entrissen werden. Die Begründung für diese weitreichende Maßnahme lässt sich empirisch basierend daraus ableiten, dass die Geldschöpfung sich weitestgehend verselbstständigt hat. Geschäftsban-

² Nähere Informationen auf <http://www.monetative.de/>, vgl. auch Betz, Thomas (2013): Missverständnisse in der Vollgeld-Kritik. In: Sozialimpulse, Heft 1, 24. Jahrgang.

³ Vgl. zum Beispiel Huber, Joseph (2014): Monetäre Modernisierung. Zur Zukunft der Geldordnung: Vollgeld und Monetative. Marburg. Joseph Huber hat die Problematik der entfesselten Geldschöpfung bis in die Buchungssätze hinein exakt dargestellt und den Geldmengenmultiplikator sehr gut nachvollziehbar geschildert. Wie auch immer der Vollgeldansatz im Einzelnen beurteilt wird, Huber kommt das Verdienst zu, Aufklärung bzgl. der Geldschöpfung geleistet zu haben.

ken sind im herrschenden Geldsystem in der Lage, mittels multipler Geldschöpfung aus einer relativ kleinen Menge Zentralbankgeldes ein Vielfaches an Kreditvolumen zu schöpfen – anders formuliert: Geschäftsbanken schaffen Geld aus dem Nichts!

Diese Geldalchemie beruht auf der sogenannten Giralgeldschöpfung: Banken geben ihren Kunden Kredite und schreiben diese Kreditbetrag auf deren Konto gut. Der Kunde – privater Haushalt, Unternehmen oder Staat – kann diesen Betrag wie Geld weiterverwenden und auf diese Weise ist gewissermaßen Geld entstanden. Einzige Bedingung: Die Geschäftsbank muss eine Mindestreserve (zurzeit rund ein Prozent des geschöpften Volumens) bei der Zentralbank deponieren. Idealerweise steuert die Zentralbank die Geldmenge also mittels zweier Variablen, dem Zinssatz und der Mindestreserve. Erhöht die Zentralbank die Zinsen, so werden weniger Kredite nachgefragt, da nur noch sehr lukrative Investitionsprojekte eine Rendite erbringen. Senkt die Zentralbank die Zinsen, können – vice versa – mehr Kredite vergeben werden. Erhöht die Zentralbank die Mindesteinlage, so können die Geschäftsbanken weniger Geld schöpfen, senkt sie die Mindesteinlage, findet mehr Geldschöpfung statt.

Empirisch lässt sich das Auseinanderklaffen von Geldmenge und BIP leicht nachweisen; in den Jahren von 1992 – 2008 wuchs die Geldmenge um 181 Prozent, das BIP nominal dagegen nur um 51 und real nur um 23 Prozent.

Der Ansatz der Monetative

Die Initiative Monetative will dieser Problematik begegnen, indem sie die gesamte Geldschöpfung in die Hand der Zentralbank überführt und den Geschäftsbanken die Möglichkeit der Geldschöpfung entzieht. Geld soll ohne Zins und Verschuldung in den Geldkreislauf gespeist werden. – Die Bezeichnung Vollgeld soll zum Ausdruck bringen, dass Geldguthaben – ebenso wie Geldscheine oder -münzen – ein vollgültiges gesetzliches Zahlungsmittel darstellt.

Geldschöpfung erfolgt nicht mehr – uno actu – mittels Kreditvergabe, sondern durch Ausgabe des Geldes über den Staat, welcher die Seigniorage⁴ als Einnahme verbucht. Auf diese Weise sieht die Monetative das Vollgeld von dem Zwang entkoppelt, Wachstum zu generieren und Umverteilung zu Lasten der Arbeitseinkommen hervorzurufen. Das Vollgeld soll entsprechend den Wachstumspotenzialen einer Volkswirtschaft geschöpft werden: Wächst die Wirtschaft, wird mehr Geld zur Verfügung gestellt, je geringer das Wachstum ausfällt, desto weniger Geld muss geschöpft werden. Eine stationäre Wirtschaft benötigt entsprechend auch keine wachsende Geldmenge und generiert auch keine Seigniorage.

⁴ Seigniorage meint: Gewinneinkommen, welches durch die Emission von Geld entsteht.

Die Vollgeldinitiative sieht in der Reform des Geldwesens die Möglichkeit, ein Ende der Banken- und Staatsschuldenkrise gewährleisten zu können und dies, ohne dass weiterhin Austeritätspolitik betrieben, ohne dass eine künstliche Inflation erzeugt oder gar Haircuts für die Gläubiger gefordert werden müssten. ■

Steuerung der Geldströme

Rolle der Banken, Monetative, Komplementärgeld, assoziative Organbildung

Zusammenfassung Christoph Strawe

Das oben genannten Thema stand im Mittelpunkt einer abendlichen Podiumsdiskussion, die von C. Strawe moderiert wurde und an der Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl, Thomas Betz sowie Josef Schnitzbauer, der Teamleiter der GLS-Filiale Frankfurt/M, teilnahmen. Letzterer machte den Anfang mit einer Darstellung der Rolle der Banken am Beispiel der GLS-Bank, die 2014 ihr 40jähriges Jubiläum feierte. Als Gemeinschaft für Leihen und Schenken praktizierte sie seit ihrer Gründung einen sozial innovativen Umgang mit Geld. In den Jahren nach der Finanzkrise profitierte sie stark von der Unzufriedenheit mit dem renditeorientierten Bankwesen. Die Zahl der Kunden hat sich in den letzten fünf Jahren auf 185.000 verdoppelt.

Beispiel GLS-Bank

Die GLS sieht den Sinn der Banktätigkeit nicht im renditeorientierten Eigengeschäft, sondern in der Mittlerrolle zwischen Sparern bzw. Anlegern und dem Geldbedarf von Unternehmen. Sie organisierte sich ganz bewusst als Genossenschaftsbank, hat doch die Genossenschaftsbankbewegung seit je ein soziales Anliegen vertreten, und zählt heute über 38.000 Genossen.

Die GLS fühlt sich auf der Kreditseite verantwortlich für sinnvolle reale Projekte: gesunde Ernährung, Wohnen, Bildung, Kultur, Energie, Gesundheit, Soziales usw. Für die Anleger gilt, dass sie selbst entscheiden können, in welchem Bereich ihr Geld wirken soll. Der Bankkunde bestimmt also bei der GLS mit, was mit seinem Geld geschieht: Er kann es der ökologischen Landwirtschaft, freien Schulen, Kindergärten oder Projekten der Erzeugung erneuerbarer Energien widmen. Wenn er will, kann er aber auch ohne Präferenz anlegen. Im „normalen“ Bankwesen weiß man als Anleger in der Regel nicht, was mit dem eigenen Geld konkret geschieht. Die GLS verwirklicht dagegen maximale Transparenz, indem sie alle ausgereichten Kredite veröffentlicht. Damit setzt sie sich selbst unter Legitimationsdruck gegenüber den Kunden.

Im Bereich des Schenkgeldes wirkt die GLS Gemeinschaftsbank e.G. zusammen mit dem GLS Treuhand e.V., der verschiedene Zukunftsstiftungen umfasst und als Dachstiftung für Spender fungiert, die keine eigene Stiftung gründen wollen. Mit der GLS Treuhand zusammen hat die GLS Bank die sogenannten GLS Bank Stiftung begründet, die 2014 einen viel beachteten „Geldgipfel“ veranstaltete. Außerdem gibt es noch das Tochterunternehmen GLS Beteiligungs AG. Genossenschaft, e.V. und AG firmieren unter der gemeinsamen Dachmarke GLS Bank.

Die GLS ist Mitglied des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken und nimmt an dessen Einlagensicherung teil. Einlagensicherung ist nicht bloß eine quantitative Frage in Bezug auf das dafür zur Verfügung stehende Geld, sondern hat etwas damit zu tun, welches Geschäftsmodell Banken verfolgen, welche globalen Auswirkungen die Art und Weise hat, wie sie agieren. Die aus dem Plenum gestellte Frage, ob es für die Anlage der vorhandenen Gelder genügend Projekte in Deutschland gegeben habe bzw. gebe, konnte bejaht werden – mit Verweis z.B. auf die unverzichtbare Rolle, die die Gemeinschaftsbank bei der Finanzierung von Pionierprojekten der Energiewende spielte.

Mit dem Basel II und Basel III-Abkommen rücke die Eigenkapitalausstattung der Banken in den Mittelpunkt des Interesses. Das führe zu einer einseitig quantitativen Betrachtung; man müsse aber mehr auf die Sinnfrage schauen, was mit dem Geld gemacht wird und was durch die Geldverwendung entsteht. Aber natürlich brauche auch die GLS-Bank, wenn sie weiter so wachsen solle wie in den letzten Jahren, entsprechend mehr Eigenkapital.

Die GLS-Bank finanziert sich über Kundeneinlagen und beansprucht kein Geld von der Bundesbank oder der EZB. Sie investiert ausschließlich in Realwerte. Der Befürchtung, dass die Vollgeldreform die Geschäftsbanken in Filialen der Notenbank verwandeln und die Entscheidungen über Kredite zentralisiert und damit anonymisiert würden, setzte Thomas Betz entgegen: Die Geschäftsbanken könnten nach wie vor Kredite vergeben, nur müssten sie sich dafür bei der Notenbank ausstatten, hätten kein „Zaubergeld“ mehr zur Verfügung. Es sei eine Frage der Ausgestaltung und der Verfahrensregelungen, auf vernünftige Art über Kreditvergabe zu entscheiden. Er merkte auch an, dass die Großbanken in der Tat ganz andere Möglichkeiten der Geldschöpfung hätten als eine kleine Bank wie die GLS. Hier liege heute gerade ein unfairer Wettbewerbsvorteil der Großen gegenüber den Kleinen, weshalb er davon ausgehe, dass die Vollgeldreform die Situation für die Kleinen verbessern werde.

J. Schnitzbauer betonte die Notwendigkeit, bereits heute im Sinne eines sozialen Banking zu handeln und nicht erst auf eine große Geldreform zu warten. Es wurde aber auch unterstrichen, dass Schritte im Kleinen und das Ringen um Veränderungen im Großen nicht im Widerspruch zueinander stünden.

Monetative, Organbildung

Das Gespräch wandte sich nun der Frage nach der Steuerung der Geldmenge zu, wobei zunächst der Ansatz der Monetative – die Umwandlung der nationalen Notenbank zu einer „vierten Gewalt“ – betrachtet wurde.

C. Strawe stellte hierzu die Frage, wie ein solches Organ ausgestattet sein und arbeiten müsse, um der Bildung eines sozialen Urteils über eine den Bedürfnissen der Realwirtschaft entsprechende Geldmengenbestimmung dienen zu können. Die bereits zuvor begonnene Diskussion über das Verhältnis der Monetative zur den Geschäftsbanken müsse weitergeführt werden.

Udo Herrmannstorfer spitzte die Fragestellung zu: Es sei zu diskutieren, wieweit wirtschaftliche Prozesse überhaupt über die Geldebene steuerbar seien. Dem Wirtschaftsleben seien assoziative Organe einzubilden, die objektiven Gemeinsinn in die Ökonomie bringen können – die Geldfragen seien in solchen Organen von vornherein im Kontext mit inhaltlichen Wirtschaftsfragen zu behandeln. Das Leben müsse letztlich durch das Leben selbst gesteuert werden und nicht vom Geld aus. Vernunft in die Ökonomie hineinzubringen, sei letztlich nur auf richtige Weise möglich, wenn man die ökonomisch agierenden Menschen als Vernunftträger ins Spiel bringt, die in solchen Verständigungsorganen zusammenwirken.

An dieser Stelle zeigte sich noch erheblicher Diskussionsbedarf. Es wurde aber zumindest klar, dass die Monetative nicht „freischwebend“ zu denken ist, sondern im Kontext von Fragen und Entscheidungen, die nicht geldtechnischer Art sind, z.B. ob eine Postwachstumsökonomie nötig ist. Zunächst aber gelte es, alle Kräfte zu sammeln, um sich gemeinsam für die Einführung von Vollgeld einzusetzen, unabhängig von der Position der einzelnen Protagonisten in anderen Fragen. Denn, so Betz dazu: „Vollgeld ist nicht alles, aber ohne Vollgeld ist alles nichts“.

Komplementärwährungen etc.

Das Gespräch wurde dann auf die Frage übergeleitet, auf welchen *Geldebene*n eine Steuerung wie ansetzen könne, welche Rolle neben den nationalen Währungen einer Art „Weltgeld“ wie dem Keyneschem Bancor bzw. der Lietaerschen Terra⁵ oder Komplementärwährungen regionaler bzw. sektoraler Art zukomme.

Für die Anhänger des Vollgeldes liegt der Hauptansatzpunkt naturgemäß primär auf der nationalen Ebene, weil hier am ehestens angesetzt werden könne. Eine internationale Verrechnungswährung in der Art des Bancor wäre jedoch sicherlich ein wichtiger „Flankenschutz“. Über die Bedeutung von Komplementärwährungen gab es unterschiedliche Einschätzungen. Auf der einen Seite wurde eine

⁵ Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Bancor> und [de.wikipedia.org/wiki/Terra_\(Währung\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Terra_(Währung))

gewisse Skepsis geäußert. Am ehesten seien sie interessant als Selbsthilfe für den Fall einer weitgehenden Zerrüttung des Geldsystems (Beispiel Argentinien). Häufig hätten sie aber allenfalls symbolische Bedeutung. Auf der anderen Seite wurde gesagt, Komplementärwährungen hätten eine immense Bedeutung als soziales Üb- und Experimentierfeld. Außerdem müsse die Regionalisierung als Zukunftstrend beachtet werden.

In einer Schlussrunde der Podiumsdiskussion führte Udo Herrmannstorfer aus, dass wir uns oft keine Zeit nähmen, in die qualitativen Prozesse im Sozialen einzutauchen. Kaufen, Leihen und Schenken seien ganz unterschiedliche Prozessqualitäten. Wir müssten einen Sinn für das Prozessuale entwickeln. Die zentralen Fragen einer Wirtschaft der Zukunft – etwa die Eigentumsfrage – dürften nicht ausgeklammert werden. Harald Spehl äußerte seine Sympathie für das Anliegen der Monetative, Risikopotenziale aus der Geldschöpfung herauszubringen. Die Frage, was sich bei der Kreditvergabe vor Ort in einer Vollgeldwelt ändere, müsse noch bearbeitet werden, denn die Antwort, das werde sich schon finden, sei unbefriedigend.

Auf dem Weg zu einer organischen Geldordnung

Das Plenum am letzten Tag des Seminars stand unter dem Arbeitstitel „Auf dem Weg zu einer organischen Geldordnung“. In seinem Eingangsstatement unterstrich Udo Herrmannstorfer den Entwicklungsgedanken: Die Beteiligung der Menschen sei heute das A und O, es gehe nicht um „Systeme“, sondern um die Schaffung von Verhältnissen, an denen Menschen sich entwickeln könnten. Ein prozessorientiertes Herangehen sei deshalb essenziell. Vor der Klärung der Strukturfragen müsse ein Verständnis des lebendigen sozialen Prozesses entwickelt werden, dem die Strukturen dienen sollen. Bei der Geldfrage gehe es vor allem auch darum, wie sich menschliche Beziehungen mit Hilfe des Geldes entfalten.

Auf die Frage nach einer organischen Geldordnung lassen wir uns in der Regel noch zu wenig ein. So denken wir den Kredit immer noch zu sehr im Sinne eines Kaufvorgangs. Produktionskredit – im Gegensatz zum Konsumkredit – ist aber die Ermöglichung unternehmerischer Impulse, die Werte schaffen, – ein notwendiger sozialer Vorgang, der nicht einfach ein persönlich-privates Schuldverhältnis begründet. Die wahre Deckung dieses Kredits sind die Fähigkeiten der Menschen, die mit ihm arbeiten, nicht dingliche Sicherheiten. Den Schritt zur Fähigkeitenwirtschaft hat unsere Gesellschaft aber noch nicht wirklich vollzogen.

Noch schwerer fällt die Erfassung der Qualität des Schenkens als ökonomischer Kategorie. Schenken soll freie Aktivität ermöglichen als Quelle von Neuem im sozialen Leben. Der Schenkende kauft nichts und darf keinen „return on investment“ erwarten, denn das würde diese freie Aktivität verhindern. Über die

Problematik der Zwangsschenkung wurde bereits an anderer Stelle gesprochen. Durch Schenken wird überschüssiges Geld in den sozialen Prozess zurückgeführt und damit sozial fruchtbar; Stauprozesse werden aufgelöst, Blasenbildungen vermieden, d.h. es wird verhindert, dass sich der Geldprozess vom sozialen Lebensprozess ablöst.

Wir vergessen zu leicht, dass die Ökonomie von heute die Errungenschaften des Geisteslebens der Vergangenheit unentgeltlich nutzt, dass der Schenkungsgeldbedarf des Geisteslebens der Gegenwart vonseiten der Ökonomie von vornherein „eingepreist“, also einkalkuliert, werden müsste. Wir müssen lernen, vom Ganzen her zu denken: Die Ökonomie ist nicht nur für sich, sondern für den ganzen sozialen Organismus verantwortlich, der auf ihre Güter und Leistungen angewiesen ist. Häufig wird auch übersehen, dass es ein weites Formenspektrum an Schenkungen gibt. Wir denken beim Schenken oft nur an die individuelle Schenkung. Wir brauchen aber an vielen Stellen auch Formen einer gesellschaftlichen Schenkung. Der Bildungsgutschein zeigt, dass Finanzierung durch die Allgemeinheit und individuelle Entscheidungsmöglichkeit sich nicht ausschließen müssen. Das ist aber allein noch keine Antwort auf die Frage, wo und wie der heutige Zwangsschenkungsmechanismus durch „assoziative“ Verständigungsformen nach und nach ersetzt werden kann.

Dass das Thema der ökonomischen Bedeutung des Schenkens durchaus einer weiteren Bearbeitung bedarf, wurde im Gespräch sehr deutlich. Nicht immer wird es im Dreigliederungsdiskurs differenziert genug kommuniziert, sodass leicht Missverständnisse entstehen. Einige davon konnten im Gespräch ausgeräumt werden, es bedarf aber noch einer gründlichen gegenseitigen Übersetzungsarbeit, um das Thema fruchtbar gemeinsam weiter bearbeiten zu können.

Die Erfahrung zeigt immer wieder, dass im offenen Gespräch ein besseres Verständnis für die verschiedenen Standpunkte erreicht werden kann. Dass das in Frankfurt gelang, ist allen Teilnehmern und Gästen zu verdanken, besonders aber Thomas Betz.

Zeichen der Zeit

Deutschland als Retter Griechenlands?

Öffentliche Lügen, Halbwahrheiten und Verschleierungen

Die Mehrzahl der deutschen Medien haben sich mit ihrer einseitigen Berichterstattung und ihren hämischen bis arroganten Kommentaren während des Verhandlungspokers zwischen den EU-Finanzministern und den angeblich „linksradikalen“ Regierungsvertretern Griechenlands wahrlich „nicht mit Ruhm bekleckert“: In dem fast durchgängigen Griechenland-Bashing (ohne wirkliche Sachkenntnis) haben sich selbst als seriös geltende Leit-Medien von der Stammtisch-Kampagne der BILD-Zeitung, die vom Presserat gerügt wurde, trotz wohlfeiler Wortwahl inhaltlich und tendenziell kaum abgehoben. Der stets mit Empörung zurückgewiesene Vorwurf von angeblich „gleichgeschalteten Medien“ bekam wieder neue Nahrung durch die einheitliche Wiedergabe eines Zerrbildes der jungen griechischen Protestregierung, die angeblich ganz Europa brüskiere und ihre „deutschen Helfer beschimpfe“.

Hat der deutsche Steuerzahler tatsächlich die „undankbaren Griechen“ gerettet, wie es jahrelang als Bild in den Medien, aber auch seitens unserer Regierung, vermittelt wurde? In Wirklichkeit hat Deutschland von den Krediten profitiert und will deshalb Griechenland zu noch mehr Austerität und der Annahme weiterer Kredite zwingen (mit dem Effekt einer „Konkursverschleppung“). Während die Griechen dies wegen der nicht leistbaren Rückzahlungen ablehnen, werden sie fälschlich in den Medien der „Bettelei“ bezichtigt. (Dann dürfen sich die Medienschaffenden nicht wundern, wenn aus der rechtspopulistischen Ecke der hässliche Pauschalvorwurf der „Lügenpresse“ ertönt...)

Viele der von den deutschen Medien sogleich nach der ersten Verhandlungsrunde über die Verlängerung des Hilfsprogramms verbreiteten falschen Behauptungen und Vorurteile hielten einem Faktencheck nicht stand und stimmten mit

den tatsächlichen Inhalten des angeblich „substanziösen“ Briefes aus Griechenland überhaupt nicht überein, weil er von den Presseagenturen unter Weglassung von wichtigen Passagen und Begriffen zitiert wurde. Weder stimmte die von den Medien gegenseitig übernommene Behauptung, Griechenland wolle sich einer Kontrolle der Kreditverwendung entziehen noch stimmte die polemische Aussage, Griechenland wolle zurück zum alten System des Lebens auf Pump, auf Kosten des deutschen Steuerzahlers. (Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl haben andere EU-Länder übrigens weitaus mehr bezahlt für die „Rettung Griechenlands“.)

Bei alledem wurde so getan, als habe die griechische Bevölkerung „über ihre Verhältnisse gelebt“ – und nicht die bisherige führende politische und wirtschaftliche Kaste in Griechenland, von deren Korruption selbst deutsche Firmen wie Siemens in Griechenland gut profitierten. Derweil mussten die griechischen Arbeitnehmer – im Gegensatz zum Klischee-Bild der Südeuropäer – mehr arbeiten für weniger Geld.

In Wirklichkeit ist die Kreditvergabe an Griechenland für die deutschen Steuerzahler ein gutes Geschäft. Bis 2016 kommen allein 12,7 Mrd. € an Zinsgewinnen für die EZB zusammen, von deren Ausschüttung Deutschland in hohem Maße profitieren wird. Zudem profitiert Deutschland, wie die Süddeutsche Zeitung in einem Beitrag am 21.08.2012 darlegte, auch direkt von der mit der Krise zusammenhängenden anhaltenden Niedrigzinspolitik.

Die unerwünschte „Rettung“, die keine war...

Wollte das griechische Volk überhaupt die vermeintliche „Rettung“ durch Deutschland und die EU? Der griechische Finanzminister Varoufakis hatte wiederholt erklärt, Griechenland wolle keine neuen „Hilfsgelder“, sondern stattdessen Umschuldung und Wachstums-Reformen. Hierbei bekam er Unterstützung von führenden Ökonomen in aller Welt. Und selbst US-Präsident Obama sprang Griechenland zur Seite mit der Aussage, dass Länder, die sich in der Depression befinden, nicht immer weiter ausgequetscht werden können. Doch die seriösen Bemühungen der neuen griechischen Regierung wurden in den Medien unisono als eine Art „Trickserei“ abgetan, als ob Griechenland um mehr Hilfsgelder und Kredite betteln, sich im Gegenzug jedoch um die „notwendigen Reformen“ drücken wolle – Reformen, die bisher ihr Ziel klar verfehlt und die Bevölkerung ins Elend gestürzt haben.

Längst vergessen sind die selbstkritischen Eingeständnisse des IWF von Juni 2013 (von denen sich die EU-Kommission bezeichnenderweise distanzierte), mit denen die eigenen Reformauflagen im Griechenland-Paket mit den „zu harten

Sparmaßnahmen“ als Fehler eingestanden wurden; man habe die Schäden für die griechische Wirtschaft unterschätzt, insbesondere den Anstieg der Arbeitslosigkeit (die heute bei fast 27 % liegt mit einer Jugendarbeitslosigkeit um 50 %). Seit 2008 ist die gesamtwirtschaftliche Produktion um knapp ein Viertel von 233,2 Mrd. € auf 181,9 Mrd. € in 2014 zurückgefallen.

Schon in Vergessenheit geraten ist auch die Absicht der griechischen Vorgängerregierung 2011 unmittelbar nach Ausbruch der Krise, eine demokratische Volksabstimmung über das Rettungspaket durchzuführen. Dies hatte bekanntlich die deutsche Kanzlerin in intensiven Gesprächen dem damaligen Regierungschef Papandreou ausgerechnet und verhindert. Tatsächlich floss der Großteil der europäischen Steuermilliarden an Banken und Hedgefonds, zu einem erheblichen Teil an deutsche und französische Großbanken, zu deren Rettung (ohne Haftung ihrer Eigentümer). Die dadurch entstandenen griechischen Verbindlichkeiten lasten nun auf den europäischen Steuerzahlern anstatt auf den Verursachern der Finanzkrise. Private Bankenschulden wurden zu öffentlichen Staatsschulden umgebucht.

Laut einer Studie von Attac Österreich sind von den insgesamt 207 Mrd. € geflossenen Hilfgeldern (von EU-Staaten, ihren Rettungsschirmen und dem IWF) an Griechenland fast 170 Mrd. € (77 % der Kredite) direkt oder indirekt beim Finanzsektor gelandet, davon 58,2 Mrd. € (28,1 %) für die Rekapitalisierung griechischer Banken, weitere 101,3 Mrd. € (49 %) kamen den Gläubigern des griechischen Staates zugute. Abermilliarden wurden in die maroden alten Privatbanken gepumpt – der griechische Bankensektor ist de facto pleite –, statt ein zukunftsweisendes öffentlich-rechtliches Bankensystem in Griechenland aufzubauen. Nur max. 46,6 Mrd. € (22,5 %) flossen in den griechischen Haushalt, 45,9 Mrd. € dagegen direkt in die Taschen der Altgläubiger Griechenlands. Ein Großteil der Kredite diente direkt der Tilgung bereits bestehender Kredite. (Andere Zahlen sprechen von nur 27 Mrd. € für den laufenden Staatshaushalt gegenüber mehr als 200 Mrd. € für Zinszahlungen und Altschuldentilgung).

Der Begriff der „Rettung Griechenlands“ ist in diesem Zusammenhang völlig unzutreffend und paradox, da die griechische Wirtschaft nicht etwa für den Erhalt des Wirtschafts- und Währungsraumes Europas unterstützt wurde, sondern der Staatsapparat solange über Wasser gehalten wurde, bis die akute Gefahr einer Ausweitung auf andere Krisenländer gebändigt war. Seit die EU existiert, hat kein Land mehr gespart und mehr Reformen umgesetzt als Griechenland in den letzten Jahren – und es erwirtschaftete als Ergebnis unvorstellbarer Opfer einen Haushaltsüberschuss in Milliardenhöhe (vor Schuldendienst, also einen Primärüberschuss bei der Differenz zwischen Staatseinnahmen und Staatsausgaben ohne Berücksichtigung der Schuldzinsen). Deshalb kann nur ein Schuldenschnitt oder ein (zumindest

teilweiser) Schuldenerlass dem Land wirklich helfen – doch Deutschland möchte das Unvermeidliche solange wie möglich hinauszögern (mit einem sorgenvollen Blick auf Portugal und Spanien sowie Italien).

Die deutsche Regierung will also in Wirklichkeit einen Richtungs- und Politikwechsel in Europa mit allen Mitteln verhindern – und nimmt dabei das Erstarken der rechtsradikalen und nationalistischen Kräfte in Europa in Kauf.

Das Zerrbild der neuen griechischen Regierung

Der nun vielfach wegen des Auftretens der neuen griechischen Regierung erhobene mediale Vorwurf „Frechheit siegt“ trifft deshalb eher auf den unnachgiebigen neoliberalen Hardliner Schäuble mit seinem brandgefährlichen Verhandlungskurs („alles oder nichts“) zu als auf die erfrischend auftretenden Reformer aus Griechenland, die sich gegenüber EU-Kompromissvorschlägen übrigens aufgeschlossen zeigten. Denn in Wirklichkeit hatte Griechenland höchst kompromissbereit einem Verhandlungstext des EU-Finanzkommissars zugestimmt, der aber von Schäuble und dem Niederländer Dijsselbloem im letzten Moment gegen eine andere Version mit dem unflexiblen alten Sanierungsprogramm ausgetauscht wurde, was Griechenland dann verständlicherweise ablehnte. Nach Verhandlungsabschluss dominierte in den Medien der hämische Triumph über die „Niederlage“ bzw. „Kapitulation“ der griechischen Reformer und den „Erfolg“ der unnachgiebigen Verhandlungsführung des deutschen Finanzministers.

Ganz anders war und ist die Sichtweise der Medien in allen anderen europäischen Ländern. Dort wird anerkannt, dass seit der Existenz der EU kein anderes EU-Land mehr gespart und reformiert hat als Griechenland in den letzten Jahren. Der (neoliberal verblendete) deutsche Blick auf Griechenland war vor, während und nach den Verhandlungstagen einzigartig in Europa. Mit gezielt ausgewählten „Kampfbegriffen“ wurden Fakten regelrecht verdeckt, verzerrt oder unterschlagen, um die Weiterführung der gescheiterten Sparpolitik zu legitimieren.

Eigentlich ist nicht Griechenland „bankrott“, sondern wir erleben mit Blick auf die betroffenen Menschen vielmehr eine Bankrotterklärung der neoliberalen Ideologie mit ihrer verheerenden Austeritätspolitik. Über die prekäre, menschenrechtswidrige humanitäre Situation Griechenlands und seiner Bevölkerung werden vorherrschend verzerrte Bilder weitergereicht, die den Verstoß gegen die Menschenrechte und die EU-Grundrechtecharta verschleiern sollen. Das dort verankerte Recht auf Arbeit, Gesundheit und ein Leben in Würde wird mit Füßen getreten – übrigens auch in Deutschland, wie die aktuellen Berichte über die gebietsweise auf 25 % gestiegene Armutsquote im reichsten EU-Land Deutschland belegt.

Diese Entwicklung ist eine Folge der verheerenden Agenda 2010.

Deutschland ist wahrlich kein Vorbild für Griechenland

Deutschland ist somit wahrlich kein Vorbild für Griechenland und seine Forderungen nach Steuererhebungen bei den Reichen in Griechenland mutieren zur Heuchelei, wenn gleichzeitig eine gerechte Besteuerung der Reichen in Deutschland und im Rest-Europa hartnäckig verhindert wird und die Luxemburger Steuerschlupflöcher nicht einmal in einem richtigen Untersuchungsausschuss ans Tageslicht gebracht werden dürfen. Korruption und Vetternwirtschaft nur in Griechenland? Trotz „schwarzer Null“ und gebremster Neuverschuldung wachsen die Schulden in Deutschland und in anderen EU-Ländern ins Unermessliche: Die deutsche Staatsverschuldung beträgt über 2 Bio. €.

Keine Troika zwingt jedoch Deutschland, seine Schulden endlich zurückzuzahlen und sich ähnliche Sparprogramme wie Griechenland aufzuerlegen, weil dann die ganze Wirtschaft in Europa einbrechen würde. Deutschland und alle anderen EU-Länder sowie die USA werden nie ihre (Alt-)Schulden begleichen, weil das gegenwärtige System kollabieren würde. Denn Schulden sind die Kehrseite der Geldvermögen. Wer Schulden tilgt, muss Vermögen vernichten und Geld aus dem Wirtschaftskreislauf entfernen. Es besteht also in Deutschland kein Grund für Arroganz oder erhobene Zeigefinger. Die griechische Regierung erinnerte Deutschland wiederholt an den Schuldennachlass für Deutschland 1953 nach dem Krieg durch das Londoner Abkommen, auch wenn es der deutsche Finanzminister nicht hören wollte. Die Forderung nach einer alternativen, sozial und ökonomisch verantwortlichen Politik mit unkonventionellen Mitteln, vor allem gegen die soziale Armut und Ausgrenzung, sind die Kernanliegen des griechischen Aufstands gegen die Diktate der Geldgeber, die zur ökonomischen Verwüstung Griechenlands geführt haben. Es stellt sich die Frage: Wer regiert eigentlich Europa?

Die IWF-Politik als wahre Ursache der menschlichen Verelendung

Der Schweizer Soziologe und Politiker Jean Ziegler, Globalisierungskritiker und ehemaliger UN-Sonderberichterstatter, hat in seinen diversen Veröffentlichungen immer wieder auf die wahren Ursachen der Verelendung des menschlichen Daseins hingewiesen, wie wir sie aktuell in Griechenland und in anderen südeuropäischen Ländern, aber auch in den reicheren Ländern (und vor allem weltweit in den Entwicklungsländern mit ihrer absoluten Armut) erleben. Er macht dafür hauptsächlich das internationale Finanzkapital und den IWF als dessen wirksamstes Durchsetzungsinstrument verantwortlich. Viele Regierungen und ihre

Länder sind bei den internationalen Banken so hoch verschuldet, dass sie trotz Sparmaßnahmen und hoher Steuern den Zins- und Tilgungsdienst nicht mehr leisten können und dann der IWF als Kreditgeber und letzte Instanz einspringt. Seine Kredite helfen aber nicht dem Land, sondern den Kreditgebern, zu deren Gunsten tiefgehende Einsparungs-Diktate erlassen werden und zwar

- im Gesundheits- und Bildungsbereich,
- für die unbegrenzte Öffnung des Marktes für ausländische Investoren und Waren,
- zur Ausrichtung des Exportes auf einzelne gut zu vermarktende Güter,
- für die Privatisierung von öffentlichen Staatsbetrieben und Staatseigentum.

Mit der Abhängigkeit wesentlicher Regierungsmaßnahmen von der Zustimmung des IWF gehen der Verlust der Souveränität sowie Not und Elend ungeahnten Ausmaßes für die Bevölkerung einher, während dagegen die internationalen Investoren hohe Profite einfahren.

Jean Ziegler bringt es radikal auf den Punkt: „Die Herren des Wirtschaftskrieges plündern systematisch den Planeten. Sie attackieren die normative Macht der Staaten, sie zerstören die Volkssouveränität, untergraben die Demokratie, verheeren die Natur und vernichten die Menschen und deren Freiheit.“ Er bezeichnet diese Praxis als strukturelle Gewalt: „Man braucht keine Maschinengewehre, kein Napalm, keine Panzer, um die Völker zu unterwerfen und unters Joch zu zwingen. Dafür sorgt heute ganz allein die Verschuldung. [...] Die subtile Gewalt der Verschuldung ist an die Stelle der sichtbaren Brutalität der Kolonialherren getreten.“ Mit der absichtlich herbeigeführten Zahlungsunfähigkeit werden politische und wirtschaftliche Einflusszonen geopolitisch gesichert. Dies wird umso deutlicher, wenn man die Zahlen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung heranzieht, wonach die Auslandsschulden der 122 Staaten der südlichen Hemisphäre seit 2005 von über 2,1 Bio. Dollar auf über 4 Bio. Dollar in 2014 angestiegen sind. Der wachsende Schuldendienst verschlingt den größten Teil der Ressourcen der verschuldeten und verarmten Länder. Für soziale Investitionen in Schulen, Krankenhäuser, Sozialversicherungen bleibt nichts mehr übrig.

Zu den darüber „Empörten“ kommen nun die „Bestürzten“: Mit den Turbulenzen an den Finanzmärkten, in die immer stärker auch Frankreich hineingezogen wird, ist ein kleines Büchlein beim Nachbarn zum Bestseller geworden. Im „Manifeste d'économistes atterrés“ („Manifest bestürzter Ökonomen“) machen Wirtschaftswissenschaftler die Macht der Finanzmärkte und den Neoliberalismus für die Entwicklungen verantwortlich. Sie weisen darauf hin, dass hier lediglich Glaubenssätze als scheinbare wissenschaftliche Erkennt-

nisse verkauft werden. Sie sprechen von einer „Unterordnung unter eine Diktatur“ die der „Beruhigung der Märkte“ dienen soll und räumen mit offenkundig falschen Tatsachenbehauptungen auf. Sie fordern eine Kontrolle der Finanzmärkte, um eine sozial gerechte Entwicklung zu ermöglichen.

Neuordnung des Geldwesens, des Finanzsektors und Bankwesens

Sollte nicht vor diesem Hintergrund die Schuldenkrise Griechenlands (als Folge der vorausgegangenen Finanz- und Bankenkrise) endlich zum Anlass genommen werden, nachhaltig über ein Neuordnung des Geldwesens, des Finanzsektors und des Bankwesens nachzudenken sowie über eine veränderte Finanzierung der öffentlichen Haushalte in Verbindung mit einer wieder am Wohl der Menschen orientierten Wirtschaftsform? Doch der Weckruf der Griechenland-Krise, die eine Krise des gesamten Systems ist, wird wohl erst gehört, wenn sich demnächst auch in den anderen südeuropäischen Ländern Verbündete finden, die den veränderten Kurs der neuen griechischen Regierung stützen und die EU zu einem innovativen Kurswechsel zwingen. Denn schon lange ruft dort die erzürnte Bürgerbewegung ihren Regierenden (als den politischen Handlangern der Finanzeliten) zu: „Ihr repräsentiert uns nicht“.

Von der angesichts des neoliberalen Scherbenhaufens angesagten Abkehr von der verhängnisvollen Austeritätspolitik hängt auch die wirtschaftliche und demokratische Zukunft der EU und ganz Europas ab, mit weltweiter Ausstrahlung. Zuvor müssen die Medien zur Wahrheit und Unabhängigkeit zurückfinden, denn die konzertierte wahrheitsverzerrende Berichterstattung zu Griechenland darf sich so nicht wiederholen. Sie stellt einen Missbrauch der Pressefreiheit dar, denn Medien sind der Wahrheit verpflichtet.

Es bedarf jetzt aufgeklärter statt desinformierter Menschen, Menschen, die eine Wende in der europäischen Krisenpolitik als Gegenbewegung zur neoliberalen Austeritätspolitik mittragen, wie sie von der neuen Politik Griechenlands ausgeht, um wirklicher Solidarität sowie Demokratie und Menschenrechten wieder eine Chance zu geben. Dazu muss die unheilvolle (auch personelle) Verflechtung zwischen Politik und Finanzwelt aufgedeckt und unterbunden werden. Doch diese Wahrheit fürchten einige Profiteure in der EU am meisten, auch wenn die Fortführung des Bisherigen das Modell der EU nach sechs Jahrzehnten vermutlich zu Fall bringen würde. Würde Deutschland stattdessen zu einer Kursänderung zugunsten einer Politik und Wirtschaft, der das Wohlergehen der Menschen am Herzen liegt, maßgeblich beitragen, würde es tatsächlich zum Retter nicht nur Griechenlands werden. ■

Neurohr, Wilhelm,

geb. 1951, 2. Bildungsweg, Studienabschluss als Dipl.-Ing. für Städtebau und Landesplanung. Viele Jahre Berufstätigkeit als Stadt- und Regionalplaner und in der Landschaftsplanung im Planungs- und Umweltamt der Kreisverwaltung Recklinghausen. Personalratsvorsitzender, umfangreiche Tätigkeit als Publizist und Vortragender, parteipolitisches, gewerkschaftliches und kommunalpolitisches Engagement, Bürgerinitiativen und soziale Initiativen von 1970–2007. Diverse Funktionen in der Gewerkschaft ver.di, Engagement bei Attac, in Sozialforen und seit Beginn im Netzwerk Dreigliederung.

Debatte

Die Revolutionierung des EU-Emissionshandelssystems

Für einen sozialverträglichen und effektiven Klimaschutz

Franz Groll

Der folgende Artikel ist angeregt durch den Beitrag von Otto Ulrich im letzten Heft („Die Welt am metallenen Faden – Die Plünderung des Planeten geht weiter – Herausforderungen im Zeitalter schwindender Ressourcen“) und will diesen durch Vorschläge ergänzen, die aus dem Dilemma herausführen. Beschrieben wird eine Verbesserung des EU-Emissionshandelssystems, von der der Autor erwartet, dass mit ihrer Hilfe das erforderliche Klimaschutzziel von äquivalent 2 t CO₂/Person, unter Wahrung der sozialen Gerechtigkeit, erreichbar ist.

Vorbemerkung

Im Jahr 1977 habe ich die Einführung der Rohstoffsteuer vorgeschlagen, um den Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Nachdem der IPCC 2007 veröffentlichte, dass der Ausstoß von Treibhausgasen auf äquivalent 2 t CO₂/Person reduziert werden muss (von damals über 12 t), war mir klar, dass dies allein mit der Ressourcensteuer nicht möglich ist. Auf der Basis eines Vorschlages von Prof. Aubauer aus Wien habe ich deshalb 2008 den Vorschlag ausgearbeitet, den Ausstoß von Treibhausgasen über die Ausgabe von Umweltzertifikaten an alle KonsumentInnen systematisch und schrittweise einzuschränken. Mit der konsequenten Reduzierung des Treibhausgasausstoßes wird auch der Verbrauch von Rohstoffen reduziert. Da es bis zur Einführung eines Systems dieser Art mit Sicherheit jahrelange Diskussionen geben wird, schlug ich vor, zuerst die Ressourcensteuer einzuführen. Nun habe ich einen Weg gefunden, wie das etablierte EU-Emissionshandelssystem schrittweise so verändert werden kann, dass damit ebenfalls das Ziel von äq. 2 t CO₂/Person erreicht werden kann.

Die Ausgangssituation

Das Emissionshandelssystem wurde in der EU am 1.1.05 eingeführt, um das Klimaschutzziel von äquivalent 2 t CO₂/Person bis zum Jahr 2050 zu

erreichen. Dieses Ziel ist mit der gegenwärtigen Konzeption des Systems aus folgenden Gründen nicht erreichbar:

1. Es erfasst nur etwa 45 % des CO₂-Ausstoßes, andere Treibhausgase werden gar nicht erfasst.

2. Es war bis jetzt so gut wie erfolglos, da die Menge der ausgegebenen Emissionszertifikate (im Folgenden EZ genannt) nicht im erforderlichen Umfang reduziert wurde. Dazu gibt es 3 Gründe:

a) Die Mitgliedstaaten befürchten Nachteile für ihre Wirtschaft.

b) In diesem System ist für die zwangsläufig entstehenden Preissteigerungen keine soziale Ausgleichskomponente vorgesehen, es sind deshalb starke politische Widerstände zu erwarten.

c) Dieses System hat eine angebotsreduzierende Wirkung (siehe weiter unten), die zu weiteren Preissteigerungen führen wird.

3. Das System bietet keine Möglichkeit der Preistransparenz; es ist dem Produktpreis nicht anzusehen, wie hoch der Zertifikate-Kostenanteil und damit die Klimabelastung ist. Es bietet deshalb weder den Unternehmen noch den KonsumentInnen die Möglichkeit, klimabewusst zu produzieren und zu konsumieren.

4. Dies wird auch dazu führen, dass die Unternehmen durch Produktionsverlagerungen in Niedriglohnländer und durch Lohndrückerei versuchen werden, die Kosten für die Zertifikate zu kompensieren, statt in neue Technologien zu investieren. Der Klimaschutzeffekt wird dadurch stark gemindert.

5. Das System erlaubt viele Kompensationsmöglichkeiten außerhalb des eigenen Unternehmens, die dazu führen, dass weniger EZ erworben werden müssen.

6. Die Zertifikate sind unbegrenzt gültig, das bedeutet, dass sie auch zu Spekulationszwecken missbraucht werden können.

Damit das Ziel der Reduktion des Ausstoßes der Treibhausgase auf äquivalent 2 t CO₂/Person erreicht werden kann, sind diese Nachteile und systembedingten Fehler zu beheben; hierfür werden die im Folgende dargestellten Veränderungen vorgeschlagen.

Die ersten Veränderungen in 3 Schritten

Die nachfolgend aufgeführten 3 Schritte können auch in anderer Reihenfolge eingeführt werden. Jeder Schritt führt zu einem stabilen Zustand, der die Einführung eines weiteren Schritts nicht erforderlich macht. Die Vorschriften für die Durchführung des Systems werden EU-weit erlassen, die Administration erfolgt national.

1. Schritt: Das EU-Emissionshandelssystem wird auf alle Treibhausgase und alle Produkte und

Verfahren, die Treibhausgase emittieren, ausgedehnt. Zur Vereinfachung des Systems wird vorgesehen, dass schon die Hersteller von Produkten, bei deren späterer Verwendung ebenfalls Treibhausgase entstehen, wie z.B. Benzin, Heizöl, Diesel, Kerosin usw., die dafür erforderlichen EZ erwerben müssen. Die erforderlichen Daten sind in den meisten Fällen bereits bekannt, eine öffentlich-rechtliche Institution wird die Höhe der jeweils zu erwerbenden EZ festsetzen, sodass alle betroffenen Unternehmen wissen, wie viel EZ sie erwerben müssen.

Im ersten Jahr der Einführung dieses Änderungsschrittes können die Unternehmen zu einem festgesetzten Ausgabepreis die EZ erwerben. In den Folgejahren wird die Anzahl an verfügbaren EZ so reduziert, dass bis zum Jahr 2050 das Ziel von äq. 2 t CO₂/Person erreicht wird. Die EZ werden ab dem 2. Jahr versteigert. Dadurch wird die Kreativität in allen Unternehmen am meisten angeregt und der Ausstoß der Treibhausgase wird dort reduziert, wo es gesamtwirtschaftlich am günstigsten ist. Einen Handel mit den Zertifikaten gibt es nicht mehr. Die erworbenen EZ sind nur im laufenden Jahr gültig, nicht benötigte EZ können zurückgegeben werden.

2. Schritt: Die Einnahmen aus der Versteigerung der EZ werden an alle Bürger/innen in gleicher Höhe ausbezahlt. Dieser Schritt ist erforderlich, da die Kosten für den Erwerb der EZ wie auch die Investitionen zur Reduzierung des Ausstoßes der Treibhausgase zu Preissteigerungen führen, die einen sozialen Ausgleich erfordern, da andernfalls Menschen mit geringen Einkommen noch weiter in die Armut stürzen. Dieser Ausgleich ist auch in höchstem Maße gerecht, da die Aufwendungen zur Reduzierung des Ausstoßes der Treibhausgase von den Menschen mit höherem Konsum viel stärker verursacht werden als von Menschen mit geringem Einkommen und dadurch zwangsläufig geringerem Konsum.

Durch diese Rückerstattung in gleicher Höhe an alle erhalten diejenigen, die weniger konsumieren als der Durchschnitt, einen „Bonus“ (gelegentlich auch ökologische Grundsicherung genannt), weil bei ihren Einkäufen der EZ-Kostenanteil geringer ist als die erhaltene Rücküberweisung.

3. Schritt: Damit dieser Kostenanteil für den Erwerb der EZ bei jedem Produkt und auch bei den Dienstleistungen sichtbar wird, ist beim Verkaufspreis eines Produktes oder einer Dienstleistung der EZ-Kostenanteil separat auszuweisen, so wie dies bei der Mehrwertsteuer gehandhabt wird.

Die Unternehmen berechnen selbst die anteilige Höhe der EZ-Kosten für jedes Produkt, was etwas aufwändiger ist als die Ausweisung der MwSt, da es sich dabei nicht um einen fixen Prozentsatz der Herstellkosten handelt. Für die Unternehmen, die nicht selbst EZ kaufen müssen, wird der EZ-Kostenbetrag ebenfalls, wie die MwSt, ein durchlaufender Posten, der letztendlich von den KonsumentInnen

getragen werden muss. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen Kosten erhalten sie die oben beschriebene Rückerstattung.

Der Vorteil dieser Methode ist, dass die Produzenten und die Konsumenten sehen, wie viel klimaschädliche Gase bei der Herstellung eines Produktes entstanden sind, bzw. wie hoch der EZ-Kostenanteil war.

Dies ermöglicht auch, dass bei der Ein- und Ausfuhr von Waren der EZ-Kostenanteil wie die MwSt behandelt werden kann. Bei der Ausfuhr wird der EZ-Kostenanteil erstattet und bei der Einfuhr wird er in der Höhe erhoben, die der Inlandsproduktion des Produktes angefallen wäre, es sei denn, dass der Lieferant nachweisen kann, dass bei der Produktion und dem Transport effektiv weniger Treibhausgase ausgestoßen wurden. Hierzu müssen von der zuständigen Behörde Vergleichstabellen erstellt werden.

Dieses Grenzausgleichsverfahren ist erforderlich, da jedes Land unterschiedliche Reduktionsziele haben wird und dadurch die EZ-Kosten differieren. Dadurch könnte dieses System bei Bedarf sogar nur national eingeführt werden.

Durch die Kostentransparenz wird auch vermieden, dass die zusätzlichen Kosten für den Erwerb der EZ unbemerkt durch Lohnsenkungen und andere unsoziale Maßnahmen kompensiert werden. Die Richtigkeit der Deklaration kann bei Betriebsprüfungen verifiziert werden.

Zu erwartende Auswirkungen dieser Veränderungen

Mit der Einführung dieser Änderungsschritte sind mehrere sehr positive Auswirkungen zu erwarten.

1. Ökologische Auswirkungen

Mit diesen Veränderungen kann die Reduzierung des Ausstoßes an Treibhausgasen prinzipiell im erforderlichen Umfang erzwungen werden und durch die Preistransparenz werden sowohl UnternehmerInnen wie KonsumentInnen in ihren Bestrebungen unterstützt. Indirekt wird dadurch ganz zwangsläufig auch eine Reduzierung des Rohstoffverbrauchs erzielt, was erheblich mehr ist als nur ein Nebeneffekt, denn auch durch die Verschwendung der Rohstoffe rauben wir unseren Nachkommen die Möglichkeit eines Lebens in Würde.

Auch der Flächenverbrauch wird zurückgehen, ebenso die Verkehrsbelastung.

Der ökologische Landbau wird sich gegenüber der industrialisierten Landwirtschaft durchsetzen, da für die Produktion im ökologischen Landbau wegen des wesentlich geringeren Ausstoßes an Lachgas weniger EZ erforderlich sind, außerdem wird Kohlenstoff aus der Atmosphäre im Humus gebunden, was zu einer weiteren Reduzierung der erforderlichen EZ führt.

2. Soziale und gesellschaftliche Auswirkungen

Die im 2. Schritt vorgeschlagene Rückerstattung der Einnahmen aus der Versteigerung der EZ wird die unvermeidbaren zusätzlichen Kosten sozial ausgleichen.

Es ist zu erwarten, dass die Wegwerfmentalität der Vergangenheit angehören wird; statt der ressourcen- und energieintensiven Produktion wird sich immer stärker die Wartung, Instandhaltung, die Reparatur und das Ausleihen von Geräten durchsetzen und es wird mehr „immateriell“ konsumiert werden.

3. Ökonomische Auswirkungen

Die Maßnahmen werden im Laufe der Zeit ganz unterschiedliche ökonomische Auswirkungen haben. Zunächst wird es die Wirtschaft stimulieren, denn die Unternehmen werden mit erheblichen Investitionen in neue Verfahren und Produkte versuchen, eine Reduzierung des Ausstoßes der Treibhausgase zu erreichen, um die Ausgaben für die EZ in Grenzen zu halten und so konkurrenzfähig zu bleiben. Auch private Haushalte werden z.B. in den Vollwärmeschutz ihrer Häuser und Wohnungen investieren, um den Energieverbrauch zu reduzieren und damit die steigenden EZ-Kosten zu senken. Dies wird zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit und vorübergehend zu einem wirtschaftlichen Aufschwung führen.

Danach kann eine Phase der Verunsicherung eintreten, vor allem dann, wenn die Regierungen keine Zukunftsvisionen entwerfen, und meinen, der Markt werde es am besten selbst regeln. Mit der Kreativität aller MitarbeiterInnen werden die Unternehmen zwar große Erfolge erzielen, aber z.B. im Verkehrswesen wird es auch strategischer Planungen und Entscheidungen bedürfen, damit die Unternehmen nicht in falsche Projekte investieren. Auch in anderen Bereichen wird eine vorausschauende Planung erforderlich sein. Diese muss sofort in Angriff genommen werden, da die Phase der Verunsicherung und die Suche nach Lösungen, die das erforderliche Ziel von äquivalent 2 t CO₂/Person erreichbar machen, schon nach wenigen Jahren beginnen wird.

Erhebliche Probleme kommen auf alle Fälle auf die Flugzeugindustrie und die Luftfahrtgesellschaften zu, denn diese Branchen werden zuerst stagnieren und dann sehr bald erhebliche Geschäftsrückgänge verzeichnen. Auch die Kfz-Industrie wird von starken Umwälzungen betroffen sein. Diese Branchen werden aber immer derartige Probleme bekommen – unabhängig davon, mit welchen Maßnahmen die Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen bewirkt wird.

In der dritten Phase ist zu erwarten, dass weitere Reduzierungen des Ausstoßes an Treibhausgasen vor allem durch einen genügsameren Konsum zu erreichen sein wird. Das bedeutet aber, dass wirtschaftliches Wachstum dann definitiv nicht mehr möglich ist, im Gegenteil, es wird eher zu einem Rückgang wirtschaftlicher Aktivität kommen. Da der Kapitalismus aufgrund der Kapitalentlohnung und Kapitalakkumulation auf wirtschaftliches Wachstum

angewiesen ist, muss noch vor dem Eintritt in diese 3. Phase eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eingeführt werden, die auch ohne Wachstum, oder gar bei wirtschaftlicher Schrumpfung, stabil bleibt. Die dazu erforderlichen Veränderungen habe ich im Buch „Der Weg zur zukunftsfähigen Gesellschaft“ beschrieben.

Das noch ungelöste Problem:

Mit den bis hierher vorgeschlagenen drei Änderungsschritten ist ein systemischer Nachteil des EU-Emissionshandelssystems noch nicht behoben, nämlich die angebotsreduzierende Wirkung, die dann eintritt, wenn die Unternehmen es nicht schaffen, in ausreichendem Maße durch neue Produkte und Verfahren die Treibhausgasreduzierung zu erreichen. Die Folge ist dann, dass mit den zur Verfügung stehenden EZ nur noch eine geringere Menge an Produkten erzeugt werden können. Diese Reduzierung des Angebots führt in einem marktwirtschaftlichen System zwangsläufig zu Preissteigerungen, die nicht durch die Rücküberweisung der Einnahmen aus der EZ-Versteigerung ausgeglichen werden können. Das EU-Emissionshandelssystem birgt die Gefahr, wenn es konsequent umgesetzt wird, dass eine „Stagflation“ entsteht, also eine Stagnation bei gleichzeitiger Inflation. Es ist sogar eine Schrumpfung mit Inflation denkbar, da ja die Menge der EZ Jahr für Jahr reduziert werden muss.

Dies ist ein systemimmanentes Problem des EU-Emissionshandelssystems. Wann dieser Effekt auftritt, kann nicht vorhergesagt werden, es ist jedoch ratsam, dass mit den Vorbereitungen für eine Lösung des Problems schon bald nach Einführung des 3. Veränderungsschrittes begonnen wird. Dazu ist eine grundsätzliche Veränderung erforderlich, die nun beschrieben wird.

Die Revolutionierung des Systems

Um das oben genannte grundsätzliche Problem zu lösen, muss das System von der Angebot reduzierenden und damit Preis (und Gewinn) steigernden Wirkung auf eine Nachfrage reduzierende und dadurch eine eher Preis senkende Wirkung umgestellt werden. Es ist quasi der konsequente 4. Schritt zur optimalen Funktionsweise des Systems.

Kurzbeschreibung der Veränderungen

Die gravierendste Veränderung besteht darin, dass die EZ nicht mehr von den Unternehmen ersteigert werden, sondern sie werden an alle Haushalte kostenlos und in gleicher Höhe pro Person verteilt. Auch öffentliche Haushalte erhalten für ihre Konsumausgaben, wie z.B. Heizkosten für öffentliche Gebäude, EZ zugeteilt.

Die Unternehmen, die im bisherigen Verfahren EZ erwerben mussten, müssen nun in gleicher Höhe EZ an die öffentlich-rechtliche Institution abführen. Damit

sie das können, weisen sie in ihren Produktkosten nicht mehr wie bisher die für den Erwerb der EZ entstandenen (Euro-)Kosten im Produktpreis separat aus, sondern sie berechnen die (Teil-)Menge an EZ, die für die Erzeugung ihrer Produkte erforderlich waren. Für die Unternehmen, die bisher schon keine EZ kaufen mussten, ändert sich im Grunde nichts, für sie ist der EZ-Betrag weiterhin ein durchlaufender Posten. Das neue Verfahren ist aber für alle Unternehmen eine Vereinfachung, weil es keine sich häufig verändernde Kosten für die Ersteuerung der EZ mehr gibt. Die EZ-Preise für ein Produkt ändern sich nur noch dann, wenn Verbesserungen im Herstellprozess vorgenommen werden.

Die im Laufe des gesamten Produkt-Herstellverfahrens entstehenden Treibhausgase werden im sich aufaddierenden EZ-Preis ausgewiesen und müssen von den KonsumentInnen mit den ihnen kostenlos zugeteilten EZ „bezahlt“ werden. Die EZ werden so zu einer parallelen Währung zum Euro oder zu anderen Währungen. Da dieses System sich hoffentlich weltweit durchsetzt, zumindest jedoch in der EU, nenne ich diese parallele Währung in Zukunft Climate-Protection-Money (CPM) und das vorgeschlagene System: Climate-Protection-Money-System (CPMS).

Erforderliche Maßnahmen

Für die Einführung des CPMS sind 3 vorbereitende Maßnahmen erforderlich:

1. Die Banken müssen zu den Giro-Konten ihrer Kunden Parallel-Konten für das CPM einführen, die Überweisungsformulare sind zu erweitern, sodass der CPM-Betrag eingetragen werden kann, und die EC- und Kreditkarten sind entsprechend zu ergänzen.
2. Das Verfahren der Rückerstattung der Einnahmen aus der Versteigerung der EZ muss auf die Auszahlung des CPM umgestellt werden. Auch hier wird das Verfahren einfacher, da sich die Beträge nur noch um die jährliche Reduzierung der CPM-Ausgabe verändern.
3. Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, dass die KonsumentInnen, die besonders klimabewusst konsumieren, das überschüssige CPM an die KonsumentInnen verkaufen können, denen ihr CPM-Guthaben nicht ausreicht. Es bietet sich an, dass dieses Verfahren von der CPM-Ausgabestelle in Zusammenarbeit mit den Banken etabliert und betrieben wird.

Nachdem diese Vorarbeiten geleistet sind, kann das System eingeführt werden.

Die Vorteile und Auswirkungen des CPMS

Die Vorteile, die schon nach den ersten drei Verbesserungen eintreten, können sich nun kontinuierlich fortentwickeln. Folgende Auswirkungen sind zu erwarten:

1. Mit dieser grundlegenden Systemveränderung wird die **soziale Gerechtigkeit** nochmals verbessert und es ist vor allem die Gefahr der Preissteigerung durch Angebotsverknappung gebannt. Der Preis für die Energie steigt mit diesem System nicht an. Geringverdiener werden daher nicht zusätzlich belastet, im Gegenteil: Menschen mit einem unterdurchschnittlichen Einkommen können gar nicht ihr gesamtes CPM-Guthaben verwenden, da ihnen die Euros fehlen. Sie können einen Teil ihres Guthabens verkaufen und erhalten so ein zusätzliches Euro-Einkommen. Es hat für sie die Wirkung eines bescheidenen bedingungslosen Grundeinkommens.

2. Die **gesellschaftlichen Auswirkungen** können nur erahnt werden, da es sehr schwierig ist vorherzusehen, mit welchen Methoden die Reduzierung des Ausstoßes von heute 11,7 t äquivalent CO₂/Person auf 2 t innerhalb von 35 Jahren ermöglicht wird. Es erscheint äußerst schwierig, dieses Ziel zu erreichen. Wenn der Klimawandel im weiteren Verlauf diese Reduzierung irgendwann erzwingt, wird sie auch möglich sein, aber natürlich nicht auf dem Konsumniveau, das für uns heute selbstverständlich ist. Es ist jedoch zu erwarten, dass die Einführung dieses Systems, wenn es die große Hürde der politischen Widerstände überwunden hat, zu einem neuen Denken führen wird. Dann ist zu hoffen, dass dadurch auch erhebliche gesellschaftliche Veränderungen initiiert werden, wie z.B. eine Praxis des Austauschs und Teilens, und sich eine Mentalität der Genügsamkeit ausbreiten wird. Es ist zu erwarten, dass die Gesellschaft wesentlich menschlicher wird, als dies heute der Fall ist.

3. Das CPMS hat den sehr großen Vorteil, dass es eine **freie Entfaltung der Kreativität aller Menschen** zur Lösung des Problems der Klimaveränderung auslösen wird, und es lässt jedem Individuum die freie Entscheidung, wie es seinen Beitrag leisten will!

4. Mit diesem System entsteht eine **Selbstkontrolle über die Nachhaltigkeit der Innovationen** und es ist damit zu rechnen, dass ein ganz neues Konkurrenzdenken entsteht. Da das verfügbare CPM von Jahr zu Jahr weniger wird, entsteht ein Wettbewerb um den niedrigsten Ausstoß klimaschädlicher Gase und damit auch um einen sinkenden Ressourcenverbrauch.

Dadurch wird der menschliche Ehrgeiz, besondere Leistungen zu erzielen, von der wachstumstreibenden Gewinnsteigerung in Richtung Zukunftsfähigkeit umgeleitet.

5. Das Ende des Wachstums oder gar der Rückgang wirtschaftlicher Aktivität kann auch ein **neues Gerechtigkeitsempfinden** bewirken. Die vielen prekär Beschäftigten werden sich nicht mehr auf die Aussicht höherer Einkommen vertrösten lassen, die im Falle wachsender Wirtschaft versprochen und nie gehalten wurden. Sie werden eine gerechte Aufteilung der Einkommen einfordern, die sich an der Leistungsfähigkeit der Menschen orientiert und nicht an der neoliberalen, turbokapitalistischen Gier, die dazu geführt hat, dass der Unterschied zwischen

dem Durchschnittslohn und den Spitzengehältern nicht mehr 1:15 oder 1:20 beträgt, sondern 1:300!!

6. Es ist zu hoffen, dass sich bald eine **solidarische Gesellschaftsordnung** durchsetzt, in der alle ein Einkommen haben, das ein Leben in Würde ermöglicht und alle, die arbeitsfähig sind, eine ihrer Ausbildung und ihren Fähigkeiten angemessene Arbeit haben, die nach einer demokratisch ausgearbeiteten Tarifordnung gerecht entlohnt wird. Und Menschen, die noch nicht im Erwerbsleben stehen, krank oder im Rentenalter sind, werden mit Hilfe einer ausreichenden, angemessenen Sozialtransferleistung am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Schlussbemerkung

Die Ausgabe von Emissionszertifikaten bzw. von CPM sei eine Inwertsetzung und damit ein Verkauf der Natur, was abzulehnen sei – so wird gelegentlich argumentiert. Das ist aber ganz falsch.

Die Natur wird mit dem CPMS nicht verkauft, sondern die Belastung der Atmosphäre mit Treibhausgasen wird mit diesem System schrittweise eingeschränkt. Ohne ein solches einschränkendes System wird die Atmosphäre grenzenlos überlastet, was zum forcierten Klimawandel führt. Außerdem erhalten mit diesem System nur die Unterprivilegierten und die Umweltbewussten einen Bonus! Unternehmensgewinne können damit nicht erzeugt werden.

Alle LeserInnen, die diesen Vorschlag gut finden, bitte ich um Unterstützung, damit er von der Politik aufgegriffen und eingeführt wird. Gerne komme ich zu Ihnen, um dieses System oder mein Buch vorzustellen. ■

Franz Groll,

Jahrgang 1943, arbeitete als Ingenieur und IBM-Manager und leistete jahrelang Entwicklungsarbeit in Haiti, für die er das Bundesverdienstkreuz erhielt. Mit 60 Jahren kritisches Studium der Volkswirtschaftslehre, Engagement bei Attac und WASG. Buchpublikationen (Wie das Kapital die Wirtschaft ruiniert. Der Weg zu einer ökologisch-sozialen Gesellschaft“, München 2004; Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft. Visionen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung, Hamburg/Oberursel 2009 u.a.). Verheiratet, 5 Kinder.

Kontakt: Franz Groll Eichendorffstr.4, 75391 Gechingen, Tel. 07056 – 2391, Franz.Groll@gmx.de, www.franzgroll.de

Grundeinkommen und Dreigliederung

Zur Korrektur einiger Missverständnisse

Bernhard Steiner

Vorbemerkung der Redaktion: Die Frage nach dem bedingungslosen Grundeinkommen wird unter Dreigliederern kontrovers diskutiert, und zwar in einem Maße, das erlaubt, von Lagerbildung zu sprechen. Wie eine solche Auseinandersetzung fruchtbar zu führen ist, ist dabei selbst Gegenstand der Debatte. Dabei geht es z.B. um die Frage der methodischen Selbstreflexion der Ebene, auf der diskutiert wird, also z.B. wieweit es sich um Grundsatz- oder um einzelne Umsetzungsfragen handelt. Man vgl. dazu C. Strawes Text „Wege zur Verständigung in der Bewegung für die Dreigliederung des sozialen Organismus“ im letzten Heft. Der Beitrag von Bernhard Steiner ist eine pointierte und sich abgrenzende Darstellung einer bestimmten Betrachtungsweise, die man gegenüber dem Thema einnehmen kann. Dass diese Widerspruch hervorrufen wird, ist selbstverständlich. Die Debatte wird also weitergehen. Es wäre wünschenswert, dass dabei Differenzierungen sichtbar würden, die zu oft unter den Tisch fallen. Es gibt eben auch unter Grundeinkommens-Befürwortern durchaus unterschiedliche und nicht ausdiskutierte Auffassungen. Solche Punkte betreffen z.B. die Finanzierung und die Frage, ob das BGE nicht nur ein staatlich zu gewährleistendes Recht, sondern auch notwendig in allen Bereichen eine vom Staat zu leistende Zahlung darstellt. Zu besprechen wäre auch das Thema, ob Trennung von Arbeit und Einkommen mit der Trennung von Einkommen und Leistung gleichzusetzen ist.

Wie ist das Verhältnis des bedingungslosen Grundeinkommens zur Dreigliederung zu denken? Diese Frage wird immer wichtiger, denn es zeichnet sich ab, dass die Zukunft der anthroposophischen Sozialwissenschaft von der Antwort abhängt, die sie auf eine derartige Frage findet. Aus Artikeln und Leserbriefen wird deutlich, dass die Meinungen darüber höchst kontrovers sind. Zum Beispiel spricht Sylvain Coiplet von dem in Berlin angesiedelten „Institut für soziale Dreigliederung“ in seiner Einleitung zu einer Zitatensammlung mit dem Titel „Rudolf Steiner über das Grundeinkommen“ von dem „Unsozialen“ des bedingungslosen Grundeinkommens, das er als Gefühls- und Gedankenlosigkeit bezeichnet.¹ – Hierzu ist zunächst anzumerken, dass Rudolf Steiner – anders als der Titel der Sammlung suggeriert – nicht direkt über das „Grundeinkommen“ gesprochen hat. Dennoch glaubt Coiplet, sich für seine Ablehnung des Grundeinkommens unmittelbar auf das Wort Rudolf Steiners berufen zu können. – In dem Einleitungstext wird das bedingungslose

¹ In dem Text lesen wir: „Das bedingungslose Grundeinkommen für alle ist eine Theorie der Geistesschwäche. Sie erlaubt es jedem, sich auch dann weiter ausschließlich der geistigen Arbeit zu widmen, wenn es einem an innerer Kraft dazu mangelt. Wer dagegen innerhalb der sozialen Dreigliederung für seine geistige Arbeit kein Verständnis (mehr) findet, muss weiter seinen Beitrag leisten und einfach in die Wirtschaft oder in den Staatsdienst wechseln.“ (<http://www.dreigliederung.de/essays/2007-04-100.html>)

Grundeinkommen geradezu als Perversion des sozialen Hauptgesetzes, das Rudolf Steiner 1905 veröffentlichte, dargestellt.

Coiplet gehört zu denen, die ihre Kritik am Grundeinkommen mit einem gewissen missionarischem Eifer vertreten. Im Folgenden soll gezeigt werden, dass es viele Argumente gibt, die das bedingungslose Grundeinkommen als einen Schritt in Richtung Dreigliederung erscheinen lassen. Sicher ist es kein Allheilmittel, es ist aber auch kein Impuls, der sich in irgendeiner Form gegen die Dreigliederung stellt und deren Weiterentwicklung verhindert. Es ist eben nur ein Schritt, dem weitere folgen müssen und auch folgen werden.

Grundeinkommen und die Trennung von Arbeit und Einkommen

Wie in der Bewegung für soziale Dreigliederung generell, geht es in dem von Rudolf Steiner 1905/06 formulierten sozialen Hauptgesetz² nicht darum, der Wirklichkeit etwas überzustülpen, sondern sich ihr im Handeln anzupassen. Es wird gern überlesen, dass es sich dabei für R. Steiner um ein Axiom sozialer Wissenschaft handelt, von ähnlicher Bedeutsamkeit wie der Pythagoreische Lehrsatz in der Mathematik. *„Dieses Hauptgesetz gilt für das soziale Leben mit einer solchen Ausschließlichkeit und Notwendigkeit, wie nur irgendein Naturgesetz in Bezug auf irgendein gewisses Gebiet von Naturwirkungen gilt.“*³ Das heißt, es handelt sich um ein Gesetz, das im Sozialen einen reziproken Zusammenhang aufzeigt, so wie z.B. ein Gesetz der Optik besagt, dass ein Objekt zwischen einer Lichtquelle und einer Projektionsfläche einen Schatten wirft, der umso größer ist, je näher das Objekt an der Lichtquelle ist, und entsprechend kleiner, wenn es davon entfernt ist. Das soziale Hauptgesetz hat auch in dieser umformulierten Version seine Gültigkeit:

*„Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist umso kleiner, je mehr der einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je weniger er von diesen Erträgen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse aus seinen eigenen Leistungen, und nicht aus den Leistungen der anderen befriedigt werden.“*⁴

Es ist dann nur konsequent, wenn Rudolf Steiner in den weiteren Erläuterungen zum Hauptgesetz formuliert, dass es darum gehe, solche Einrichtungen zu schaffen, *„dass niemals jemand die Früchte seiner eigenen Arbeit für sich selber in Anspruch nehmen kann“* und *„dass für die Mitmenschen arbeiten und ein gewisses Einkommen zu erzielen zwei voneinander ganz getrennte Dinge seien“*.⁴

2 R. Steiner „Geisteswissenschaft und soziale Frage“ – Drei Aufsätze. In: GA 34 Dornach 1987. Das Gesetz lautet: „Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist umso größer, je weniger der einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden.“ (S. 213)

3 ibd.

4 ibd.

Warum kann das Grundeinkommen nicht eine mögliche Form darstellen, diese für den sozialen Organismus heilsame Trennung von Arbeit und Einkommen umzusetzen? Dafür, dass es das nicht könne, liefert Coiplet keine wirklich nachvollziehbare Begründung, sondern versichert nur, dass das Grundeinkommen Steiners Intentionen widerspreche.

Die Dreigliederung vollzieht sich in den Tatsachen

Das stimmt einfach nicht! Auch die Dreigliederung ist ein Prozess, der sich in der Wirklichkeit mit einer gewissen Gesetzmäßigkeit vollzieht – sie muss nicht irgendwie erst von außen „eingeführt“ werden. Es geht nur darum, diesen Prozess zu erkennen, um ihn mit Bewusstsein zu begleiten und dann die Praxis entsprechend zu gestalten.

*„Dreigliederung: die Menschen finden sie heute schwer verständlich, weil sie eben nicht haben sehen wollen auf das, was wirklich geschehen ist. Die Entwicklung der Menschheit hat eigentlich in den Tatsachen, die sich nur den Blicken der Menschen entziehen, ein großes Stück der Dreigliederung schon verwirklicht, nur passen sich die Menschen der Verwirklichung nicht an.“*⁵

Um welche Tatsachen handelt es sich, die sich dem Blick der Menschen entziehen? Steiner hilft uns weiter: Er liefert eine Beschreibung der Entwicklung der Eisenindustrie um die Jahrhundertwende, in der immer weniger Beschäftigte mit Hilfe einer verbesserten Technik immer mehr produzieren.

*„Was bedeutet es, wenn fast dieselbe Menschenzahl durch rein technische Verbesserungen soundso viel mehr produziert? Glauben Sie, das hat keine Folgen? Natürlich hat es die Folgen, da die Menschenzahl sich nicht sehr vermehrt hat, dass dieselbe Menschenzahl dieselbe Sache produziert in so viel größeren Mengen, dass dadurch das ganze übrige Wirtschaftliche, das sich daran schließt, revolutioniert wird. Denken Sie sich einmal, was das bedeutet für den dritten Zweig des abgegliederten, des dreigliedrigen Organismus. Von allen Rechtsverhältnissen, von allen geistigen Verhältnissen braucht sich nichts zu verändern, lediglich hat sich etwas verändert in dem wirtschaftlichen Verhältnis. Denn alles das, was sich verändert hat, kam in der Preislage des Eisens und alledem, was damit in Zusammenhang steht, zum Ausdruck. Es heißt das nichts Geringeres, als dass sich unabhängig von der geistigen Entwicklung, von der rechtlichen Entwicklung – denn Sie brauchen kein anderes Recht, wenn Sie nicht auf das Ganze schauen –, unabhängig davon sich das Wirtschaftsleben löste und, ohne dass die Menschen daran teilnahmen, sich umgestaltete. Die Dinge taten das Ihrige, nur die Menschen nahmen keine Rücksicht darauf. Das mag Ihnen ein Beweis dafür sein, dass in den Tatsachen die Dreigliederung sich vollzog.“*⁶

5 Vortrag vom 21. April 1919 in „Geisteswissenschaftliche Behandlung sozialer und politischer Fragen“, GA 192, Dornach 1991, Seite 27

6 ibd. S. 28

Um wie viel mehr konnten wir in den letzten 100 Jahren die Produktivität steigern? Es gibt heute Schätzungen, die besagen, dass die Produktivität der Menschheit seit etwa 200 Jahren jedes Jahr um ca. 2 % gestiegen ist. Vor 100 Jahren noch waren Hunderte von Menschen nötig, um eine Getreide-ernte einzufahren, die heute ein Mähdrescher in einer Stunde erledigt. Indem sich die wirtschaftliche Entwicklung mit Hilfe der Technik immer mehr von der menschlichen Arbeit entfernt – alle menschliche Arbeit geht vom Geiste aus und ist Geistesleben – vollzieht sich ein Trennungs-, genauer ein Gliederungsprozess. Ähnlich wie durch die Bewegung tektonischer Platten bildet sich in der Mitte zwischen dem sich immer mehr verselbstständigenden Wirtschaftsleben und dem Geistesleben eine Kluft. Diese freiwerdende Mitte, diese Kluft, muss durch das Rechtsleben als vermittelnde Instanz überbrückt werden. Bisher wurde dem Staat diese Aufgabe überlassen: durch Subventionen, soziale Hilfen verschiedenster Art, Steuererleichterungen etc. Aber ist das wirklich eine staatliche Aufgabe? Ist es sinnvoll, mit Hilfe staatlicher Interventionen auf dem Markt, die sich öffnende Schere zu schließen? Darüber muss weiterhin gründlich nachgedacht und gesprochen werden. Zweifellos ist die vermittelnde, überbrückende Rolle Aufgabe der Rechtssphäre, doch diese Rechtssphäre muss nicht im Staat angesiedelt sein. Der Staat hat allenfalls mithilfe von Gesetzen die Spielregeln zu gestalten, ohne selber inhaltlich in die Verteilung einzugreifen. An dieser Stelle bietet ein über die Mehrwertsteuer finanziertes Grundeinkommen eine sinnvolle Lösung, denn dadurch bleibt die Souveränität hinsichtlich der Verteilung der erzeugten Güter bei den Menschen und landet nicht bei einer abstrakten Entität, wie der Staat es ist.

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum zu glauben, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen eine staatliche Lösung der sozialen Frage sei. Wenn einmal vereinbart ist, dass ein Teil der Ausgaben für Konsumgüter nach einem gewissen Verteilschlüssel zu Einkommen werden soll, kommt dem Staat nur noch die Aufgabe zu, die Einhaltung der entsprechenden Regeln durchzusetzen. Es ist wie mit den Verkehrsregeln: Halte ich mich an sie, bin ich damit noch kein „staatlicher Verkehrsbetrieb“. Das Grundeinkommen überlässt die wichtigsten Lebensentscheidungen gerade nicht dem Staat, sondern dem Individuum, dem eigentlichen Träger jeglichen geistigen Lebens.

Es gibt noch ein wichtiges wirtschaftliches Argument, das für eine Finanzierung über die Mehrwertsteuer spricht. Es ist eine Tatsache, dass über Jahre der in dem Preis für die Produkte, die wir kaufen, enthaltene Lohnanteil gesunken ist, während der Kapitalanteil gestiegen ist. Das ist logisch, denn die Produktivitätssteigerung wird durch den Einsatz von Maschinen ermöglicht – und diese müssen über Kapitalinvestitionen finanziert werden. Das Kapital erwartet die entsprechende Rendite, die wir alle täglich im Preis der Produkte mitbezahlen. Des Weiteren erlaubt der Einsatz von Maschinen, dass Menschen freigestellt werden. Das geschieht in der Regel immer dann, wenn der Einsatz von Robotik geringere Kosten verursacht als der Mensch. **Die Idee eines über die**

Mehrwertsteuer finanzierten Grundeinkommens bedeutet nichts anderes, als dass im Preis der Konsumprodukte der Lohnanteil wieder steigt.⁷

Wie gesagt, die Regeln dazu muss der Staat erlassen, aus der Verteilung selbst sollte er sich jedoch heraushalten. Der Vergleich mit den Verkehrsregeln zeigt, dass das Grundeinkommen **keine staatliche Lösung** darstellt, wie manchmal argumentiert wird. Im Gegenteil: Es ermöglicht dem Staat, sich herauszuhalten und die Lösung der Versorgungsfrage dem Einzelnen zu überlassen. Dort ist sie am richtigen Ort.

Das Problem der Kapitalmärkte

Bisher wurde der Prozess von Seiten der Versorgung durch den Warenstrom betrachtet. Es gibt aber noch eine andere Seite. Die gegenwärtig kaum zu fassenden Geldsummen, die auf den Kapitalmärkten bewegt werden, sind eine Spiegelung der Tatsache, dass sich Geld und Ware – oder anders ausgedrückt – Wirtschaft und Geistesleben getrennt haben. Wir hören täglich von immer höheren Geldsummen, welche die Zentralbank über die Geschäftsbanken in die Märkte „pumpt“. Ohne „frisches“ Geld würde unser auf Zins und Zinseszins gegründetes System kollabieren. Das Problem dabei ist: Dieses System der Geldschöpfung privilegiert ausschließlich jene, die schon Kapital bilden konnten. Die Milliarden, die weltweit jüngst in die Bankenrettung flossen, sind nichts anderes als eine staatlich genehmigte Subvention an diejenigen, die schon reichlich Vermögen besitzen. Das muss sich ändern! In Zukunft wird einmal ein Teil der Geldschöpfung als Grundeinkommen an die Bürger ausbezahlt werden können, so wie es jüngst Hans Christoph Binswanger wieder vorgeschlagen hat.⁸

Das Grundeinkommen, eine Herausforderung

Das Grundeinkommen stellt in jeder Hinsicht eine Herausforderung an unsere innere Entwicklung dar. Erstens müssen wir die Bereitschaft aufbringen, auf die – wie Steiner sagte – „Tatsachen“ einzugehen, d.h. das Erkennen muss geschult werden. Zweitens ist unser „Ich“ gefordert, die Motive zur Arbeit nicht mehr im Gelderwerb zu suchen, sondern im anderen Menschen. Das setzt ein neues soziales Bewusstsein voraus, das wohl im Menschen verankert ist, aber offensichtlich noch weiterentwickelt werden muss. Als Drittes ist Selbsterkenntnis gefragt. Die Bezahlung der Arbeit ist ein Instrument, um Macht über andere Menschen auszuüben. Menschen, die sich selber nicht beherrschen können, beherrschen gerne andere. Hier ist die stärkste Gegnerschaft zur sozialen Dreigliederung zu verorten: die Furcht im Menschen, Macht über Abhängige zu verlieren.

⁷ Mit „Lohn“ ist hier der Anteil gemeint, der dem Erzeuger zukommt.

⁸ „Wege zu einem nachhaltigen Geldsystem“ in „die Drei“, Februar 2013

Je mehr es den Menschen gelingt, das abstrakte Denken über soziale Verhältnisse zu überwinden und ein neues soziales Bewusstsein und Selbsterkenntnis zu entwickeln, umso größer werden die Chancen der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Es ist ein Schritt in Richtung Dreigliederung, nur ein Schritt, jedoch einer, der mit Sicherheit dazu beitragen wird, dass ein anderes gesellschaftliches Problem verstärkt ins Blickfeld rückt: die Frage nach der Handelbarkeit von Grund und Boden. Durch unsere Art der Geldschöpfung steigen gegenwärtig vor allem die Preise für Luxusimmobilien. Das Grundeinkommen würde unweigerlich zu verstärkten Preissteigerungen auch im unteren Sektor am Immobilienmarkt führen. Das ist ein weiteres Dreigliederungsproblem, das sich dann stellen würde, dem z.B. durch Nutzungsrechte begegnet werden könnte. Doch das ist ein anderes Thema.

Bernhard Steiner,

geboren 1951 in Basel. Aufgewachsen in Buenos Aires (Argentinien). Nach zwei Jahren Architekturstudium an der UBA besuchte er in den Jahren 1975-76 und 1978-79 das Priesterseminar der Christengemeinschaft in Stuttgart. 1977 ein Jahr Bildhauerei bei Heinz Georg Häussler an der Alanus Kunsthochschule in Alfter bei Bonn. Nach einer Ausbildung im biologisch-dynamischen Gemüseanbau seit 1980-82 im Vertrieb (Großhandel) der Produkte tätig, zuletzt als LKW-Fahrer. Korrespondent der Wochenschrift „Das Goetheanum“, Autor „Geld und Karma“, erschienen im Futurum Verlag.

Berichte, Initiativen, Termine

Nachhaltige Stadt und Region Zarraga

Ein Dreigliederungsprojekt auf den Philippinen

Als Freunde von Nicanor Perlas und wie er mit dem Impuls der sozialen Dreigliederung tief verbunden möchten wir auf sein neues Projekt auf den Philippinen hinweisen und um Unterstützung dafür werben. Anbei eine Projektbeschreibung und Angaben zum Konto. Um das Gelingen sicherstellen zu können, wird jeder Euro gebraucht. Insgesamt werden 20.000 Euro benötigt, damit SEA, der Initiativträger des Projekts, in der Lage ist, unabhängig zu bleiben und Gehälter sowie andere Kosten einige Monate weiterzubezahlen. SEA will sich in einem nächsten Schritt an Institute und Stiftungen wenden, um größere Beträge zu requirieren.

Der Spendenaufruf wurde von Nicanor Perlas, Alexander Schwedeler (einem gemeinsamen langjährigen Freund, www.alexanderschwedeler.de) und Ulrich Morgenthaler erstellt. Jede Überweisung geschieht auf eigenes Risiko. Eine Haftung kann nicht übernommen werden. Eine Spendenbescheinigung kann leider nicht ausgestellt werden.

Die Spende kann auf das im Spendenaufruf angegebene Konto direkt auf die Philippinen zu SEA-Nicanor Perlas überweisen werden. Um die damit verbundenen Überweisungsgebühren gering zu halten, wird die kostengünstige und einfach durchzuführende Alternative empfohlen: <https://transferwise.com>: Dort einfach bei der Variante „Emailadresse“ Nicanors Adresse „npperlas@gmail.com“ einsetzen und als Verwendungszweck „Zarraga!“ angeben.

Seit Nicanors Besuch bei „Stuttgart Open Fair“ im Februar konnten durch diesen Aufruf schon erste Beträge eingeworben werden. Für Fragen stehen Ulrich Morgenthaler und Nicanor Perlas selber gerne zur Verfügung.

Ulrich Morgenthaler, Christoph Strawe

Verwandlung der philippinischen Stadt Zarraga in eine nachhaltige Stadtgemeinde durch soziale Dreigliederung

Helfen Sie mit! Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung

Ulrich Morgenthaler, Alexander Schwedeler

Zarraga war bis vor kurzem eine im Niedergang befindliche Stadtgemeinde. Ihr tatkräftiger, aufrichtiger und visionärer Bürgermeister, Mayor John H. Tarrosa, ermöglicht und fördert zusammen mit der gesetzgebenden Kommunalregierung die Transformation der Stadtgemeinde in ein integral nachhaltiges Gemeinwesen nach Gesichtspunkten der Dreigliederung unter Einbeziehung der ökologischen, ökonomischen, politischen, kulturellen, gesellschaftlichen, menschlichen und spirituellen Dimensionen.

Ökologische und biodynamische Landwirtschaft konnte durch Anwendung von Dreigliederungsprozessen bereits gesetzlich verankert werden. Eine Handelsstation für Bio-Produkte wurde eingerichtet. Zusammen mit den Landwirten wurde ein Agrar-Entwicklungsplan entworfen. In einem neuen städtischen Zentrum wurde ein „Garten für Initiativen in Aktion“ eingerichtet, in welchem viele nachhaltige Entwicklungsprojekte präsentiert werden, um gegenseitig voneinander zu lernen. Insgesamt sind 80 % der Bürgerschaft von Zarraga, mehr als 19.000 Menschen, aktiv beteiligt an der Gestaltung und Mitbestimmung der Entwicklungsschwerpunkte ihrer Heimat. Darüber hinaus gibt es Pläne für eine umfangreiche Renovierung der Hauptverkehrsstraßen, für dezentrale Wind- und Solargeneratoren, für massiven Hochwasserschutz und Bewässerungsinfrastruktur, für ästhetische Architektur und ein neues Stadtzentrum sowie für eine auf die Entwicklung von Führungsfähigkeiten spezialisierte Hochschule und für vieles andere mehr – alles angeregt durch gesetzlich formalisierte Dreigliederungspartnerschaften. Diese begeisternde Entwicklung ist in dieser Form auf den Philippinen absolut neu. Zarraga entwickelt sich gerade zu einem national bekannten Vorbild für nachhaltige Entwicklung und dreigliedrige Herangehensweisen. Dabei inspiriert Zarraga andere Städte und Regionen auf den Philippinen, diese Art umfassender Nachhaltigkeit auch bei sich zu realisieren.

Der Träger SEA – Initiator und Impulsgeber

Diese gesellschaftliche Transformation muss ermutigt, gepflegt und durch konstruktives Handeln vorangetrieben werden. Dies ist die Rolle von „Solution Ecosystems Activator, Inc.“ oder „SEA“ in Partnerschaft mit leitenden Persönlichkeiten der Gemeinde. Der Schlüssel liegt in der Fähigkeit von

SEA, die Handlungen der wichtigsten Akteure einer Stadt bei bestimmten Themen und Herausforderungen miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Hierfür ist die finanzielle Unabhängigkeit von SEA entscheidend. Aus diesem Grund bitten wir Sie um finanzielle Unterstützung.

Die Menschen hinter SEA: qualifizierte Fachleute und Führungspersönlichkeiten

Qualifizierte Führungspersönlichkeiten repräsentieren SEA. Ihre jeweiligen Lebensläufe und Berufsbiografien sind auf www.solutionsystems.net zu finden. Zurzeit sind dies Gemma Sumague, Ronie Bautista, Joby Arandela, Haresh Tanodra und Ceferino Doromal.

Nicanor Perlas

ist der leitende Initiator von SEA. Er hat über 40 Jahre Erfahrung mit Dreigliederung, nachhaltiger Landwirtschaft und Entwicklung. Er ist u.a. der Autor von „Die Globalisierung gestalten: Zivilgesellschaft, Kulturkraft und Dreigliederung“, das in neun Sprachen übersetzt wurde. Er ist einer der beiden technischen Redakteure der Philippinischen Agenda 21 (PA21), dem Durchführungsplan des Landes für nachhaltige Entwicklung. Weiter ist er der Autor des Handbuchs für SIAD (Sustainable Integrated Area Development = Nachhaltige Integrierte Gebietsentwicklung), einem Rahmen für die lokale Umsetzung der PA21, zur Nutzung durch die regionalen Regierungen im ganzen Land. Er hat viele nationale und globale Auszeichnungen für seine Arbeit erhalten, u.a. den Alternativen Nobelpreis.

Die Unterstützungsanfrage: 20.000 Euro

SEAs dringendstes Finanzbedürfnis für die kommenden Monate beträgt rund 20.000 Euro, um seit Oktober 2014 offene Gehaltsverbindlichkeiten sowie sonstige betriebliche Aufwendungen (Büro, Kommunikation, Transport etc.) decken zu können. Damit erhält SEA den finanziellen Spielraum und die Zeit, um weitere Gelder in Höhe von 350.000 Euro innerhalb der nächsten 6 Monate einwerben zu können.

Diese Gelder sind notwendig, um die finanzielle Unabhängigkeit von SEA zu gewährleisten. Nur so kann SEA weiterhin diesen breiten nachhaltigen Ansatz fördern und auf der Basis finanzieller Unabhängigkeit zwischen den verschiedenen Interessen harmonisierend wirken.

Bisher wurden bereits ca. 465.000 Euro durch Zarraga und andere Beteiligte aufgebracht. Dazu gehört auch die Bereitstellung von Maschinen, Land, Gebäuden, Infrastruktur sowie freiwilliger Arbeitseinsatz. SEA hat auf diese Weise bisher ca. 20.000 Euro an Gehältern gespendet.

SEA und seine Zarraga Dreigliederungspartner sind motiviert und entschlossen, die integrale nachhaltige Entwicklung in Zarraga Wirklichkeit werden zu lassen.

Bitte helfen Sie, dass dieser beispiellose Entwicklungsdurchbruch in Zarraga fortgesetzt werden kann.

Wie Sie spenden können:

Die einfachste Möglichkeit: <https://transferwise.com>: Dort einfach bei der Variante „Emailadresse“ Nicanors Adresse „npperlas@gmail.com“ einsetzen und als Verwendungszweck „Zarraga!“ angeben. (Vgl. den Vorspann zu diesem Aufruf.)

Oder: Solution Ecosystems Activator, Inc. IBAN: PH37 0058 7393 0310 7557. BIC: BOPIPHMMXXX. Für weitere Informationen Nicanor Perlas direkt anschreiben (npperlas@gmail.com) oder auch Ulrich Morgenthaler (ulrich.morgenthaler@gu-morgenthaler.de). Die Adresse von SEAs Website: www.solutionecosystems.net ■

Schüler gestalten Globalisierung

Bericht aus Kenia

Will Ruddick

„Nyendo-Lernen“ ist eine Initiative, die Schüler im Alter von 14 bis 17 Jahren beim Aufbau von Schülerfirmen begleitet (vgl. www.nyendo-lernen.de). Mit dem erwirtschafteten Gewinn unterstützen sie Kinder und Eltern ihrer Partnerschulen in den Slums von Nairobi in Kenia. Der folgende Bericht eines Nyendo-Partners aus Kenia zeigt, was auf diese Weise erreicht werden kann:

Im Oktober 2014 führte Nyendo-Lernen gemeinsam mit der Partnerorganisation Koru Kenya die erste Regionalwährung bzw. die community currency Nairobis, den Gatina-Pesa ein. Aus den 60 Geschäften, die den Anfang machten, sind inzwischen 100 geworden, die sich beteiligen und dadurch ihr Handelsvolumen um mehr als 7000 Euro erhöhen konnten. Mitglieder sind Geschäftsleute wie Müller, die Mais mahlen, Apotheker, Schneider, Obst- und Gemüsehändler, Müllsammler, Bäcker von Mandasi und Samosas und viele andere. Diese durch die Verwendung von Gatina Pesas Gutscheinen zusätzlich erwirtschafteten 7000 Euro sollten sich auf mehr als 20 000 (20k) Euro innerhalb eines Jahres erhöhen, was einen Zuwachs von 25 % des lokalen Geschäftsnetzes bedeutet. Außerdem wird durch Gatina-Pesa mehr als 20 Schülern der Schulbesuch ermöglicht und Hunderte warten auf dieselbe Chance. In zwei Schulen können Eltern das Schulgeld für ihre Kinder bereits mit Gatina-Pesa bezahlen, zehn weitere Schulen bereiten sich darauf vor, dasselbe anzubieten.

Am Valentinstag (14.2.) beteiligten sich über 300 Menschen an der gemeinsamen Aktion, die Nachbarschaft von Müll zu befreien. Zehn Schulen, der Chief des Gebietes, die Polizei, Beamte des Bezirks und Dutzende Lehrer arbeiteten mit viel Begeisterung und Hingabe, um der Gemeinschaft zu zeigen, dass sie ihre Umwelt und Umgebung wertschätzen. Zur Unterstützung der Aktion stellte der Stadtrat von Nairobi einen Lkw, Gerätschaften, Abfallsäcke und Besen zur Verfügung. Mehr als zehn Tonnen Müll wurde in dieser Gemeinschaftsaktion gesammelt. Jeder der beteiligten Mitglieder des Gatina Business Networks (GBA) bekam 50 Gatina-Pesa, die sie bei den mehr als 100 lokalen Händlern und Geschäften ausgeben konnten. Die Kosten dafür trug die GBA und zeigte damit, wie die Entwicklung der Gemeinschaft durch die regionale Vernetzung der Geschäftsleute vorangetrieben wird. Solche Aktivitäten ermöglichen echte Nachhaltigkeit, weil sie von der Gemeinschaft getragen werden.

In die Kangemi Gemeinschaft, die an Kawangware angrenzt, soll der Kangemi-Pesa im April 2015 eingeführt werden und die Lindi Gemeinschaft in Kibera ist auch bereit, in diesem Jahr ihre eigene Regionalwährung einzuführen. Wenn diese Gutscheinprogramme dazukommen, werden sich die Gewinne des Gatina-Pesa verdreifachen und auch den Handel unter den beteiligten Kommunen ermöglichen. Dieses wäre das erste regionale Währungssystem in Afrika. Bis 2016 könnten es 30 Schulen sein, die sich an einer community currency beteiligen und dadurch Hunderten von Schülern den Schulbesuch ermöglichen, während gleichzeitig der Handel von mehr als 1000 Händlern und Geschäften in den verarmten Slums Nairobis angekurbelt wird.

Es werden ungefähr 10 000 (10k) Euro benötigt, um in einer Gemeinschaft eine Regionalwährung einzuführen. Unsere Erfahrung ist, dass nach der Einführung das Handelsvolumen innerhalb von sechs Monaten auf einen Wert von mindestens 10.000 (10k) Euro anwächst. Dieses ermöglicht 25 % Marktzuwachs und damit Hunderten von Schülern den Schulbesuch.

Ökologische Saatgutforschung: Erstmals 1 Million € Spenden gesammelt

Für den seit zehn Jahre bestehenden Saatgutfonds der Zukunftsstiftung Landwirtschaft wurden bis heute fast 6,5 Million Euro für ökologische Getreide-, Gemüse- und Obstzüchtung gesammelt. 2014 konnte erstmals ein Spendenaufkommen von über 1 Million Euro verzeichnet werden. Der Fonds unterstützt eine gemeinnützige, biologische und biologisch-dynamische Züchtungsforschung und setzt sich so für vielfältiges und fruchtbares Saatgut ein.

Nur eine eigenständige ökologische Züchtung sei der Garant für Saatgut ohne Gentechnik und Patente, so Oliver Willing, Geschäftsführer der Stiftung. Seit der Gründung 1996 konnten mit Hilfe des Fonds mehr als 60 neue Gemüse- und Getreidesorten für den Biolandbau entwickelt werden. Die Entwicklung einer neuen ökologischen Sorte kann 10 bis 15 Jahre dauern und mehr als 600.000 € kosten.

Quelle: Mitteilung der GLS-Treuhand e.V. vom 3. Februar. Kontakt: antje.toennis@gls-treuhand.de

Aktionstag gegen TTIP & CETA am 21. März 2015

Zum Frühlingsstart am 21. März wird Mehr Demokratie erneut gegen TTIP und CETA auf die Straße gehen, die Menschen über die Freihandelsabkommen informieren und weitere Unterschriften für die selbstorganisierte EU-Bürgerinitiative unseres „Stop TTIP“-Bündnisses sammeln – bundesweit. Infomaterial dafür unter <https://www.mehr-demokratie.de/ttip>

Quelle: Newsletter Mehr Demokratie e.V., 19.2. 2015, efler.michael@mehr-demokratie.de

Jetzt den Widerstand gegen TTIP und CETA weiter stärken!

Michael Efler (Mehr Demokratie e.V.)

Endlich kann die EU-Kommission die Proteste gegen die demokratiegefährdenden Freihandelsabkommen TTIP und CETA nicht mehr ignorieren! Am Rande eines „Stop TTIP“-Bündnistreffens in Brüssel mit 200 Teilnehmenden aus 25 EU-Mitgliedstaaten empfing EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström mich und weitere Vertreter/innen unserer selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative „Stop TTIP“. Doch im Gespräch machte Malmström deutlich, dass sie an TTIP insgesamt festhält. Unsere Antwort darauf: Wir werden uns mit noch mehr Elan gegen den Ausverkauf von Demokratie und Rechtsstaat stemmen.

Bitte spenden Sie jetzt für unsere „Stop TTIP“-Kampagne (<https://www.mehr-demokratie.de/ssl-spenden.html>)!

Die Widerstandsbewegung gegen TTIP und CETA wächst immer weiter. Bereits über 1,4 Millionen Menschen haben die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) unseres 368 Organisationen starken „Stop TTIP“-Bündnisses unterschrieben! In den vergangenen Monaten haben wir mit einfallreichen Aktionen, gut besuchten Veranstaltungen und einer breit angelegten Unterschriftensammlung gegen TTIP und CETA schon viel bewegt – wider die Lobbykratie! Jetzt nutzen wir den Frühlingsanfang am 21. März als Auftakt für weitere Aktionen gegen die Freihandelsabkommen. Bereits jetzt sind 15 bis 20 Infostände in Planung. Gerne wollen wir an noch mehr Orten aktiv werden. Bitte helfen Sie uns mit Ihrer Spende, weitere Aktionen auf die Beine zu stellen.

Kürzlich konstatierte der Frankfurter Philosoph und Kultursoziologe Jürgen Habermas besorgt, dass die Fundamente des demokratischen Systems beschädigt sind: „Die Politik macht das, was 80 Prozent ablehnen. Deshalb wird Demokratie zum Störfaktor.“ Lassen Sie uns gemeinsam dagegen alles in unserer Macht Stehende unternehmen!

Man kann die Welt nicht nicht verändern

fairventure: Wege zum bewussten, ökologisch sinnvollen Leben

Peter Krause-Keusemann

Die Bedingungen des Lebens in der globalisierten Welt sind immer schwerer zu durchschauen. Das ist für ein bewusstes Leben schnell problematisch. In Anlehnung an das berühmte Zitat des Kommunikationswissenschaftlers Paul Watzlawick kann sicher festgestellt werden, dass alle und alles die Welt ständig verändern – fragt sich nur wie. fairventure will mit einem partizipativen Begegnungsformat aufklären.

Die Schülerin Naina aus Köln entfesselte kürzlich mit ihrem Tweed eine tausendfache Diskussion: „Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen. Aber ich kann eine Gedichtsanalyse schreiben. In vier Sprachen.“ Wie viel verstehen wir Heutigen noch vom ganz Alltäglichen? Unter welchen Voraussetzungen ereignen sich angesichts des faktischen Unwissens heute Veränderungen, die für unser aller Zukunft entscheidend sind? Um die Kenntnis von Grundlagen der Ökonomie und Ökologie, aber auch um den Austausch von Ideen und Erfahrungen bezüglich nachhaltiger Lebensformen geht es bei den fairventure-Veranstaltungen.

Seit vor vier Jahren die ersten Ideen für das neue Format, u.a. von der 2013 verstorbenen Geldexpertin Margrit Kennedy, entwickelt wurden, ist der Kreis der Mitwirkenden stetig gewachsen. Inzwischen sind nahezu alle Themen vertreten, die gegenwärtig mit ökologisch sinnvollen Veränderungen des Lebens und der Ökonomie verbunden werden.

Bei den jährlich stattfindenden Konferenzen werden Begegnungen und der Austausch von Ideen angeregt, woran alle teilnehmen können, die bewusst an den Veränderungen der Welt mitwirken wollen. Das jeweilige Programm der Veranstaltungen ist vielseitig, aber bewusst so offen, dass immer auch spontane Beiträge möglich und erwünscht sind.

Übrigens werden von Anfang an kontinuierlich auch fairventure-Kurse an Schulen durchgeführt, in denen die Schülerinnen und Schüler lernen, was Naina aus Köln an ihrer Schule noch vermisst.

Fairventure-Konferenzen: „Weltklangwelt“ vom 24. bis 26.04. 2015 im Forum 3 in Stuttgart und „Lebens(t)raum“ vom 08. bis 10.05. 2015 im Ökodorf Lebensgarten in Steyerberg. Infos: www.fairventure.de. Kontakt: Peter Krause-Keunemann, Natur, Mensch, Wirtschaft e.V., Bergweg 50, 58313 Herdecke, Tel. 02330-608038

Vertretung des Europäischen Forum für Freiheit im Bildungswesen (effe) in Brüssel

Johanna Keller

Einige Zeit lang stand uns in Brüssel keine Mitarbeiterin mehr zur Verfügung, die die Verbindung des effe zu den EU-Gremien und den anderen NGOs hält. In diesem Jahr hat der Vorstand beschlossen, die Tätigkeit in Brüssel wieder verstärkt aufzunehmen und eine Sicherstellung der Interessen seiner Mitglieder durch entsprechende Mitarbeiter zu gewährleisten. Wir freuen uns daher sehr, dass Gerald Häfner, ehemaliger Bundestags- und Europaabgeordneter der Grünen, dem Vorstand zugesagt hat, das effe für die nächsten drei Jahre unterstützen zu wollen. Im Vordergrund steht die Anknüpfung an das Netzwerk, welches er in den letzten Jahren als Europaabgeordneter aufgebaut hatte und das es jetzt gilt, für den Bildungsbereich auszubauen. In der EU werden Themen, die teilweise erst einige Jahre später in der nationalen Bildungsdiskussion auftauchen, bewegt und können durch frühzeitiges Wahrnehmen und Eingreifen mitgestaltet werden.

Quelle: Effe Newsletter – Dezember 2014, www.effe-eu.org, contact@effe-eu.org

effe-Kolloquium

Dienstag, 5. Mai 2015, Edinburgh, Schottland

Diese Veranstaltung des Europäischen Forums für Freiheit im Bildungswesen steht unter dem Motto „Mehr soziale Gerechtigkeit durch Bildung“. Beteiligt sind Andreas Schleicher (ehemaliger OECD-Koordinator für PISA, aktueller Sonderberater des Generalsekretärs für Erziehung und Kompetenzen) und Pasi Sahlberg (Autor des Buches „Finnish Lesson“ und zurzeit Gastprofessor in Harvard). Ziel ist es, Politiker und Bildungsverantwortliche aus verschiedenen Ländern Europas zusammen zu bringen, um voneinander zu lernen, wie es zu einem Wandel

kommen kann. Wegen der beschränkten Zahl der Plätze wird um möglichst umgehende Anmeldung gebeten. Näheres unter <http://www.effe-eu.org/english/activities/colloquium-2015-in-edinburgh/>

Karl-Martin Dietz 70

Am 9. März feierte Karl-Martin Dietz, Begründer des Hardenberg-Instituts, Forscher und Impulsgeber einer die Zeitfragen aufgreifenden anthroposophischen Arbeit seinen 70. Geburtstag. Die Redaktion gratuliert und freut sich auf weitere Zusammenarbeit.

Zeit.Geist.Geschehen

Die Herausforderungen im Zeitgeschehen und die Aufgaben einer anthroposophisch-geisteswissenschaftlichen Geschichtsforschung – als Auftakt für ein längerfristiges Arbeits- und Forschungsvorhaben

Achberg, 29. bis 31. März 2015 mit anschließender Arbeitswoche bis zum 6. April 2015

Eine Tagung der Stiftung für Geisteswissenschaft und Dreigliederungsforschung im Internationalen Kulturzentrum Achberg

Das Wirken Rudolf Steiners in den Jahren des Ersten Weltkrieges – die in ihrem Jahrhundertabstand unsere besondere Aufmerksamkeit und Verantwortung aufrufen – ist in besonderer Weise dadurch mitgeprägt, das dieser Zeit der Impuls der Dreigliederung des sozialen Organismus entsprungen ist. Damit eng verbunden ist aber noch ein Zweites: Der Hinweis auf ein solches Verständnis des Zeitgeschehens und der Geschichte, das die Realität der geistigen Welt in ihrer ganz konkreten Wesenhaftigkeit und Wirkung mit einbezieht.

Dem Jahr 1917, das für den Dreigliederungsimpuls durch die beiden Memoranden an die österreichische und deutsche Regierung besonders hervorzuheben ist, kommt auch im Hinblick auf den Ausgangspunkt einer anthroposophischen Geschichtsforschung eine besondere Bedeutung zu.

Tagungseröffnung: Sonntag, 29. März um 20.00 Uhr, Abschluss der Tagung Dienstag, 31. März 13.00 Uhr. Danach Beginn der Arbeitswoche, die bis Ostermontag Mittag (6. April) dauert. Ausführliche **Informationen** über Inhalte, Ablauf, Kosten usw. der Tagung und der Arbeitswoche unter <http://www.kulturzentrum-achberg.de/tagung/zeitgeistgeschehen-ostern-2015>. Für die Tagungsvorbereitung verantwortlich ist Gerhard Schuster. Bei Fragen: Tagungsvorbereitung@kulturzentrum-achberg.de. Anmeldung: <http://www.humboldt-haus.info/anmeldeformular.php5>

Kooperation Wirtschaft – Bildung

Öffentliches Arbeitstreffen u.a. mit Udo Herrmannstorfer, Tim Mergelsberg, Clara Steinkellner, Ralf Gleide und Thomas Brunner

Freitag, 10. April 2015, 17.00 Uhr (Werkstatt-
bühne Cottbus)

Vortrag und Gespräch mit Udo Herrmannstorfer: Ohne Wirtschaftsleben kein Geistesleben – Ohne Geistesleben kein Wirtschaftsleben. Finanzierungsprozesse zwischen Macht und Freiheit vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus dem Verbund Freie Unternehmensinitiativen, Stuttgart, und der CoOpera Arbeitsgemeinschaft, Schweiz

Samstag, 11. April 2015, bis 18 Uhr (Parkstadt-
hotel, Bad Muskau)

Fortsetzung des Arbeitstreffens

Freiwilliger Kostenbeitrag: Richtsatz 70,- € (Incl. Übernachtung und Verpflegung). **Nähere Information und Anmeldung:** Thomas Brunner, Kahrener Hauptstr. 19, 03051 Cottbus, Tel. 0355 4887480, votiv@web.de, www.freiebildungsstiftung.de

Wem gehört die Erde? Dimensionen einer Reform der Bodenordnung

Seminar für freiheitliche Ordnung
Sa, 18. bis So, 19. April 2015

Zeitraumen: Sa, 10.00 bis So, 12.00

Themen: Die Erde als Erbteil der ganzen Menschheit | Die Nutzung der Erde – eine Planungs- und Gestaltungsaufgabe der Gemeinschaft | Der Zugang zum Boden: der Staat als Platzanweiser oder Bodenverteilung an den „besten Wirt“, gesteuert durch Entgeltlichkeit der Nutzungsrechte | Die Formen der Entgeltlichkeit: Bodenrenten (Pacht, Erbbauzins, Bodenrentensteuer) oder Bodenpreise (Kapitalaufwand für Bodennutzungsrechte) sind nicht gleichgültig | Die Reform der Bodenordnung mit Hilfe des Erbbaurechts und durch Besteuerung der Bodenrente auf den Weg bringen | Verwendung der Nutzungsentgelte | Die Regeln zur Gestaltung, zur Nutzung und zur Teilhabe an der Erde ergänzen und stützen sich | Die internationale Friedensordnung braucht eine Reform der Bodenordnung | Was können wir tun: auf kommunaler, nationaler und globaler Ebene? Tagungsrückblick.

Einführungsreferate: Fritz Andres, Kirn; Eckhard Behrens, Heidelberg. **Weitere Info und Anmeldung:** Seminar für freiheitliche Ordnung e.V., 73087 Bad Boll, Badstraße 35, Tel. 07164 – 35 73, bzw. im Internet: www.sffo.de

Kultur, Staat und Wirtschaft als Entfaltungsräume des Menschen

Seminar für freiheitliche Ordnung,
Sa, 2. bis So, 3. Mai 2015

Zeitraumen: Sa, 10.00 bis So, 12.00

Themen: Die Gliederung des sozialen Organismus in Kultur, Staat und Wirtschaft | 11.30 Freiheit als ordnungspolitische Leitidee für Kultur und Bildung | Aspekte der Brüderlichkeit in der Bodenordnung | Aspekte der Brüderlichkeit in der Wirtschaft | Gleichheit als Ordnungsprinzip des Rechtslebens | Die Idee des Organismus in Natur und Gesellschaft | Die Interdependenz der Ordnungen von Kultur, Staat und Wirtschaft | Sozialwissenschaftliche und politische Aufgaben im Sinne der Dreigliederung des Sozialen Organismus

Einleitungsreferate: Fritz Andres, Kirn; Jobst von Heynitz, Wendlingen; Eckard Behrens, Heidelberg

Weitere Info und Anmeldung: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V., 73087 Bad Boll, Badstraße 35, Tel. 0 71 64/ 35 73, bzw. im Internet: www.sffo.de

4. Frankfurter Geldkongress

Samstag, den 18. April 2015

9.00 bis 17.00, Johann-Wolfgang-Goethe-
Universität, Frankfurt/M, Campus Westend,
I. G.-Farben-Haus

Themen: Hintergründe und Stellschrauben des Finanzwesens | Finanzmarktproblematiken und anforderungen heute | Konzepte, Lösungen und Alternativen – Bitcoins, Regionalwährungen – Volksentscheid für Geldsystem und Politik | Die Votum-Idee | Was tun?

Was in den Medien zu kurz kommt: Geldsysteme mit Verfallszeit | Ist der Euro am Ende? | Was kann der Einzelne ausrichten? – Innovative Lösungskonzepte | Geld, Gesetze und Demokratie | Was hat das Geldwesen mit unserer Demokratie zu tun?

Referenten: Rico Albrecht, Frank Jansky, Prof. H. Peukert, Gerald Häfner, Matthias Klarebach u.a.

Veranstalter Votum e.V., Bad Vilbel,
Mehr Demokratie e.V. Hessen.

Weitere Informationen und Anmeldung:
www.geldkongress.de

Social Banking

Zertifikatskurs Socially Responsible Finance, 2015/16 und Summer School Social Banking

Patricia Ciecierski

Wie schon in den vergangenen Jahren bietet das Institute for Social Banking einen **Zertifikatskurs**, der vor allem für Profis im Bankwesen und im Finanzdienstleistungssektor geeignet ist. Der modular aufgebaute Kurs kann berufsbegleitend absolviert werden. Das Programm beginnt im September 2014 mit einem 5-Tagesseminar in Alfter, ein weiteres Modul ist für März 2016 vorgesehen. Registrierung bis 30. Juni 2015. Nähere Informationen: <http://www.social-banking.org/certificate/course-201516/>. Anfragen an Antje Drenk (antje.drenk@social-banking.org). 2015 gibt es auch wieder eine **Summer School** des Institute for Social Banking. Sie findet vom 5. bis 10. Juli in Montabaur statt. Infos und Anmeldung: www.social-banking.org/summer-school/summer-school-2015/

4. Öffentliche Abende

Donnerstag, 14. Mai - *Kann ich mich auf das Neue vorbereiten?* – Freitag, 15. Mai – *Wie gestalten wir den Moment im Hier und Jetzt?* – Samstag, 16. Mai - Die Geburt der Inspiration – das Neue verwirklichen

Orland Bishop arbeitet mit Jugendlichen und Gangs in Los Angeles: Stärkung der Eigenentwicklung junger Menschen, Mentorenausbildungen, Entwicklung von Strategien zur Befriedung innerstädtischer Gewalt, Engagement für die Menschenrechte und kulturelle Erneuerung.

Ulrich Morgenthaler arbeitet seit 1977 im Jugend & Kulturzentrum Forum 3 in Stuttgart. Dort verantwortlich für Veranstaltungsorganisation und Erwachsenenpädagogik. Unterstützung und Beratung bei Gruppenprozessen, Moderation, Übersetzung (E) und Kursleitung.

Nähere Informationen und Anmeldung: Ulrich Morgenthaler, c/o Forum 3, Gymnasiumstraße 21, D-70173 Stuttgart, Tel. 0711 - 4400749-66, Fax: 0711 - 4400749-98, Ulrich.Morgenthaler@forum3.de, www.forum3.de

Offenheit und die Entstehung des Neuen

Tage mit Orland Bishop und Ulrich Morgenthaler, Forum 3 Stuttgart, 14. bis 25. Mai 2015

Im Forum 3 findet eine kleine, besondere Veranstaltungsreihe statt: In den Jahren 2007 bis 2013 gab es dort jeden Sommer sogenannte Jugendtrainingswochen, u.a. mit Orland Bishop aus Los Angeles/USA als maßgeblichem Referenten. Diese Trainingswochen, jedes Mal sehr erfolgreich und stets ausgebucht, waren auf die Altersgruppe 18 bis 28 Jahre beschränkt. Viele, älter als 28, äußerten wiederholt den Wunsch, auch einmal an einer ähnlich gearteten Arbeit teilnehmen zu können. Eine Möglichkeit in dieser Richtung bietet das Forum 3 jetzt im Mai an.

1. Wochenende

Donnerstag, 14. Mai bis Sonntag, 17. Mai. *Offenheit – gemeinsam Erkunden*. Eine Wochenendarbeit zum Entdecken und Forschen, darin vier öffentliche Abende, die auch einzeln für sich besucht werden können

2. Einzeltage

Montag, 18. Mai, Dienstag, 19. Mai, Mittwoch, 20. Mai, Donnerstag, 21. Mai. *Offenheit – gemeinsam Üben*. Vier Einzeltage des Ausprobierens

3. Wanderung

Freitag, 22. Mai bis Montag, 25. Mai. *Offenheit – gemeinsames Tun*. Eine Wanderung im Ungewissen

Gedenken

Stefan Leber

28. März 1937 bis 18. Februar 2015

Christoph Strawe

Am 18. Februar ist Stefan Leber 78jährig verstorben. Er hat die Waldorfbewegung seit den 70er Jahren bis zur Jahrtausendwende ganz entscheidend geprägt, ihr Wachstum gefördert und ihren pädagogischen Ansatz der Öffentlichkeit vermittelt. Stefan Leber leistete auch wesentliche Beiträge zur Stärkung des Impulses der sozialen Dreigliederung.

Stefan Leber besuchte die Waldorfschule Uhlands Höhe in Stuttgart, wo er viele interessante Lehrerpersönlichkeiten kennenlernte und Freundschaften mit Mitschülern schloss, von denen viele lebenslang Bestand hatten. Mit 16 machte er dann eine Lehre in der Druckindustrie als „Klischeeätzer“. Er wurde

in verschiedenen Milieus heimisch, nicht nur in dem der Anthroposophie und der Christengemeinschaft.

Nach der Lehre entschloss er sich zu studieren und kam so nach Berlin ans Otto-Suhr-Institut. Politische Wissenschaften verbunden mit Soziologie und Philosophie waren seine Fächer. Das sozialwissenschaftliche Studium in Verbindung mit seiner reichen praktischen Erfahrung im Sozialen ermöglichte es ihm später, die soziale Dreigliederung in einprägsamen Darstellungen an das Zeitgeschehen und an aktuelle sozialwissenschaftliche Diskurse anzuschließen.

In Berlin lernte er auch seine Frau Sigrid kennen, 7 Kinder wurden in der Familie groß. Mit seiner Frau zusammen besuchte er das Dornacher Waldorflehrerseminar. Von 1962 bis 1973 wirkte er an der Waldorfschule in Pforzheim, wo er als Oberstufenlehrer für Deutsch und Geschichte begann, während seine Frau eine 5. Klasse übernahm. Ernst Weißert, der große Pionier der Waldorfbewegung, deren Entwicklung nach dem Krieg ohne ihn undenkbar gewesen wäre, holte Stefan Leber 1971 in den Vorstand des Bundes der Freien Waldorfschulen. 2 Jahre später wurde Leber Dozent am Stuttgarter Waldorflehrerseminar und zog mit der Familie nach Stuttgart-Ruit. Am Lehrerseminar wirkte er u.a. gemeinsam mit Ernst-Michael Kranich und Wolfgang Schad.

Leber verfasste weit über 20 Bücher und Hunderte Artikel und Rezensionen, die ein enormes thematisches Spektrum abdecken. Ein Klassiker ist das fast 700 Seiten umfassende Werk „Die Menschenkunde der Waldorfpädagogik – Anthropologische Grundlagen der Erziehung des Kindes und Jugendlichen“ (Stuttgart 1993). Furore machte auch seine Darstellung der „Sozialgestalt der Waldorfschule“ (Stuttgart, 2. Aufl. 1978) als wesentlicher Anstoß zur Selbstreflexion und Weiterentwicklung der schulischen Selbstverwaltung. Hervorzuheben ist auch das Buch „Selbstverwirklichung, Mündigkeit, Sozialität“, eine eindrückliche und zugleich aktuelle und sozialwissenschaftlich fundierte Darstellung der Dreigliederung des sozialen Organismus.

Persönlichkeiten wie Stefan Leber ist es zu verdanken, dass der Dreigliederungsgedanke innerhalb der anthroposophischen Szene nicht vollständig vergessen wurde.

Er wirkte sehr aktiv im Kollegium der von Manfred Schmidt-Brabant geleiteten Sozialwissenschaftlichen Sektion am Goetheanum in Dornach mit. Mit Schmidt-Brabant, Manfred Leist und Dietrich Spitta zusammen begründete er 1981 die Sozialwissenschaftliche Forschungsgesellschaft, die über viele Jahre größere öffentliche Tagungen zu sozialen Zeitfragen im Licht der Dreigliederung veranstaltete. Für die Forschungsgesellschaft gab Leber ab 1986 insgesamt fünf grundlegende Sammelbände des „Sozialwissenschaftlichen Forums“ heraus – zu den Themen Arbeit und Einkommen, wirtschaftliche Assoziationen, Geld, Staat und Eigentumsfrage (vgl. www.sozialimpulse.de.literatur.html). Beson-

ders zu würdigen ist dabei sein Versuch, Vertreter verschiedener Schulen und Strömungen der Dreigliederungsbewegung zu Wort kommen zu lassen und damit in den Dialog zu bringen, – was oftmals erheblicher Überzeugungsarbeit bedurfte. Meines Wissens ist Stefan Leber auch der erste gewesen, der den Versuch gemacht hat, den Forschungsstand der anthroposophischen Sozialwissenschaft aufzuarbeiten (Stefan Leber: Anthroposophische Forschung im Bereich der Sozialwissenschaft. In: Karl-Martin Dietz und Barbara Messmer [Hg.]: Grenzen erweitern – Wirklichkeit erfahren. Stuttgart 1998, S. 330–394).

Sein Wirken für die Dreigliederung war nicht bloß literarischer und pädagogischer Art, sondern auch gesellschaftspolitisch relevant. So gelang es ihm gemeinsam mit Manfred Leist und Günther Altehage, Einfluss auf Politik und Gesetzgebung zu nehmen, die Rechtsstellung der Waldorfschulen in Baden-Württemberg zu sichern und die Möglichkeit zur Gründung freier („privater“) Hochschulen im Hochschulgesetz des Landes zu verankern. Dass das Seminar für Waldorfpädagogik Stuttgart heute als Freie Hochschule Stuttgart staatlich anerkannt und anderen Pädagogischen Hochschulen gleichgestellt ist, ist letztlich diesen Bemühungen zu verdanken.

Stefan Leber war ein ausgesprochen praktischer Mensch, der Ideen auch umzusetzen verstand. Dabei hatte er ein echtes Interesse am anderen Menschen und einen Blick nicht nur für Schwächen – alles Getue war ihm zuwider –, sondern vor allem für das Fähigkeitspotenzial des Anderen. Indem er Räume für die Entfaltung von Initiative öffnete, förderte er viele in ihrer Entwicklung.

Stefan Leber war eine imponierende, auch durchaus dominante Gestalt – er verfügte in selbstloser Art über das, was er im Buch über die Sozialgestalt der Waldorfschule als „funktionale Autorität“ beschrieben hat. Gesunder Menschenverstand, Zuwendung, die Fähigkeit, mit jedermann eine gemeinsame Sprache zu finden, und ein großer Respekt für Initiative zeichneten ihn aus. Auch „kümmerte“ er sich um seine Kollegen und half ihnen Probleme zu lösen – bis hin zur Wohnsituation.

Ich selber lernte Stefan Leber 1984 kennen. Im Hinblick auf meine eigene Entwicklung verdanke ich ihm vieles. So ermutigte er mich, ein Studium der Waldorfpädagogik aufzunehmen und setzte sich für meine Buchpublikation „Marxismus und Anthroposophie“ ein.

1986/87 engagierte er mich für sozialwissenschaftliche Forschungsarbeit und die Durchführung eines 3-monatigen sozialwissenschaftlichen Seminars. Im Rahmen dieses Seminars lernte ich dann auch Udo Herrmannstorfer kennen. Ich bekam zudem die Gelegenheit, die künftigen Waldorflehrer zu unterrichten. 1988 engagierte mich Stefan Leber für die Organisation der Anthroposophischen Hochschulwochen, was dazu führte, dass ich endgültig am Waldorflehrerseminar Fuß fasste.

Träger des Sozialwissenschaftlichen Seminars war die erwähnte Sozialwissenschaftliche Forschungsgesellschaft. Sie lud für den November 1989 zu einer Konferenz zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution und 70. Jahrestag der Dreigliederungsbewegung von 1919 ein, bei der ich mitwirkte. Es war das Jahr des europäischen Umbruchs. Ich lud den Mitbegründer des Neuen Forums in der DDR, Rolf Henrich, dazu ein. Mit der Gründung der Initiative Netzwerk Dreigliederung im Zusammenhang mit dieser Konferenz und später des Instituts für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart entstand so – neben meiner fortdauernden Lehrtätigkeit – ein ganz eigenständiger Arbeitsbereich. Dass dieser bis heute in den Gebäuden des Waldorflehrerseminars eine Heimstatt findet, verdanken wir ganz entscheidend Stefan Leber, seiner Begeisterung für die soziale Dreigliederung und seiner Initiativfreundlichkeit.

Seine Hilfsbereitschaft und sein Engagement, wie sie im unmittelbaren Umfeld erlebbar waren, erstreckte sich nicht nur auf die gesamte Schulbewegung in Deutschland, sondern wirkte sich weltweit aus. Wie viele Schulen hat er bei ihrem Aufbau gefördert, bei wie vielen Konflikten „Feuerwehreinätze“ geleistet! Als sich 1989 die Frage nach der Gründung von Waldorfschulen im Osten stellte, half und beriet er in vielen Ländern auf ganz praktische Art und Weise, auch bei der rechtlichen und finanziellen Absicherung.

Unvergesslich bleibt die Art, wie Stefan Leber Kurse und Vorträge hielt. Er verfügte über einen reichen Schatz an wissenschaftlichem Wissen, aber ebenso über eine Fülle von Geschichten und Anekdoten aus dem Leben, für die er sich als Redner viel Zeit nahm, um die dergestalt vorbereitete weitere Darstellung schließlich in erstaunlicher Dichte abzurunden, sodass für den Zuhörer ein farbiges Gesamtbild entstand.

Seine intellektuelle Brillanz und sein unglaubliches Gedächtnis erregten Bewunderung. Seine imposante Gestalt wirkte wie der Bild gewordene Wille, die Waldorfbewegung gegen alle Stürme zu schützen. Das mochte manchmal darüber hinwegtäuschen, dass das Arbeitspensum, das er sich zumutete, nur schwer zu tragen war. Im Jahr 2000 leitete ein Schlaganfall, von dem er sich nie mehr ganz erholte, das Ende seiner umfangreichen äußeren Tätigkeit ein. In den letzten Lebensjahren gelang ihm noch eine überaus lesenswerte autobiografische Skizze, die 2013 unter dem Titel „Stefan Leber. Ein Leben für die Waldorfschule“ im Verlag Freies Geistesleben Stuttgart erschienen ist. Sie zeichnet im einzelnen die verschiedenen Lebensstationen nach und vermittelt eine Ahnung von der ungeheuren Lebensleistung dieses Menschen. (Vgl. auch unter Literatur in diesem Heft).

Wir bleiben mit Stefan Leber in tiefer Dankbarkeit verbunden.

Rainer Burkhardt

28. Februar 1940 bis 2. März 2015

Christoph Strawe

Am 2. März 2015 ist Rainer Burkhardt nach langer schwerer Krankheit über die Schwelle zur geistigen Welt gegangen. – Diese Nachricht erreichte uns einen Tag später durch die Unternehmensleitung des Gemeinschaftskrankenhauses Herdecke. In der Mitteilung heißt es:

„Wir trauern um einen Mitarbeiter der ersten Stunde des Gemeinschaftskrankenhauses und einen engen Weggefährten Gerhard Kienles [des Hauptbegründers des Gemeinschaftskrankenhauses Herdecke und der Universität Witten-Herdecke, CS]. Ursprünglich Mathematiker (lebenslang beschäftigte er sich mit projektiver Geometrie) war er maßgeblich an der kritischen Auseinandersetzung um das Arzneimittelgesetz und die Anwendung eingeschränkter Methoden beim Wirksamkeitsnachweis für Arzneimittel in den 1970er Jahren beteiligt.

Darüber hinaus galt sein tiefes Interesse der anthroposophisch inspirierten Sozialwissenschaft. Er publizierte mehrere originelle Bücher zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens unter stärkerer Beteiligung der Bürger und Patienten, auch über die Bildung regionaler ‚Assoziationen‘. Im Krankenhaus und im Verein diente er in unterschiedlichen Rollen den sozialen Prozessen, z.B. als Leiter der damaligen Krankenhauskonferenz in den 1980er Jahren und später als Assistent des Vereinsvorstands.

Rainer Burkhardt war ein origineller und selbstständiger Denker, der seine Fähigkeiten uneigennützig und ohne viel Aufhebens von seiner Person zu machen der Sache zur Verfügung stellte, stets getreu der Maxime Gerhard Kienles: ‚Es geht darum, die Probleme der Anderen zu lösen, nicht unsere eigenen.‘ Das Gemeinschaftskrankenhaus verliert mit ihm einen treuen Freund und unermüdlichen Unterstützer.“

Rainer Burkhardt brachte diese Fähigkeiten auch in seiner Tätigkeit in deutschen und europäischen Dachverbänden der besonderen Therapierichtungen ein, wurde aber auch immer wieder in der Bewegung für soziale Dreigliederung aktiv. Ich selbst lernte ihn gegen Ende der 1980er Jahre bei Veranstaltungen des Freiburger Instituts für soziale Gegenwartsfragen kennen. Später trafen wir bei Seminaren und bei Treffen des Netzwerks Dreigliederung zusammen, zuletzt – bevor er schwer krank wurde – noch bei einer Veranstaltung zum 40. Geburtstag des Gemeinschaftskrankenhauses.

Als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Krankenhauses und im Rahmen seiner Arbeit für das Herdecker Institut für Gesundheitsökonomie formulierte er wichtige lösungsorientierte Beiträge zur Reform des Gesundheitswesens.

Dabei schöpfte er aus den Quellen der sozialen Dreigliederung: Es ging ihm um Lösungen, für die das Gemeinschaftskrankenhauses praktisches Beispiel und wegbereitend war, die aber letztlich das Gesundheitswesen als Ganzes und seine Rolle im sozialen Organismus betreffen. Er kämpfte gegen die Ökonomisierung des Gesundheitswesens ebenso wie gegen eine Staatsmedizin, setzte sich ein für Therapiefreiheit und Achtung der Mündigkeit der Patienten. Dabei war er sich aber immer bewusst, dass die Freiheit rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen braucht, um sich entfalten zu können. Zu deren Erforschung hat er wichtige Beiträge geleistet.

So beschäftigte ihn z.B. die Frage nach einer solidarischen Finanzierung des Gesundheitsbereichs. Er plädierte mit guten Argumenten entschieden dafür, die medizinische Infrastruktur (Krankenhäuser etc.) nicht in die direkte betriebswirtschaftliche Preisbildung medizinischer Leistungen einzubeziehen, sondern aus öffentlichen Mitteln bzw. Beiträgen „vorzuhalten“. Aus seiner Forschungsarbeit sind zahlreiche Veröffentlichungen hervorgegangen, z.B. die beiden 2001 und 2005 im VAS-Verlag Frankfurt/M erschienenen Bände „Zur Neuorientierung des Gesundheitswesens“ (Band I: Skizze eines assoziativen Konzepts, Band II: Konkretisierungen). Besonders originell ist der Gedanke regionaler Gesundheitsassoziationen, in denen Probleme durch Beratung und verantwortliche Kooperation der Akteure des Gesundheitswesens angegangen werden sollen. Einen solchen Vorschlag hatte Burkhardt, gemeinsam mit Peter Meister und Klaus Fischer, bereits 1987 in dem von Stefan Leber herausgegebenen Band „Die wirtschaftlichen Assoziationen“ (Stuttgart 1987) veröffentlicht.

Rainer Burkhardt imponierte durch seine sachliche Kompetenz und die Schärfe seines Denkens. Er war ein kritischer, manchmal skeptischer Geist, der sein Gegenüber mit feiner Ironie auf Schwachstellen im eigenen Denken hinweisen konnte. Und er war ein Mensch, der sich nicht persönlich in den Vordergrund drängte, ein freundlicher, auch humorvoller Gesprächspartner und lieber Freund im gemeinsamen Einsatz für die soziale Dreigliederung, mit dem wir verbunden bleiben.

Literatur

Stefan Leber: Ein Leben für die Waldorfschule

Stefan Leber: Ein Leben für die Waldorfschule. Autobiografische Skizze. Stuttgart 2003, 286 Seiten, zahlr. Abb., € 22

Dieses Buch zeichnet Lebensweg und Lebensleistung Stefan Lebers, wie sie im Nachruf skizziert wurden, in vielen Einzelheiten auf. Das faszinierende Buch sei allen Freunden von Anthroposophie, Waldorfpädagogik und Dreigliederung wärmstens empfohlen.

Aurélie Filippetti: Das Ende der Arbeiterklasse

Aurélie Filippetti (Autor), Angela Sanmann (Übersetzer): Das Ende der Arbeiterklasse: Ein Familienroman. Aus dem Französischen von Angela Sanmann. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M 2014, Hardcover, € 18,99, ISBN: 978-3-10-002213-4

André Bleicher

Im August 2014 eskalierte die schon seit geraumer Zeit schwelende Krise im Kabinett der französischen Regierung. Nachdem Präsident François Hollande sich – um es mit Ernst Bloch zu sagen – zur Kenntlichkeit verändert und bis in die sprachliche Diktion hinein das Denkgebäude der Angebotstheorie übernommen hatte, gerieten die Minister, welche diesem Kurs nicht folgen wollten, in eine offenbar unhaltbare Situation. Der Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg kritisierte die deutsche Politik, in Sonderheit Finanzminister Wolfgang Schäuble, wandte sich schon beinahe verzweifelt gegen die fortgesetzte europäische Austeritätspolitik, woraufhin Premierminister Manuel Valls sich provoziert sah und den Rücktritt seines Kabinetts erklärte. Am 26. August schließlich erklärten der französische Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg, der Bildungsminister Benoît Hamon und die Kulturministerin Aurélie Filippetti, dass sie als Funktionsträger für das neu zu bildende Kabinett nicht mehr zu Verfügung stünden. Damit verlor die französische Regierung ihren gesamten linksgerichteten Flügel.

Es stellt eine bemerkenswerte Koinzidenz dar, dass nahezu zeitgleich mit diesem Rücktritt im S. Fischer Verlag die Übersetzung des Debutromans Aurélie Filippettis – ‚Les Derniers Jours de la Classe ouvrière‘ – unter dem Titel ‚Das Ende der Arbeiter-

klasse' erscheint. Wer das Rücktrittsschreiben Aurélie Filippettis an den ‚lieben François‘ gelesen hat, erkennt ihren Stil, ihren mitunter gefährlichen Hang zum hohen Ton, auch im Roman wieder. Allerdings ist der Roman bereits im Jahr 2003 in Frankreich erschienen, zu einer Zeit, als Aurélie Filippetti unter Lionel Jospin im Umweltministerium arbeitete. Dass die deutsche Ausgabe nun vorliegt, mag Zufall sein, passt aber dennoch zum gegenwärtigen Niedergang der französischen Linken.

Zunächst findet sich der Leser im Text kaum zurecht. In kurzen Abschnitten wechseln immer wieder Sprecher, Perspektive und Zeitebene. Erinnerungsfetzen werden aneinandergereiht, ohne dass klar würde, wer sich hier eigentlich erinnert und aus welchem Blickwinkel erzählt wird. Namen werden nur selten genannt: Filippetti bezeichnet ihre Figuren mit Pronomen: ‚Er‘, ‚Sie‘ und meistens ein ‚Sie‘, welches den Plural andeutet, und ‚Sie‘, die Arbeiterklasse, meint.

Hinter diesem ‚Sie‘ verbirgt sich die Geschichte der Einwanderer aus Polen, Italien und Algerien, allesamt Sozialisten oder Kommunisten; und es ist auch die Geschichte Aurélie Filippettis. In ihrem Roman erzählt sie die engmaschig verwobenen Geschichten ihrer Familie und ihrer Heimatregion, des nördlichen Lothringens. Der Großvater ist einer der zahllosen italienischen Immigranten, die von der Aussicht auf einen gutbezahlten Job in der florierenden französischen Metallindustrie in einen staubigen Winkel Nordfrankreichs gelockt wurden. Er wird 1944 als Mitglied der Résistance im Stollen von der Gestapo verhaftet, gefoltert und nach Bergen-Belsen transportiert, wo er kurz nach der Befreiung elend an Typhus zugrunde geht. Sein Sohn, Angelo, der in seine Fußstapfen tritt, arbeitet erst unter Tage, wird Kommunist und schließlich sogar Bürgermeister und stirbt 1992 an Lungenkrebs – sein Leben stellt gleichsam eine Engführung des Aufstiegs, der Blüte und des Niedergangs der französischen Stahlindustrie dar.

Man liest erschüttert die Bilanz des alten, kranken Mannes: die Erfolge bei den Arbeitskämpfen im Nachkriegs-Frankreich, die Entfremdung von der Parteilinie, als sowjetische Panzer in Budapest und Prag die Emanzipationsbewegungen niederrollen, die Befreiung, als insbesondere die italienische PCI den Eurokommunismus erfindet und sich aus der Umklammerung des Ostblocks löst. Und doch, am Ende hilft dies alles nicht mehr. Als sich der Kommunismus spätestens 1989 als Staatsterrorismus herausstellt, bleibt Angelo nur die Einsicht: „Es muss also alles falsch gewesen sein, von Anfang an, alles war gescheitert. Es gab keine Erklärung, keine Möglichkeit, diese angsteinflößende Kluft zwischen dem tief verwurzelten Ideal und der Realität zu überbrücken. Die Überzeugung war so schmerzhaft wie tief gehend, mit dem eigenen Wesen verwachsen wie ein Knochen.“

Die Minen Lothringens werden aufgegeben, weil sie gegenüber den eisenhaltigeren brasilianischen Bergwerken nicht mehr konkurrenzfähig sind. Ihr Niedergang resultiert auch aus der fortschreitenden Dynamik der Globalisierung, im Zuge derer

die Arbeiterklasse zu wehrlosen Lohnabhängigen degradiert wird, deren Kampfkraft daniederliegt, und die zudem nicht einmal mehr wissen, wogegen sie tatsächlich zu kämpfen haben: gegen das Management oder gegen die mit ihnen konkurrierenden Arbeiter in den brasilianischen Erzminen. Sie haben sich zu fügen und müssen noch dankbar sein, wenn sie irgendwo unterschlüpfen können: „Man schickt sie zu Daewoo zum Arbeiten, sie sollten sich freuen, dankbar sein für die Chance, man fordert sie auf, die Toilettenpausen zu verkürzen, im Sinne der Rentabilität, man spricht von Unternehmenskultur, von koreanischer Tradition, und sie können kein Wort mehr miteinander wechseln. Eingepfercht, isoliert, schikaniert, wenn sie krank sind.“

Aurélie Filippetti ist Literaturwissenschaftlerin und wurde an der Elitehochschule für Lehrer École normale supérieure Lettres et sciences humaines in Saint-Cloud ausgebildet. Das ist dem Roman anzumerken – nicht nur in formaler Hinsicht. Im Roman findet sich auch wieder, wie sich der Habitus der Tochter verändert – hier mag Pierre Bourdieu samt seinen ‚feinen Unterschieden‘ Pate gestanden haben –, die den sozialen Aufstieg mittels Bildung realisiert, was notwendigerweise Entfremdung vom Vater hervorruft. Es wird deutlich, dass nicht einmal mehr klar ist, wo der Feind eigentlich steht. Denn einerseits wünscht der Vater, dass die Tochter ein anderes Leben führen kann, was aber andererseits auch bedeutet, dass sie ihre Identität gegen eine andere, genauer: die des Klassenfeindes tauscht. In einer Passage die im consciousness stream gehalten ist, sagt Angelo: „... ich sage nicht, dass du es nicht schaffen kannst, ja, wir können das schaffen, aber das würde bedeuten, was würde das bedeuten, das würde bedeuten, dass wir so geworden sind wie sie, weißt du, das würde bedeuten, dass wir verzichtet haben, dass sie gewonnen haben, verstehst du, wenn wir es schaffen, sind wieder sie es, die gewinnen, sind wieder sie es, die gewonnen haben, wir sind so geworden wie sie, siehst du, weil uns, Leute wie uns wollen sie nicht.“ Und die Tochter, nun ENA-Studentin, reflektiert im Jardin du Luxembourg: „Eines Tages könnte sie diesen Akzent aus Lothringen lächerlich finden, der ihr bislang nie aufgefallen war und den sie wohl übernommen und dann sorgsam überspielt hatte. Eines Tages könnte sie sich wegen ihrer Bildung schämen und in ihrem Beisein nicht mehr davon sprechen, damit sie sich nicht ausgeschlossen fühlen. Immer seltener über das sprechen, womit sie sich beschäftigte, was ihr Spaß machte, die Philosophie, und die anderen auf diese Weise unmerklich ausschließen.“

Aurélie Filippetti kann wunderbar schreiben und es steht zu befürchten, dass so, wie die Dinge in Frankreich liegen, es ihr an Stoff nicht mangeln wird.

André Bleicher:

geb. 1963; Ausbildung zum Elektromechaniker, Studium der Betriebswirtschaftslehre und Soziologie. Tätigkeit als Organisations- und Kooperationsentwickler in Netzwerken kleiner und mittlerer Unternehmen, seit 2012 Professor an der Hochschule Biberach, Lehrgebiete: Unternehmensführung und Organisation.



Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart

Assoziation oder Kartell – Auf dem Wege zu einer Verständigungswirtschaft

**Seminar, Fr, 30. Oktober bis
Sonntag, 1. November 2015**
**Rudolf Steiner Haus, Hugelstr.
67, 60433 Frankfurt/M**

Mitveranstalter:
Anthroposophische Gesellschaft Frankfurt/M,
Goethe-Zweig

Freitag, 30. Oktober 2015

19.30 Öffnung des Tagungsburos

20.00 Vom Marktmechanismus zur sozialen
Gestaltung (Vortrag Udo Herrmannstorfer,
Aussprache)

Samstag, 31. Oktober 2015

09.00 – 9.30 Improvisation (mit Elzbieta
Bednarska)

09.30 – 11.00 Assoziationsfeindliche Struk-
turen (Kreditgewährung, Eigentum, Verstandi-
gungsverbot usw.) (Vortrag Prof. Dr. Harald
Spehl, Fragen zum Vortrag)

11.30 - 13.00 Forum Recht und Ökonomie I
(Einleitender Vortrag und Moderation
Matthias Wiesmann)

14.45 – 15.15 Improvisation
(mit Elzbieta Bednarska)

15.15 – 16.45 Forum Recht und okono-
mie II (Einleitender Vortrag und Moderation
Gerald Häfner)

17.15 – 18.45 Gesprachsarbeit

20.00 Podium Assoziative Wirtschaft –
Solidarwirtschaft der Zukunft? Diskussion mit
Udo Herrmannstorfer, Gerald Häfner, Prof.
Dr. Harald Spehl und Matthias Wiesmann,
Moderation: Prof. Dr. Christoph Strawe

Sonntag, 1. November 2015

09.00 – 09.30 Improvisation (mit Elzbieta
Bednarska)

09.30 – 11.00 Forum: Praktische Erfah-
rungen mit assoziativer Wirtschaft und den
Widerständen dagegen (Beiträge von Prof.
Dr. André Bleicher u.a.)

11.30 – 12.30 Fortsetzung des Forums,
Abschluss

Informationen und Anmeldung

über www.sozialimpulse.de bzw.
Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V.,
Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart

Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 175,- (ohne Unter-
bringung) + EUR 30,- für die Gemeinschaftsverpflegung
(inkl. Pausenverpflegung). Ermäßigungen sind im
begründeten Einzelfall nach Rücksprache möglich.
Ebenfalls möglich ist der Besuch von Einzelvortragen.
Die Teilnahmegebühr möglichst im Voraus überweisen
an das Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart,
Kto. Nr. 1238 6000, GLS Gemeinschaftsbank, BLZ
430 609 67 (IBAN: DE20 4306 0967 0012 3860
00, BIC GENODEM1GLS). Infos zu ubernachtungs-
möglichkeiten und Anfahrtsbeschreibung unter [http://
www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/
html/Anweg_Frankfurt.htm](http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/html/Anweg_Frankfurt.htm). Außerdem: Tourismus +
Congress GmbH, Kaiserstr. 56, 60329 Frankfurt/Main,
Tel. +49 (0) 69 - 21 23 88 00 / Fax: 21 23 78 80,
E-Mail: info@infofrankfurt.de, www.infofrankfurt.de.

Achtung: Terminverschiebung

Die für 12./13. Juni und 2./3. Oktober
geplanten Kolloquien im Forum 3 Stuttgart
über „Spiritualität und Ökonomie“
bzw. „Offene Fragen im Verhältnis von
Geistesleben, Wirtschaft und Staat“
mussten verschoben werden, ein neuer
Termin wird rechtzeitig bekannt gegeben.

